

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück B 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2003
Nr 139, 32. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die US-Aggression gegen den Irak Faustrecht!



Unser vorgeschriebener Termin zur Herausgabe der Zeitschrift überschneidet sich mit der letzten Phase der Entscheidung über einen Krieg gegen den Irak. Da auch eine gewisse technische Vorlaufzeit erforderlich ist, müssen wir vorher unseren Artikel abbrechen. Die nachfolgenden Ausführungen sind bereits vor dem 10. März geschrieben worden.

Wir brauchen niemandes Erlaubnis“, kündigte Bush vor Wochen schon an und machte der verstörten Welt klar, wie er sich die Verwirklichung des „Projekts für das neue amerikanische Jahrhundert“ vorstellt: Mit Gewalt und dem Mittel des Faustrechts. Richard Perle, einer seiner engsten Berater, hat es wiederholt betont: „Das wird ein totaler Krieg!“, „Wir kämpfen gegen eine Vielzahl von Feinden“, „Unsere Kinder werden viele Jahre später große Lieder über uns singen“. Man glaubt sich in die Zeit von Dschingis Chan zurückversetzt. Senator Fulbright sprach schon beim Vietnamkrieg von der „Arroganz der Macht“. So, als wüßten sie nicht, was sie tun, züchten die USA den terroristischen Nährboden selber. Doch sie wissen, was sie tun: „Unsere Streitkräfte werden dafür sorgen, daß der Irak ins vorin-

zwischen: „Die Welt steht vor einem historischen Wendepunkt.“ Es werde „groß und brutal“ zur Sache gehen, verkündeten die „New York Daily News“. Der US-Generalstab

dustrielle Zeitalter zurückgeworfen wird“, war schon das Verdikt des damaligen US-Außenministers James Baker beim letzten Golfkrieg. Selbst dem deutschen Außenminister dämmert es

kündigte an, eine ungeheuerere Feuerwalze mit 3.000 ferngesteuerten Bomben und Raketen werde in den ersten 48 Stunden des Krieges auf das irakische Volk niedergehen (Master-Plan). Die Zerstörungen, cool vom Schaltpult aus, Tod und Verderben verbreitend, werden schrecklich sein. Die Kriegspropaganda der Aggressoren wird versuchen, die Wahrheit zu verfälschen. Doch ihre eigenen Militärs sprechen im Falle des Krieges von 200.000 bis 300.000 Toten, 400.000 Verletzten, von riesigen Flüchtlings-

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

- Faustrecht! Seite 1
- In eigener Sache, Seite 2
- Die Verwirrung der Linken im Konflikt um Nordkorea, Seite 13
- Nachruf auf Genosse Fritz Stein, Seite 16
- Resultate rechter Anpassungspolitik der PDS, Seite 17
- Nachruf auf Genosse Helmut Insinger, Seite 25
- Gesundheitsreform, Seite 26
- Tarifabschluß im öffentlichen Dienst, Seite 30, 31
- Siemens – Bericht aus der Hofmannstraße, Seite 33

Rezensionen:

- Vertaner Aufwand – die West-FDJ, Seite 33
- Lebensweg eines Komintern-Mitarbeiters, 35
- Intervention oder Stagnation? Seite 36
- Verteilungsfragen und Wachstumsprobleme

In eigener Sache

Die Innenpolitik befindet sich in schweren Umbrüchen. Da ist der tiefe Absturz der SPD in der Wählergunst. Dadurch verlor die Koalition die alleinige Regierungsfähigkeit und ist gezwungen mit der CDU/CSU zu kooperieren. Während Wirtschaftsstagnation, Massenarbeitslosigkeit, Börsensturz, Bankenkrise und Erschütterung des Versicherungswesens die gegenwärtige Lage in Deutschland bestimmen, startet Schröder mit einem sozialen Abbauprogramm. Gegen die Gewerkschaften läuft eine Hetzkampagne. Mit ihrem Festhalten an gewerkschaftlichen Errungenschaften werden sie zum Sündenbock für die Wirtschaftsmisere erklärt.

Durch die dramatische Entwicklung im Irakkonflikt waren unsere Kräfte gebunden, da wir dessen Behandlung als vordringlich ansahen. Wir mussten deshalb in dieser Nummer die Behandlung innenpolitischer Geschehnisse zurückstellen. Doch zum Thema Gesundheitsreform sind wir präsent.

Für linke Politik in Deutschland ist die Entwicklung der PDS nach ihrem Parteitag in Gera von großer Bedeutung. Leider ist in der PDS die Entwicklung noch weiter nach rechts nicht aufzuhalten. In einem längeren Artikel wird dazu Stellung genommen. Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst haben wir Beiträge von Kollegen und vom stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden des Bezirks Bayern erhalten und stellen sie zur Diskussion. Einige interessante Rezensionen schließen sich an.

Leider hat die Gruppe wieder zwei Genossen verloren, die über ein halbes Menschenalter die Gruppe mitgestaltet haben. Wir gedenken ihrer in Nachrufen.

Am 24./25. Mai findet wieder unser Seminar in Landshut mit den Gruppen International Dorfen und Landshut statt. Dazu laden wir jetzt schon ein. Die

voraussichtlichen Themen sind:

1. Der spanische Bürgerkrieg und die POUM
2. China im Kontext der neuen Weltordnung – Tendenzen und Widersprüche
3. Der Irakkrieg und seine Folgen

Wir bedanken uns herzlich bei unseren Abonnenten und Spendern. Die beiliegenden **Überweisungsscheine** sind für jene gedacht, die **das ABO für 2003 noch nicht überwiesen haben**. Nur durch rechtzeitige Überweisung können wir unsere Finanzmisere in den Griff bekommen.

In der letzten Nummer ist uns der Fehler unterlaufen, einen Artikel über die West-FDJ zwar im Inhaltsverzeichnis anzukündigen, ihn aber dann zu vergessen. Wir bügeln diesen Fehler in der neuen Nummer wieder aus.

Wie bestimmt aufgefallen ist, haben wir das Layout der Zeitung mit der letzten Nummer auf einen neuen, leserfreundlicheren Stand gebracht. Da aber einige zusätzliche Verbesserungen erst beim Lesen des Hefts auffallen, wird in den nächsten Ausgaben noch etwas herumexperimentiert werden müssen, bevor die Arsti ihr endgültig neues Gesicht erhält.



H. Brandler, gezeichnet vom Genossen Fritz, unser Nachruf ist auf Seite 16

**Achtung: Überweisungen nur auf das Konto:
Hans Steiger, Postbank München
BLZ 700 100 80,
Kto. Nr. 665924-808!!!**

Impressum:

**Verantwortlich im Sinne des Pres-
serechts: Thomas Gradl, Buch-
straße 20, 90408 Nürnberg; Druck:
Eigendruck im Selbstverlag**

**Verleger, Zuschriften: Thomas
Gradl, Postfach 910307,
90261 Nürnberg
arbeiterstimme@gmx.de**

Bankverbindung

**Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit

anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

strömen, von Hungernden und Durstenden, die durch den Krieg zugrunde gehen. Sollte der Widerstand, wider Erwarten, zu stark sein, hat das Pentagon einen Atomschlag gegen Bagdad nicht ausgeschlossen.

„Eigentlich dürften wir keine Nacht mehr ruhig schlafen.“ Der das sagt, ist kein linker Abgeordneter. Es ist der außenpolitische Sprecher der CDU, Willy Wimmer, der sich die Auswirkungen des Krieges in den verschiedenen Regionen der Welt gar nicht vorstellen mag, dabei ist der Konflikt um Palästina nur ein Aspekt. Wimmer geht noch weiter und brüskiert seine eigene Partei: „Wenn die Regeln der Vereinten Nationen nicht mehr eingehalten werden, dann ist das der Aufbruch in ein Zeitalter des Faustrechts, der Aufbruch in eine neue Barbareil!“ Wir wissen nicht, was die Gauweiler, Todenhöfer und Wimmer bewegt, dermaßen energisch gegen den Krieg aufzutreten. Ist es die Angst vor einer drohenden Instabilität in der Welt, die die Geschäfte der deutschen Bourgeoisie empfindlich stören könnte? Ist es die Angst, daß ein neues Zeitalter der Kriege auch den Wohlstand der Wohlhabenden in Gefahr bringt?

Die Argumente der Kriegstreiber wurden am Ende immer fadenscheiniger. Da ging es um die Al-Samud-2-Raketen, die nur bis zu einer Reichweite von 150 km erlaubt sind. Bei einem Kontrollabschuß flogen sie 162 bzw. 183 km weit. Doch wären sie, wie im Ernstfall, mit ihren Sprengköpfen bestückt, dann erreichten sie nur die vorgeschriebenen 150 km. Blair und Bush verkündeten vor ihren Parlamenten fast triumphierend, der Irak habe versucht, Uran aus dem afrikanischen Staat Niger zu beschaffen. Jetzt hat sich das als plumpe Fälschung der eigenen Geheimdienste herausgestellt und die Blamage ist groß. Bush wurde auch noch zum Heilsbringer: Von einem besiegten, dann demokratischen, Irak werde (welche Illusion!) eine Demokratisierung der gesamten arabischen Region ausgehen. Da wer-

den sich aber der kuwaitische Emir und das saudische Königshaus freuen.

Die Verschiebung der Abstimmung über den zweiten Resolutionsentwurf um kurze Zeit ist nicht nur den angedrohten Vetos Frankreichs und Rußlands geschuldet. Der Zeitgewinn kommt Washington ganz recht; so kann es die Wackelkandidaten im Sicherheitsrat und die Friedensritter aus Paris und Moskau nochmals gehörig unter Druck setzen. Auch das ärgerliche Zwischen-



spiel in Ankara bedarf noch der Revision, um den Angriff an der Nordfront nicht unnötig zu komplizieren.

Daß der lange vorher geplante Krieg stattfinden soll, stand von vornherein fest. Es ging nur noch um die Suche nach vorgeschobenen Argumenten und nach kriegswilligen Ländern, die bluten und mitzahlen sollten. Auch ist noch nie in der Geschichte ein monatelang andauernder Aufmarsch zum Krieg, zudem in solch gigantischem Ausmaß, tausende Kilometer von der Heimat ent-



fernt, wieder abgeblasen worden. So etwas hätte selbst Cäsar seine Herrschaft gekostet, geschweige denn einen Bush II. Der Rückzug von Bush I nach seinem Sieg am Golf war wohlüberlegte Taktik zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in der Region, um Irans Ayatollahs in Schach zu halten. Ein Rückzug des Sohnes Geor-

ge W. Bush - noch mehr eine Figur der Öl- und Energiekonzerne als der Alte - ohne Kampf käme einer Niederlage der USA gleich und würde seinen Sturz aus dem Präsidentenamt herbeiführen. Denn der Blick des Volkes wäre wieder frei auf das wirtschaftliche Desaster, das sich in bedrohlichem Maße in den Vereinigten Staaten zusammengebraut hatte, ohne daß die rechtslastige Regierung der Republikaner eine Antwort darauf geben wollte oder konnte. Ein anschwellendes Haushaltsdefizit, neue Hochrüstungsschulden, besonders die gigantische Staatsverschuldung, Riesenpleiten betrügerischer Konzerne und eine wirtschaftliche Rezession belasten die breiten Volksmassen und ziehen auch Mittelschichten in den sozialen Abstiegsog. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, spaltet die US-Gesellschaft und stellt die Zukunft der US-Bürger in Frage. 20 Millionen der ärmsten Familien verfügen über weniger Jahreseinkommen als 13.000 der reichsten Familien.

Auch der gesellschaftliche Zerfall - Bildungsmisere, Kriminalität, Rassismus - schreitet fort. Die Antwort von oben sind Repression und der Abbau der bürgerlichen Demokratie. (Näheres zu dieser Entwicklung und zum Irakkonflikt siehe Arbeiterstimme Nr. 138). Nur mit der von Bush und den linientreuen Medien geschürten Bedrohungshysterie gelang die Ablenkung im großen Stil, ansonsten hätte die Bevölkerung längst feststellen können: „Der Kaiser ist ja nackt!“.

Eine Ära aggressiver Außenpolitik

Der Öl- und Rüstungskomplex, der Bush ins Amt geputscht hat, tat das ja nicht aus Sympathie zu ihm oder wegen der großen Kenntnisse dieses Weltmannes. Die

Clique hatte damit ja ganz bestimmte Ziele im Visier. Der Rechtsruck in der Innenpolitik war das eine, das Streben nach der Weltherrschaft das andere. Letzterer näher zu kommen, diente die systematische Vorbereitung auf den Krieg gegen den Irak. Bei keiner anderen Gelegenheit konnten so viele Ziele für die US-Kapita-

listenklasse mit einen Schlag erreicht werden:

Eine vernichtende Niederlage des Irak würde die übermächtige Stärke der US-Streitkräfte betonen und somit alle Gegenkräfte und Kritiker in der Welt ein für allemal in die Schranken weisen. Sowohl den großen Mächten wie auch den widerspenstigen kleinen Zentren sollte künftig keine Wahl bleiben, als sich dem Imperium zu unterwerfen. Serbien und Afghanistan waren die blutigen Wegmarken zu diesem Ziel. Doch auch die Verbündeten, besonders die europäischen Mittelmächte, sollten erleben, was es bedeutet, auf Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu beharren. Mit der Niederwerfung des Irak, die auch den anderen Ölförderländern von Saudi-Arabien bis zum Iran als Warnung dienen soll, hätten die USA die Verfügbarkeit über die Erdölquellen des Nahen Ostens und damit entscheidenden Einfluß auf die Preisgestaltung. Nicht zufällig haben sich die US-Ölkonzerne am Kaspischen Meer und im Mittleren Osten festgekrallt, greifen jetzt nach Westafrika und entsenden Truppen nach Lateinamerika. Bei der Sicherung der knapper werdenden Ölreserven sitzen dann die Yankees am längeren Hebel, auch gegenüber europäischen, japanischen und chinesischen Konkurrenten. Linke Ökonomen bringen die aggressive Politik der USA auch in Verbindung mit der künftigen Weltgeltung der konkurrierenden Währungen Dollar und Euro, bei der nun besonders die militärische Stärke der USA zur Geltung kommt.

Weit mehr als im Afghanistan-Krieg erhofft sich die US-Rüstungslobby ein Experimentierfeld zur Erprobung neuer grausamer High-Tech-Waffen. Sowohl die Vormachtstellung der USA in der Welt, als auch eine monopolähnliche Stellung bei der Ölversorgung und in der Rüstungsentwicklung sind nicht nur für die direkt betroffenen Sparten des US-Kapitalismus von großer

Bedeutung, sie können auch für andere Kapitalfraktionen profitabel sein. Zusammen mit dem Meinungsmonopol bei den Medien sichert dieses allgemeine Kapitalinteresse die Stellung der Bush-Regierung. Für wirtschaftliche Interessen ist der US-Imperialismus schon immer über Leichen gegangen.

Bei der Kriegspropaganda, mit Lügen, Verfälschungen und Nachrichtenunterdrückung sind die USA seit jeher meisterhaft gewesen. Die Attentate des 11. September wurden von Bush benutzt, wie einst der japanische Überfall auf die US-Flotte in Pearl Harbour von Roosevelt. Dieser wollte damit in der eigenen Bevölkerung die Zustimmung zur Beteiligung am Zweiten Weltkrieg erreichen. Roosevelt wußte vom bevorstehenden Angriff und ließ die Flotte trotzdem dort ankern, nach der Devise: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Und Bush???

Einen Krieg wie den gegen den Irak, der der US-amerikanischen Kapitalistenklasse so viele strategische und materielle Vorteile in den Schoß wirft, läßt man nicht deswegen absagen, weil das Spiel mit der UNO nicht ganz so funktioniert, wie gewollt; auch nicht, wenn einem der Bruch des Völkerrechts und der Menschen-

umgehen kann; wie sie alle parieren vor den Drohungen, weich werden vor den Kreditvergebern, Angst haben vor den Sanktionen der Kriegsvorstufe, unter denen bereits ein halbes Dutzend Staaten leidet. Ein widerborstiges Land ist sehr schnell als „Schurkenstaat“ für vogelfrei erklärt, frei nach Rumsfeld, der Deutschland und Frankreich schon halb in diese Ecke stellte.

Der Krieg gegen den Irak ist gewollt, im Pentagon schon lange geplant und kein Staat und kein Argument kann die Kriegsverbrecher in Washington davon abhalten. Alle wissen es: Schröder und Chirac, Putin und Mubarak und Kofi Annan; sie trauen sich nur nicht, es offen zu sagen und spielen deshalb das miese Theater, das sich Diplomatie nennt. Es geht im Grund nicht um die Massenvernichtungswaffen des Irak, es geht auch nicht um Saddam Hussein. Von ersteren wurde der Irak schon längst nahezu entblößt und die Tyrannei Husseins war schon bekannt, als die USA noch mit ihm verbündet waren und ihm das Giftgas lieferten, für dessen Besitz man ihn heute anklagt. Übrigens soll es in der Welt noch mehrere Tyrannen geben, auch unter den „kriegswilligen“ Staaten an der Seite von Cheney und Co. Der Irak mag den Kontrolleuren noch mehr entgegenkommen oder auch nicht, es wird die Menschen dort nicht mehr retten vor Bomben und Raketen, Tod und Verderben.

Außer Großbritannien mit seinen Ölinteressen, Australien und Israel mit ihren Sonderbeziehungen zu den USA, sind fast alle „kriegswilligen“ Regierungen gedrängt und gezwungen worden, den Krieg direkt oder indirekt zu unterstützen. Selbst die türkische

Regierung sträubte sich lange, gegen die Interessen ihres Landes handeln zu müssen, ist aber wirtschaftlich von den USA zu abhängig, um NEIN sagen zu können. Zum Schluß ging es der Türkei, die die Nordfront mit bestreiten soll, nur noch um die Verhin-



rechte vorgeworfen werden. Was so ein richtiger Gangsterboß im Wilden Westen war, der diktierte die Gesetze in seinem Umkreis selber, auch die Honoratioren hatten zu kuschen. Es hat sich ja gezeigt, wie man mit sperrigen Alliierten oder anderen Staaten

derung eines Kurdenstaates und um das Gefeiſche, um 26 oder 30 Milliarden Dollar Kriegsentschädigung rauszuholen. Länder, die sich jetzt noch verweigern, werden in ihrer Mehrzahl nach Kriegsbeginn dem Druck nicht mehr standhalten können. Die USA werden von ihnen schneller, als ihnen lieb ist Tribut einfordern, der dann als die Kosten von Wiederaufbau und Hilfeleistungen getarnt wird.

Und die Völker der Welt

Nach der Meinung der Völker in der Welt war nicht gefragt worden, auch nicht in den sogenannten Demokratien, obwohl Demokratie ja bekanntlich „Volksherrschaft“ heißt. Überall ist eine breite Mehrheit gegen den Krieg, auch in den Ländern der Aggressoren, wie in Großbritannien und in Italien. Es gab fast überall Demonstrationen; vor allem Massendemonstrationen wie die vom 15. Februar hatte es in dieser Größe seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Die UZ fragte am 7. Februar: „Wer stoppt die Kriegstreiber?“ und antwortete darauf: „Alles hängt ab von der Stärke der Friedensbewegung.“ Wir können darin die Kraft, den Krieg zu verhindern, nicht erkennen, so richtig und wichtig die anschwellende Friedensbewegung ist und so sehr man sie unterstützen muß, weil keine andere politische Kraft da ist, die den Kriegsverbrechern im Weißen Haus und in der Downing Street in den Arm fallen könnte. Doch darf man die beschränkte Wirkung bloßer Demonstrationen nicht verkennen, auch wenn sie in manchen Ländern inzwischen Massenausmaße annehmen. Die schärfste Waffe, Kriege zu verhindern, ist der revolutionäre Aufstand gegen die Herrschenden, ein Szenario, das heute außerhalb jeder Realität liegt. Selbst die Chance, die kriegslüsterne Kapitalistenklasse im Inneren so zu schwächen, daß deren Kraft zu imperialistischen Offensiven nicht mehr ausreicht, ist in den dominierenden Industriestaaten außerhalb aller vorstellbaren Möglichkeiten ge-

raten. Im Gegenteil, dort schwinden auch noch die Reste von Klassenbewußtsein und Geschichtsbewußtsein in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften. Die Demonstrationen müßten sich zumindest ausweiten zu



Die deutschen Hiwis im Wachdienst

Massendemonstrationen in den kriegsführenden Staaten selbst und sich dort zu Streiks, Blockaden und Desertionen steigern. Erinnerung sei an die Streiks in den Munitionsfabriken in Deutschland am Ende des ersten Weltkriegs, an die Desertionen in der Flotte und an die Rebellionen in der Armee des damaligen Rußland. Aber das geschah nach vier Jahren mörderischen Kriegs und der Verelendung in der Heimat; die heutige Lage ist damit nicht zu vergleichen. Der Krieg findet nicht in den kapitalistischen Kernländern statt, sondern weit weg von zu Hause, da draußen in der arabischen Welt. Nicht mehr Zwangsrekrutierte, wie damals im Vietnamkrieg, müssen ihren Kopf hinhalten, sondern Freiwillige. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Arbeitslosigkeit in den USA diese oft zum Militärdienst treibt. Auch wird bei der gigantischen Übermacht der US-Kriegsmaschinerie der Krieg, ob er Wochen oder Monate dauert, von vergleichsweise kurzer Dauer sein.

Sind die Demonstrationen vergeblich?

Den Überfall auf den Irak können die Demonstrationen nicht mehr

verhindern, auch wenn sie sich nochmals kurz vor Ausbruch des Krieges steigern sollten. Politisch fruchtlos sind jedoch die Demonstrationen nicht. Wir sollten sie mit aller Kraft unterstützen, doch ist es gerade auch Aufgabe von Kommunisten, Illusionen entgegenzutreten. Der Imperialismus ist Ausdruck der kapitalistischen Klassenherrschaft. Es genügt nicht, gegen die auftretenden Übel emotional aufzutreten und dabei das diesen Übeln zugrundeliegende kapitalistische System zu negieren. Wer dieses System und diese Herrschaft anerkennt, verzichtet darauf, deren Auswirkungen wie Arbeitslosigkeit, Entfremdung und eben auch Kriege an den Wurzeln zu bekämpfen. Er ist dazu verurteilt, sich seinen Kopf an den Symptomen wund zu stoßen.

Je mächtiger die Proteste sind, desto mehr Wirksamkeit haben sie in vieler-

lei Hinsicht, auch wenn sie das Hauptziel verfehlen - Bush und die Republikaner wollen wiedergewählt werden. Werden in den USA die Demonstrationen während des Krieges größer, sollte die chauvinistische Stimmung kippen, kann es taktisch unklug werden, die angekündigte Kette von Kriegen (gegen Syrien, den Iran usw.) gleich in Angriff zu nehmen. Blair, der nicht nur 80 % der Bevölkerung in der Frage der Kriegsbeilehnung und Haß der eigenen Parteilinie entgegen. Er muß den Aufstand von mehr als 100 Mitgliedern der Labourfraktion befürchten. Blair und seine Spießgesellen werden sich ein „Zweites Mal“ wohl überlegen, wie auch der spanische Ministerpräsident Aznar, in dessen Land überraschenderweise die größten Aufmärsche stattfanden. Das ist auch in anderen Ländern ähnlich zu sehen. In Deutschland kommt noch der Umstand hinzu, daß die Beteiligung am Irakkrieg sowohl von der Bundesregierung, als auch von den sie tragenden Parteien SPD und Bündnisgrüne klar abgelehnt wurde, unter Inkaufnahme heftiger Anwürfe von Seiten der Bush-Regierung und der eigenen

Opposition. (Auf die Beteiligung unterhalb dieser Schwelle muß noch eingegangen werden.) Für Schröder war die Kriegsfrage ein wichtiger Faktor, mit der er die Bundestagswahl gewann (und die PDS dadurch nicht mehr zum Zuge kam). Je mächtiger und heftiger die Demonstrationen in Deutschland werden, desto weniger können diese Parteien und die Bundesregierung von dieser Position zurück; es sei denn unter der Gefahr einer ernststen Erschütterung der eigenen Partei. Deutschland ist nicht Österreich, das dem Pentagon sogar die Überfluggenehmigung und die Durchgangstransporte verweigerte. Die Schröder-Regierung steht unter ungeheurem Druck, sowohl von Washington, als auch vom erstarkten innenpolitischen Gegner. Das „Umfallen“ konnte zwar nicht völlig verhindert werden, doch die Riesenproteste, wie am 15. Februar, das klare Nein der meisten Gewerkschaften, verhindern wohl ein noch weiter gehendes Umschwenken Schröders mit Hilfe fadenscheiniger Argumente.

Massenhafte Proteste in aller Welt

Ständig finden in der Welt Demonstrationen gegen den immer näher rückenden Krieg statt, während deutsche Politiker von Kohl bis Scharping, von Koch bis zur grünen Fraktionsvorsitzenden Göring-Eckard in einem Appell in der New York Times ihre Verbundenheit mit der Bush-Regierung ausdrücken („Gemeinsamkeit der Werte“). Merkels Vorwurf der Isolation ist absurd. Nicht die den Krieg ablehnenden Völker haben sich isoliert, sie haben ein gemeinsames Ziel. Isoliert haben sich die Regierungen in London, Rom, Prag, Warschau und Madrid.

Die Volksmassen haben ihren Willen in eindeutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Der Höhepunkt der Proteste fand am Samstag, den 15. Februar, statt, als zehn Millionen Menschen in über 60 Ländern, von Barcelona (1 Mill.) bis Dublin (100.000), von Athen (200.000) bis Los Angeles (100.000), von Melbourne (200.000) bis Montreal (150.000) und Minsk (1.500) auf die Straßen gingen. Von nie bekannter Größe waren die Kundgebungen in Rom (2,5 Mill.), in Madrid (2 Mill.) und in London (1,5 Mill.).

Von besonderer Wichtigkeit sind die Demonstrationen in den USA, dem Land, von dem die geplante Aggression ausgeht, auch wenn sie in ihrer Größe nicht mit den Protesten in Europa zu vergleichen sind. Im aufgeheizten Klima der Bedrohungsängste, des „Patriotismus“ und der Mediensensur kann es sehr nachteilig sein, vom offiziellen Sprachgebrauch abzuweichen oder gar öffentlich gegen den Krieg Stellung zu nehmen. In Wirklichkeit tut sich in den USA mehr als allgemein bekannt wird. Der Medienboykott über die Aktivitäten der Kriegsgegner erschwert eine Mobilisierung und Organisation von Protesten. Wahrscheinlich ist in Europa das Aufgehen einer großen Anzahl von US-Schriftstellern, Künstlern und Stars mehr bekannt als in den USA selber. Um so beachtlicher ist es, daß am 18. Januar fast eine halbe Million Friedensbewegte auf die Straße gingen. Das Parlament im US-Staat Maine hatte sich mit Mehrheit gegen einen Krieg ausgesprochen, der Bundesstaat Hawaii beschloß eine Resoluti-

gegner ist bunt: Linke neben Umweltaktivisten, Feministinnen neben Schwulen, Antirassisten neben Grundschulklassen. Es ist zu vermuten, daß, wenn es ernst wird, der Protest sich noch ausweitete. Um einen wirklichen Durchbruch erzielen zu können, dazu ist die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten noch zu schwach. Ein Zeichen dafür ist, daß sich die oppositionelle Demokratische Partei vorerst noch im Schlepptau des Patriotismus von Bush befindet.

Ein Menschenmeer in Berlin

Beim Vorbereitungstreffen von Friedensgruppen und Attac für den 15. Februar in der Bundeshauptstadt sah die Sache noch bescheiden aus. Man war fast unter sich. Niemand ahnte den Ansturm, der über die Stadt hereinbrechen sollte. Am bundesweiten Demonstrationstag im Dezember waren nur 800 Leute nach Berlin gekommen. Als es am 15. Februar soweit war, schoben sich über 500.000 durch die Straßen, Menschen-



Über 500 000 Menschen in Berlin

on gegen ein unipolares Vorgehen. Am 15. Februar gab es in 150 Städten der USA, von Chicago bis San Francisco (100.000 Teilnehmer) Friedenskundgebungen. In New York City waren trotz Polizeisperren und Demonstrationsverbot 500.000 gekommen, um zu protestieren. Sie mußten sich auf eine Kundgebung beschränken - und das im Angesicht der Freiheitsstatue. Das Spektrum der Kriegs-

massen, wohin man blickte. Alle Jahrgänge waren vertreten, von Schülern bis zu alten Omas. Fünfmal so viel, als die Organisatoren erhofft hatten, waren mit Zügen, mit Autos und mit 750 Omnibussen angereist. Dabei hatte die Bahn Sonderzüge einfach ausfallen lassen. Wären alle in die Stadt hineingekommen, wären es noch viel mehr Teilnehmer gewesen. Das hat es seit 1983, seit den großen Protesten gegen den NATO-Doppelbeschluß, in

Deutschland nicht mehr gegeben. Die Menschen waren spontan gekommen, aufgewühlt von den immer dramatischeren Berichten und davon überzeugt, daß die US-Regierung auf den Krieg gegen den Irak gezielt hinsteuert. Viele wollten angesichts der heftigen US-Anwürfe die Bundesregierung bei ihrem NEIN gegen den Krieg unterstützen. Über vier Stunden an diesem feuchtkalten Februar-samstag nahmen die Menschen es auf sich, um mit ihren Parolen, Transparenten und Fahnen gegen die Kriegspolitik der Bush-Regierung anzugehen. Die Zusammensetzung der Demonstranten war heterogen wie nie zuvor; Spontaneität war Trumpf. Viele nahmen zum ersten Mal an einer Demonstration teil. Es gab gewerkschaftliche Gruppen, Pax-Christi und Linke, ganze SPD-Ortsvereine, die Jugend der Grünen, Autonome und eine große Zahl von kirchlich Ausgerichteten. Man sah Fahnen der PDS und der DKP, von ver.di und allen möglichen anderen Organisationen. Noch nie war das Lager der Kriegsgegner so vielfältig und bunt. Dem entsprachen auch die Transparente: „No war for money“, „Schröder sei standhaft“, „Bush nach Texas“, „Saddam in die Wüste“, „Kein Blut für Öl“, „Durchhalten, Herr Bundeskanzler“, „Verhandeln statt Bomben“, „Blix in die USA“, „Zerschlagt den Kapitalismus“, „Jesus kommt wieder“, „Alle Länder sollen abrüsten“, „Nicht in meinem Namen“. Ein Schülerbündnis hatte die Losung ausgegeben: „Jung und Alt müssen auf der Straße den Kurs der Bundesregierung festigen“. Eine Gruppe Jugendlicher fand es „oberaffengeil, wie Joschka Fischer kämpft für unser Heil“ – na, da werden manche Linke und mancher Linker doch Schluckbeschwerden bekommen haben Künstler, Schriftsteller und Schauspieler hatten sich engagiert, von Konstantin Wecker bis Rolf Becker, von Reinhard May bis Friedrich Schorlemmer. Sie versuchten, über die Ablehnung des drohenden Irakkriegs hinaus mehr Politisches in die Massen zu bringen. Auch ihnen wird klar gewesen sein, daß selbst der Ansatz einer politischen Formung oder ein Hinausgehen über den Charakter einer Ein-Punkt-Bewegung angesichts der bestehenden einmaligen Heterogenität unmöglich waren.

Dennoch bleibt es richtig, wenn linke Kräfte versuchen, immer einen Schritt weiter zu gehen. Die Frage ist nicht, wie lange diese Friedensbewegung Bestand haben wird. Sie ist, zur Überraschung auch vieler Linker, aus



München, 20. März, vor dem Rathaus

dem dramatischen Geschehen heraus entstanden. Sie läßt auch erahnen, welche Tiefe der Kriegsgegnerschaft sich in ein Volk eingegraben hat, das, wie das deutsche, zweimal in einem Jahrhundert aufgrund selbst verschuldeter Kriege in Katastrophen gestürzt war. Immerhin ist nun bewiesen, daß die Menschen auch in Deutschland mobilisierbar sind und sich einsetzen, wenn schwerwiegende Ereignisse sie dazu treiben. Es ist das Verdienst der wenigen übriggebliebenen Kerne der Friedensbewegung und der linken Organisationen, den in Bewegung geratenen Massen den notwendigen organisatorischen und politischen Rahmen zur Verfügung gestellt zu haben. Im Unterschied zu den Bewegungen in den 70er und 80er Jahren ging es freilich diesmal nicht gegen die Regierung und die sogenannten Linksparteien, sondern mit ihnen; auch ein Teil der Medien zog mit. Die Demonstranten wußten sich nicht nur einig mit dem Papst und den Kirchen, sie wurden sogar direkt von diesen zum Protest angehalten. Eine politische Neuformierung der Linken oder eine durchschlagende Belebung für diese ist also damit nicht verbunden.

Der Sozialforscher Dieter Rucht hat am 18.2. in der „Frankfurter Rundschau“ in einem Interview auf die Frage: „Wo sehen sie den Unterschied zu der Friedensbewegung der 80er Jahre?“ geantwortet: „Die Frie-

densbewegung der 80er Jahre war gefangen in dem Ost-West-Gegensatz. Jetzt haben wir die merkwürdige Situation, daß man sich zu ideologischen und politischen Verbündeten, zu den USA und England, verhält. Diese Konstellation ist neu. Neu ist auch, daß 'die üblichen Verdächtigen', die Aktivisten mit Hammer und Sichel, roten Fahnen oder Gewerkschaftsemlen nicht schwächer als früher vertreten waren, im Gegenteil. Nur die schiere Masse der Demonstranten hat diese Gruppen zu einem Randphänomen gemacht. Man hatte das Gefühl, das ist eine Demonstration, die einen großen Querschnitt der Bevölkerung spiegelt. Das ist in dieser Deutlichkeit ein Novum.“

Endlich wieder eine Ermunterung für die Linke

Das Entstehen einer neuen Friedensbewegung und das große Ereignis von Berlin hatten auch eine politische Auswirkung auf manche verbliebene Linke. Endlich wieder einmal in dieser finsternen Zeit hatten sie ein Erfolgserlebnis, sind sie nicht mehr völlig isoliert. Das heißt nicht, daß sich die meisten Linken der begrenzten Wirkung auf die Kriegsdrohung nicht bewußt wären. Auch den bislang vor sich hin dümpelnden Ker-

nen der Friedensbewegung war es eine Bestätigung, daß ihr Wirken unter der Zeit nicht umsonst ist. Sie konnten organisatorisch Hilfestellung leisten und ihre Parolen einbringen - nicht, um die Massen zu indok-

Es hat am 15. Februar im gesamten Bundesgebiet örtliche Demonstrationen gegeben, mit zum Teil beachtlicher Beteiligung, und auch nach diesem Termin. Als neues Phänomen ist die Betroffenheit vieler Schüler-



20. März, München

trिनieren, was gar nicht möglich war, sondern als Angebot an Ideen. Denn bei der neuen Friedensbewegung ist nichts lenkbar. Die politische Breite ist ihre Schwäche, macht sie aber überhaupt erst möglich.

Nach dem Niedergang aller progressiven Bewegungen in den letzten Jahren ist die Ursprünglichkeit wieder zurückgekehrt. Die gezeigte Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der beteiligten unterschiedlichen Schichten (auch von Wählern der Union) läßt auch für andere Anlässe wieder hoffen. Ob es ein Strohofer war oder ob sich daraus ein zaghafter neuer Anfang einer Politisierung ergibt, wird sich dann herausstellen, wenn die Konstellation wieder anders ist, wenn es wieder einen triftigen Grund zur Empörung gibt, es dann aber statt mit gegen die Regierenden geht, statt mit SPD und Grünen gegen sie, statt mit den Medien und den Kirchen gegen deren Willen und ohne Beteiligung der Gewerkschaften. Moral, humane Einstellung und Mitgefühl in allen Ehren - aber sie allein führen politisch nicht weiter. Doch sind sie die Voraussetzung, soll sich politisch etwas neu formieren.

innen und Schüler herauszustellen, vor allem in den Gymnasien. (Woblieben die Studenten?) In manchen Städten kam es auch zu Schülerstreiks. In Nürnberg z.B. verließen 3.000 die Klassenzimmer, zwei Stunden vor Unterrichtsende. Sie wollten damit besondere Aufmerksamkeit erwecken. Nun streiten sich die Schulbehörden, ob und mit wie vielen Verweisen dieses Engagement gegen den bevorstehenden Krieg zu ahnden sei - auch ein Stück Demaskierung der angeblichen Grundgesetzbewahrer! Noch entschiedener sind jene Demonstranten, die zur Blockade der Kriegsbasen in Deutschland übergehen oder in Anwendung der Verfassung zur Desertion der zum Einsatz bestimmten Awacs-Soldaten aufrufen. Ihnen sind die Repressionen der ach so friedenskämpferischen Berliner Regierung sicher.

Eine Anti-Kriegs-Achse?

Die Auseinandersetzungen um den Irak und um den richtigen Weg, das Ölland unter Kuratel zu stellen, haben zu heftigen Kontroversen zwischen den USA und Großbritannien mitsamt ihrem willigen Gefolge auf der einen Seite und der eurasischen

„Anti-Kriegs-Achse“ Frankreich, Belgien, Deutschland, Rußland, China sowie deren Anhang auf der anderen Seite geführt. Die Scheingefechte der immer mehr wankenden Medien und die Sprechblasen der Regierenden in der sogenannten „Anti-Kriegs-Achse“ möchten glauben machen, auf der einen Seite stünden die Mächte der Aggression und auf der anderen die besonnenen Mächte des Pazifismus. In Wirklichkeit geht es um unterschiedliche Interessenlagen der jeweiligen Bourgeoisie und um den Versuch der schwächeren imperialistischen Staaten, sich nicht völlig dem US-Imperium unterordnen zu müssen. Washington ist immer erfolgreicher darin, ihnen ihre kriegsablehnende Haltung abzuhandeln (Powell-Diplomatie). Dies zeigt, daß es bei den Bremsern nicht um Grundsatzfragen geht. Auf Druck der USA steckten sie Position um Position zurück. Das „Umfallen“ war vorprogrammiert. Aus dem NEIN wurde eine Zustimmung zur Gewaltanwendung, wenn es angeblich nicht mehr anders geht. Wie soll es auch anders sein, betreiben die Vetomächte doch selbst Großmachtspolitik, die Russen mit ihrem gräßlichen Krieg in Tschetschenien, die Franzosen in Afrika (und nicht nur dort). Die Türken haben Kurdistan blutig unterworfen, die Chinesen möchten in Sinkiang und Tibet nicht gestört werden. Und hat nicht zurecht ein US-amerikanischer Journalist den Deutschen vorgehalten, sie wären doch im Jugoslawien- und im Afghanistankrieg auch nicht so zimperlich gewesen?



Die alte Weltordnung, die auf dem nuklearen Gleichgewicht zwischen USA und Sowjetunion beruhte, ist mit dem Untergang der UdSSR zusammengebrochen. Das neue Imperium interessieren internationale Institutionen und Bündnisse nur soweit, wie sie für die Macht und die Interessen der USA zu instrumentalisieren sind. Ist die UNO nicht wil-

Ein gutes Anschauungsbild lieferte erst kürzlich wieder der verbale Schlagabtausch zwischen Chirac und Blair wie auch das Abkanzeln der polnischen Regierung durch Chirac. Als acht von 25 der europäischen Regierungschefs in einem Brief die US-Kriegspolitik unterstützten, zeigten Paris und Berlin deutlich, wer in der EU die Dominanz beansprucht. Ein-

deutschen Regierung im Jugoslawienkonflikt war ein Sonderfall.) Sowohl nach der wirtschaftlichen Kraft als auch nach seiner militärischen Stärke steht Deutschland nicht mit an der Spitze der imperialistischen Mächte. Der Nuklearwaffenbesitz Frankreichs macht Paris zum ergänzenden Partner.

Neuerdings werden auch wieder Konfliktgemälde gemalt - wie kürzlich im „Spiegel“, wo eine transatlantische Rivalität vorgeführt wurde, als sei der Zeitpunkt einer machtpolitischen Ebenbürtigkeit nicht mehr fern. Diese Rivalität zwischen den USA und der EU kann durchaus in Zukunft zu einem Zusammenprall führen; gegenwärtig jedenfalls ist die EU als politische Einheit erst im Entstehen und kann der Supermacht USA nicht das Wasser reichen. Der „Spiegel“ hat Vergleiche zugrunde gelegt, die hinken. Demzufolge lägen die USA (290 Mill. Einwohner) und die EU (451 Mill. mit Beitrittskandidaten) mit über 11.000 Mrd. € BIP im Jahr 2001 gleichauf. Die Zahl der Soldaten beträgt für die USA 1,37 Mill.

Auslandseinsätze der Bundeswehr im Februar 2003

Kosovo	4.600 Soldaten in den KFOR-Verbänden
Bosnien-Herzegowina	1.550 Soldaten im SFOR-Korps
Mazedonien	225 Soldaten bei der Task Force »Fox«
Afghanistan	1.250 Soldaten bei den »International Security Assistance Forces« (ISAF)
Usbekistan	200 Soldaten zur logistischen Hilfe für ISAF
Kuwait	50 ABC-Abwehrkräfte
Djibouti	1.035 Soldaten bei einer Marine Task Force innerhalb der Anti-Terrorkampagne »Enduring Freedom«
Kenia	140 Soldaten beim »Marine Patrol Aircraft« (MPA) innerhalb von »Enduring Freedom«
Mittelmeer	320 Soldaten bei der »Standing Naval Force Mediterranean – Active Endeavor«
Georgien	12 Soldaten bei der »United Nations Observer Mission« in Georgien (UNOMIG)
USA	12 Soldaten beim Central Command (US-Centcom) in Florida
Insgesamt	9.395 Soldaten

lens, so ist sie für Washington überflüssig, lästig. Könnte die Mehrheit der UNO-Mitglieder in der Vollversammlung über den Kriegskurs der USA entscheiden, wäre die Bush-Regierung fällig für ein neues Kriegsverbrecher-Tribunal. Der stürmische Beifall der versammelten Außenminister bei der Rede des französischen Außenministers (von Fischer gerügt) zeigte die wahre Stimmung nicht nur bei den Völkern, sondern auch bei vielen Regierungen der Welt. Als Powell seine Kriegsbefürwortungsrede hielt, rührte sich keine Hand im Saal. Dort mußte vorher Picassos Antikriegsbild „Guernica“ verhüllt werden. Die Zeichen an der Wand ...

Auch die NATO hat für das Pentagon nur noch dann einen Wert, wenn sie als willige Vollstreckerin der Rumsfeld-Strategie fungiert; eine Haltung, genauso herrisch, wie sich die USA zu den Alliierten im allgemeinen verhalten. Die Risse in der NATO sind nun unübersehbar, wie auch die Spaltung in der EU. Die EU ist über eine Wirtschaftsunion nicht viel hinausgekommen. Da sich politisch keine gemeinsame Interessenlage herausbildete, konnte auch keine gemeinsame Außenpolitik entstehen.

gebettet zwischen diesem famosen Duo und dem immer noch großen Rußland, sehen die osteuropäischen Regierungen ihr Sicherheitsbedürfnis bei den USA besser aufgehoben.

Während sich die Differenzen zwischen den USA und Teilen Europas zuspitzen, warnen linke Kritiker, nicht die nationalistischen Elemente dieser Gegensätze zu übersehen, von denen auch Antikriegsdemonstrationen nicht ganz frei waren. Es ist natürlich richtig, zuerst der eigenen Regierung auf die Finger zu schauen (und notfalls zu hauen) und auf die der Verbündeten in der EU. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Gefahr für den Frieden in der Welt in erster Linie von den USA ausgeht. Einige linke Journalisten und Zeitschriften blasen in diesem Zusammenhang den „Deutschen Imperialismus“ zu einem Popanz auf. Als könne er auf absehbare Zeit im Kräftespiel wieder zu einer Machtgeltung kommen wie einst im Kaiserreich oder zu Nazizeiten. Trotz des wirtschaftlichen Aufstiegs nach der totalen Niederlage 1945, trotz der Wiederaufrüstung und trotz der großen Summen an Kapitalexport bleibt der weltpolitische Einfluß beschränkt! (Die trübe Rolle der

Anzeige

Das aktuelle Heft ist da !

09/02 **ami**

**Terror-Ziel USA?
Strukturelle Verwundbarkeit
als Legitimation des Überwachungsstaates**

**Bundesverfassungsgericht
billigt das neue Strategische
Konzept der NATO**

Krieg in Kolumbien

monatliche Informationen und
Analysen zu Militär, Friedens-
forschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte Euro 30,70
Ausland: Euro 40,90; Normalheft Euro 2,60
Themenheft Euro 3,10 (+Porto).

Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische
Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14,
10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de

antimilitarismus information

und die EU 1,96 Mill. Die Rüstungsaufwendungen unterscheiden sich aber erheblich: 357 Mrd. € USA (2001), 179 Mrd. € EU. Die BIP-Zahlen der EU kommen dadurch zustande, daß die BIP-Angaben der einzelnen Länder zusammengezählt werden, von Italien bis Litauen, von Frankreich bis Ungarn oder Luxemburg. Stärke entsteht aber nur als geballte Kraft, nicht durch bloßes zusammenflicken! Au-

von den EU-Staaten beschlossenen EU-Interventionsstreitkräfte für eigene imperialistische Vorstöße im Umkreis von 4.000 km (von Brüssel aus gerechnet) Wirklichkeit werden. An der NATO und den USA vorbei sollen 60.000 Mann dafür zur Verfügung gestellt werden. Beschlossen wurde ferner, gemeinsame Weltraum- und Raketenentwicklungsprogramme voranzutreiben.

matische Taktierer. Seit der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat sich jedoch das Kräfteverhältnis grundlegend geändert. Maßgebend ist die heutige Konstellation. Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, heißt: Der Hauptfeind ist heute das US-Imperium! Die Kriegsgefahr geht nun mal nicht von den zögernden EU-Staaten, sondern von den USA aus. „Wir befinden uns im IV. Weltkrieg“, erklärte dieser Tage ein ehemaliger CIA-Chef. Ein Regierungsberater offenbarte, 22 „undemokratische“ Staaten des Nahen Ostens stünden auf der Interventionsliste der USA. Wer die Kraft zu einem aggressiven Imperialismus besitzt, ist nun mal am gefährlichsten.

Artikel 26 Grundgesetz
Verbot der Vorbereitung eines Angriffkrieges
(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffkrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Berdem fehlt die politische stromlinienförmige Ausrichtung weitgehend; sie bleibt Zukunftsmusik der europäischen Bourgeoisie. Zwar plant die EU-Kommission eine Europäische Rüstungsagentur, die rüstungsnah technologische Entwicklung und Forschung sowie die Beschaffung von Rüstungsgütern koordinieren soll. Sie stellt aber gleichzeitig den wachsenden Rückstand gegenüber den Vereinigten Staaten auf diesen Gebieten heraus. Bei doppelten Ausgaben seien deren militärische Fähigkeiten zehnmal höher als die der EU (F.A.Z. vom 13.3.).

Die Kräfteverhältnisse sind also mehr als deutlich, vor allem militärpolitisch wird die Kluft noch größer. Daran ändert auch nichts, sollten die

Eine trotzkistische Gruppe (AGM) hat jetzt erst wieder ange-mahnt, sich Karl Liebknechts Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ zu eigen zu machen. Es dürfe nicht zu einem Antiamerikanismus kommen. Es bestünde sonst die Gefahr, daß sich Linke zu „nützlichen Idioten“ des EU-Imperialismus mißbrauchen ließen. Wenn sich ein Teil der europäischen Kapitalistenklasse pazifistisch gebe, wolle sie dabei nur ihre eigenen imperialistischen Interessen bemängeln.

Richtig ist, nie zu vergessen, zuallererst im eigenen Land gegenüber dem Klassenfeind wachsam und abwehrbereit zu sein. Bei Chirac und Schröder handelt es sich auch gewiß nicht um „Pazifisten“; sie sind prag-

Deutschlands „Friedenspolitik“: NEIN, - aber: „ein bißchen Krieg“?

Einst war die BRD der Muster-schüler der USA. Man braucht sich nur auszumalen, Kohl wäre noch an der Regierung oder Stoiber hätte die Wahl gewonnen, wie dann der Schulterschuß mit der kriegerischen Bush-Regierung aussähe. Bei allem, was man Rosa-Grün nachsagen kann, noch Schlimmeres ist uns im Herbst erspart geblieben, wenn auch nur um Haaresbreite. Merkel und Schäuble putzen gerade dem Säbelrassler im Weißen Haus die Cowboystiefel, während die Gesichter Schröders und Fischers immer aschfahler werden. Das Regieren macht ihnen innen- wie außenpolitisch keinen Spaß mehr. Deutschland ist in einer politischen Krise in nahezu allen politischen Bereichen. Da ist der außenpolitische Drahtseilakt, bei dem Berlin am Schluß allein im Abseits stehen könnte, da sind Wirtschaftsstagnation, Finanzkrise, Sozialabbau und fast fünf Millionen Arbeitslose. Das alles erschüttert die bisherigen Lebensvorstellungen und das Besitzstandsdenken breiter Massen. Das Problem der SPD unter den Bedingungen der Globalisierung und des innenpolitischen Machtschwundes ist: Wo es an Macht und Möglichkeiten fehlt, kann die Sozialdemokratie nicht mehr Sozialdemokratie sein. Der Absturz in der Wählergunst auf mittlerweile 27 Prozent ist die Folge. Die Regierung in Berlin kann nur noch mit Zustimmung der Union im Bundesrat regieren. Die Unzufriedenheit wächst. Der



Haß auf die SPD und besonders auf die Gewerkschaften überschreitet bereits die bisher gängigen Grenzen. Die Union fordert den Einsatz der Bundeswehr im Inneren; die Einführung der Folter wird unter dem wohlwollenden Kopfnicken des hessischen Ministerpräsidenten diskutiert. Die Berliner Republik ist im Begriff, eine scharfe Drehung nach rechts durchzumachen. Berlusconi und Aznar sollten eine Warnung sein!

Nun scheint die Schröder/Fischer-Regierung entschlossen, rigoroser noch als bisher, rechte Forderungen zu übernehmen. In erster Linie gilt dies für den Sozialabbau, wobei der Bundeskanzler vor einer Brüskierung eigener Parteikreise und vor allem der Gewerkschaften nicht mehr zurückschreckt. Der Aspekt, die Nabelschnur zu ihnen nicht ganz zu

durchtrennen, könnte bei der Frage der Kriegsbeteiligung eine Rolle spielen. Diese zu minimieren, hieße nicht nur, das damit verbundene Finanzdebakel zu umschiffen, sondern auch, jenen Kapitalfraktionen Rechnung zu tragen, die im Iran und in der „dritten Welt“ ihre Wirtschaftsinteressen durch einen Irakkrieg und die nachfolgenden Kriege gefährdet sehen und einen Konjunkturereinbruch befürchten. Der hohe Exportanteil der deutschen Wirtschaft ist eine Besonderheit, die sich politisch in der Postulierung eines deutschen „Sonderweges“ in der Kriegsfrage niederschlägt. Das kommt auch der Stimmung eines großen Teils der sozialdemokratischen und grünen Basis entgegen. Nach neuesten Umfragen in der deutschen Bevölkerung sind 71% gegen den Irakkrieg, ganz gleich

ob mit oder ohne UNO, 12% sind für die Beteiligung deutscher Soldaten und 26% für Unterstützung des Krieges mit Material und Geld. Andererseits ist die Angst vor einer noch schärferen Form der Konfrontation mit „Amerika“ sowohl in der Regierung als auch in der den Krieg ablehnenden Basis verbreitet und die deutsche Wirtschaft fürchtet Sanktionen. Einige US-Firmen haben bereits Aufträge an ihre deutschen Zulieferer gestrichen; Rumsfeld droht Deutschland mit Truppenabzug. Es gibt Boykottandrohungen gegen französischen Wein und deutsche Waren. Der Druck von innen und außen auf die Schröder/Fischer-Regierung ist also gewaltig. Die NATO und die EU sind gespalten. Das NEIN der Berliner Regierung sollte man vor diesem Hintergrund trotzdem nicht gering schätzen. Es gilt, die Regierung zu drängen, daß sie auch in der Stunde X bei dieser Haltung bleibt und daß auch im Weltsicherheitsrat kein Umfallen erfolgt. Die deutsch-französische Deklaration vom 19.2. gibt hier durchaus Anlaß zu Besorgnis. „Krieg ist nicht unvermeidlich. Gewalt sollte nur als letztes Mittel eingesetzt werden“, heißt es darin ziemlich lauwarm. Schröder hatte immer versprochen, Deutschland werde keiner den Krieg legitimierenden Resolution zustimmen. Der Statthalter Bushs in Deutschland, Daniel Coats, ließ durchblicken, wer das Sagen in der Welt hat: Deutschland sei nicht relevant in der Irak-Frage.

Politisch sind Deutschland, Frankreich, Rußland usw. längst auf die Argumentation Washingtons eingeschwenkt und mit ihnen die Medien. Das kommt selbst in den Ablehnungsbegründungen von Gewerkschaften und Kirchen zum Vorschein. Schröder möchte an seine erste Kennzeichnung „Abenteurer“ nicht mehr erinnert werden. Sie alle vermeiden eine offene Sprache wie Weltherrschaftsstreben, Angriffskrieg, Ölräub, Rachezug, Kriegsverbrecher. Sie sprechen nicht vom Bruch der UN-Charta und des Völkerrechts, nicht von der Fragwürdigkeit des UN-Sicherheitsrates, der vor über 50 Jahren von den Siegern über Hitler-Deutschland und Japan als Privileg geschaffen worden war und längst überholt ist. Sie nehmen es als selbstverständlich hin, daß es angeblich um die

Rolf Becker

Schauspieler (Fachbereich Medien der Gewerkschaft ver.di in Hamburg):

Nein zum Krieg ohne Wenn und Aber! Wir haben Anlaß, am Nein der Bundesrepublik zum Krieg zu zweifeln. Zum einen schwächt sie ihr Nein schon heute schrittweise ab, bindet ihre endgültige Entscheidung an UNO und Weltsicherheitsrat. Zum anderen erweitert sie ihre Zugeständnisse an die US-Regierung: Überflugrechte, Spürpanzer, Flottenverbände am Golf, Bereitstellung von AWACS, Lieferung von Patriot-Raketen an Israel und die Türkei etc. Was sind die Verweise dieser Regierung auf die UNO wert, nachdem sie sich ohne UNO-Mandat und unter Verletzung von Grundgesetz und Zwei-Plus-Vier-Verträgen am Bombenkrieg gegen Jugoslawien beteiligte?

Unsere Kritik an der US-Regierung ist keine Kritik am amerikanischen Volk, im Gegenteil!

Wir grüßen die Friedensbewegung dort und weltweit. Wir begrüßen hier auch, daß zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften versammelt sind. Wir danken Frank Bsirske, daß er hier zu uns gesprochen hat. Aber wir müssen die DGB-Führung daran erinnern, daß sie beim Krieg gegen Jugoslawien am ersten Tag uneingeschränkt ja zum Krieg gesagt hat. Bis heute ist das nicht aufgearbeitet. Ich weiß, wovon ich spreche. Wir waren mit zehn Kolleginnen und Kollegen während des Krieges im bombardierten Jugoslawien. Wir haben gesehen, daß das kein Krieg gegen Milosevic, sondern ein Krieg gegen die zivile Bevölkerung war.

Wir fragen die DGB-Führung: Ist das Nein heute nur ein Nein, solange die Regierung nein sagt? Wir bitten euch und fordern euch auf:

Hört auf die Mitglieder, hört auf die Basis. Wir bitten euch, entfernt euch nicht von uns. Wenn ihr Politik über unsere Köpfe hinweg macht, lauft ihr Gefahr, eines Tages eure Köpfe zu verlieren. Die Geschichte hat das gezeigt.

Was können wir tun, außer wie heute gemeinsam zu demonstrieren? Der Kampf wird von den Herrschenden immer an zwei Fronten geführt: Nicht nur im Irak, auch im Inneren in Form von Sozialabbau und Abbau von Arbeitsplätzen, Kürzungen im Gesundheitswesen, bei den Renten und so weiter. Wir müssen an beiden Fronten Widerstand leisten - für soziale Sicherheit, für Arbeitsplätze und für Frieden!

Massenvernichtungswaffen des Irak geht. Von denen der anderen Länder oder gar den riesigen Beständen der USA und Rußlands kein Wort. Auch Chirac und Schröder nehmen hin, daß Bush die Beweislast für das Nichtvorhandensein nicht bei den Inspektoren, sondern beim Irak selber sieht. Die Forderung nach Absetzung oder Beseitigung eines fremden Staatschefs - in diesem Fall des Diktators Saddam Hussein - wird weithin übernommen, obwohl dies ebenfalls gegen die UN-Charta verstößt. Sollen in Zukunft alle Diktatoren durch Kriege gestürzt werden? Wer bestimmt, wer ein Diktator ist? Alle, außer der radikalen Linken und dem Kern der Friedensbewegung, haben damit die Scheinargumente der Kriegsbefürworter übernommen. Sie gerieten damit auf die politische Rutschbahn. Bush hat also politisch einen Punktsieg nach dem anderen davongetragen.

Die Zwitterstellung, die die Berliner Regierung eingenommen hat, widerspiegelt die widersprüchliche Situation, in der sich die deutsche Bourgeoisie befindet. Dazu schreibt die Zeitschrift „Sozialismus“ (3/2003):

„Dagegen steht der Zwang zur Kooperation mit den USA. Diese sind es nämlich vor allem, die mit ihren militärischen und politischen Mitteln die Verwertungsbedingungen des Kapitals und damit auch die wirtschaftliche 'Stabilität' und die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse hierzulande garantieren: den weltweiten Schutz des Privateigentums, den Zugang zu Märkten und Investitionsgebieten, gefügte Regimes und natürlich auch die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Öl. Insofern ist das US-Interesse eben auch ein 'deutsches', und die Konflikte beziehen sich eher auf die Art und Weise, wie dieses durchzusetzen ist. Abgesehen davon haben es die USA durchaus in der Hand, hauptsächlich in Deutschland oder Europa ansässigen multinationalen Unternehmungen erhebliche Schwierigkeiten zu machen, und der Wirtschaftskrieg kennt bekanntlich viele Mittel. Die 'Solidarität' mit den USA hat also weniger mit Gefühlsduselei als mit harten ökonomischen und politischen Interessen zu tun.“

Die Schröder-Regierung fährt in der Kriegsfrage einen Schlingerkurs,

um die Spitze nach allen Seiten hin abzubiegen: keine aktive, größere Beteiligung - aber: „Erfüllung der Bündnispflichten“, was auf „ein bißchen Kriegsbeteiligung“ hinausläuft. „Keine finanzielle Unterstützung“ (Schröder), aber durch die Entlastung der US-Army in der Etappe durch die Bundeswehr: Mitfinanzierung des Krieges.

Es ist eine ganze Palette an Maßnahmen, mit denen Deutschland die US-Aggression unterstützt: Da lösen deutsche Truppen auf dem Balkan und in Afghanistan (nun 2.500 Soldaten) Teile der dort stationierten US-Truppen ab. (Struck hat noch niemandem plausibel machen können, daß „Deutschland auch am Hindukusch ... verteidigt“ wird.) Am schlimmsten ist, daß deutsche Soldaten in den AWACS-Flugzeugen im türkischen Grenzgebiet zum Irak die Einsätze mitfliegen, denn diese Aufklärer dienen auch als Kommandoletsystem, um Raketen und Bomben ins Ziel zu bringen. Selbst der CDU/CSU Verteidigungsexperte Christian Schmidt kann nicht umhin, zuzugeben, dies sei „mit einem Kampfeinsatz gleichzusetzen“. Berlin liefert nun auch, nach einigem Zögern, Patriot-Raketen an die Türkei und Israel sowie Drohnen für die UNO-Aufklärung im Irak. Entgegen den Ankündigungen Strucks werden die Fuchs-Spürpanzer in Kuwait auch im Kriegsfall nicht abgezogen. Die Bundeswehrgeneräle sind da schon viel weiter: Generalinspekteur Schneiderhahn möchte die Truppe dort sogar noch verstärken. Struck hat die am Persischen Golf operierenden Med Erde (fliegende Lazarette) zur Behandlung verwundeter Aggressoren angeboten. In Saudi-Arabien stationierte US-Soldaten sollen im Fall ihrer Verwundung in die BRD evakuiert werden können. Lazarett-Airbusse der Bundeswehr sind dafür reserviert. Im Land selbst werden die Wachsoldaten der US-Armee vor deren Basen in Deutschland von Bundeswehrsoldaten ersetzt. Zur Zeit spricht man von 2.500. Da es sich um über 60 Objekte handelt, könnten hierfür letztlich etwa 7.000 deutsche Soldaten notwendig werden. Sie stellen die bisherigen US-Wachtposten frei für den Krieg - wenn das keine Kriegsbeteiligung ist! US-Truppenübungsplätze werden, an deutschen Umweltgesetzen vorbei, erweitert und ausgebaut. Der Kriegsaufmarsch und die Nachschubbewegung gehen längst von deutschem Boden aus. Im Gegensatz zu Wien hat Berlin Rumsfeld die Überflugrechte eingeräumt. Die todbringenden Bomber starten auf deutschem Territorium, obwohl die Bundesregierung dazu rechtlich nicht verpflichtet wäre. Mit der Vorbereitung einer massenhaften Pockenimpfung trägt die Bundesregierung zur Kriegspropaganda bei.

Von einer klaren Ablehnung des Krieges durch Regierung und Parlament kann aufgrund dieser Unterstützungsmaßnahmen für die US-Kriegsmaschinerie heute keine Rede sein. Die Linke in Deutschland hat nun die Aufgabe, jeden Widerstand gegen diese Kriegsunterstützung zu stärken und Druck auf Regierung und Parteien auszuüben, in der UNO auf einem eindeutigen NEIN Deutschlands zu bestehen.

abgeschlossen am 10.3.2003

Anzeige

SoZ Sozialistische Hefte 2
für Theorie und Praxis
3 Euro
Beitrag zur SoZ - Sozialistische Zeitung

Sonderheft der SoZ - 48 Seiten - 5 Euro

Bestellungen an (5-Euro-Schein legt bei):
SoZ-Verlag - Dasselstraße 75-77 - D-50674 Köln

Kultur und Emanzipation

Terry Eagleton gibt einen geschichtlichen Überblick über die marxistischen Debatten zur Kultur. Hanna Behrend erinnert an das schwierige Verhältnis von Arbeiterliteratur und »sozialistischem Realismus«. David Harvey fragt nach der Rolle der Kunst im Rentierkapitalismus. Christoph Jünke kritisiert die linke Identitätskritik der 90er Jahre. Francis Mulhern untersucht die Politik der »Cultural Studies«. Helmut Dahmer erinnert an den linken Sozialpsychologen Alfred Lorenzer.

SoZ - Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten
Berichten und Analysen zum
alltäglichen kapitalistischen
Irrsinn und den Perspektiven
linker Opposition.

Probearbeitung kostenlos.

Probearbeitung (3 Ausgaben)
gegen 5-Euro-Schein.

SoZ-Verlag
Dasselstraße 75-77
D-50674 Köln
E-Mail <redaktion@soz-plus.de>
Webseite <www.soz-plus.de>

Die Verwirrung der Linken im Konflikt um Nordkorea

Der Krieg gegen den Irak hatte noch nicht begonnen, da wurden schon die nächsten Opfer ausgesucht. Die propagandistische Vorbereitung läuft bereits. Die Bush-Regierung unterstellte dem Iran nukleare Rüstungspläne. Auch Syrien dürfte bald am Pranger stehen. Von der Weltöffentlichkeit nahezu unbemerkt rüsten die USA das am Hungertuch nagende Äthiopien auf, um militärisch ins benachbarte Somalia einzudringen. Doch scheinen diese Pläne und auch der Krieg gegen Irak nur ein Vorspiel zu sein für eine weit gefährlichere Aggression: nämlich die gegen Nordkorea. Das Ziel ist die Zerstörung der Verteidigungsfähigkeit Pjöngjangs, die schließlich zur Beseitigung des dortigen Regimes führen soll.

Verwundert muß man zur Kenntnis nehmen, wie politisch desorientiert die Linke sich im Koreakonflikt die Propaganda-Argumentation der USA zu eigen macht - und das nicht nur in Deutschland. Anders als im Fall Irak gibt es in der Öffentlichkeit eine nahezu einheitliche Auffassung über eine angebliche Gefährlichkeit und die Krieglüsternheit Nordkoreas. In den westlichen Medien gibt es dazu eine Einheitsmeinung, die die USA-Vorgaben nachplappert. So habe Nordkorea seine Versprechungen gegenüber den USA und der Welt ständig gebrochen, von dort gehe eine größere Bedrohung für den Weltfrieden aus, als vom Irak. UNO-Chefinspektor el Baradai und die meisten Medien behaupten, das Land wolle den Krieg. „Pjöngjang geht weiter auf Konfrontationskurs“ titelten z.B. die NN. Einmal heißt es, Nordkorea habe Atomwaffen, das andere Mal dafür bestehe nur der Verdacht. Die meisten reden davon, in einem halben Jahr könnte Nordkorea die Atombombe haben. Der Mainstream der Medien hat keinen Zweifel, wer hier der „Schurke“ und wer der „Gute“ ist. Das geht soweit, daß es selbst bei den Gegnern eines Irakkrieges schon zur Standardformel gehört, mehr als im



Nordkoreanisches Plakat

Fall Irak sei es doch angebracht, gegen Nordkorea vorzugehen; dieser Staat sei doch gefährlicher und gebärde sich provokativ-kriegerisch. Pjöngjang habe seine Verpflichtungen nicht eingehalten. Daß die Wahrheit gerade umgekehrt richtig wird, stört diese „Friedensfreunde“ nicht. Viele haben es auch versäumt sich darüber zu informieren, daß die kriegerischen Töne die Reaktion sind auf die existenzbedrohende Haltung der Falken in den USA, die einen Überfall auf Nordkorea nicht nur ankündigten, sondern mit ihren Kriegsvorbereitungen die Spannungen in der Region zum Siedepunkt brachten.

Wenn sich selbst pazifistische Gruppen an dieser Meinungsmache beteiligen, ist das mehr als leichtfertig – es ist unverantwortlich. Da ist immer noch etwas zu spüren von der antikommunistischen Denkweise. Wenn man wollte, könnte man sich besser informieren. Auch das „Nürnberger Friedensforum“ macht in seinem Antikriegsflugblatt überflüssigerweise Stimmung gegen Nordkorea. So moniert das Friedensforum, daß in diesem „armen und

hungernden Land eine großwahn-sinnige Regierung nach dem Vorbild anderer Staaten mit dem Griff zur Atombombe droht“. Um was es dort geht, könnten die Flugblatt-Verantwortlichen aus unabhängigen Presseorganen erfahren oder sich durch den CDU-Außenpolitiker Wimmer erklären lassen. Warum das Land arm ist und hungert, ist nicht nur auf eine Rüstungspolitik zurückzuführen, die die sechstgrößte Armee der Welt mit einer Million Mann unter Waffen hält, ohne die dieser Staat längst überrollt worden wäre. An der Armut sind auch die ungünstigen klimatischen Bedingungen beteiligt, die für sechs Jahre Naturkatastrophen verantwortlich sind. Es soll nichts von dem beschönigt werden, was dort auch falsch gelaufen ist. Als Hauptpunkt jedoch bleiben die Auswirkungen der geschichtlichen Tragödie dieses Landes, das anfangs der 50er Jahre durch den grausamen Koreakrieg ins Nichts gestürzt wurde. Diese Aggression der USA war damals der erste Versuch, den Kommunismus zurückzurollen. Der Auftrag des Pentagons war offen und unverblümt: „Wir werden sie in

die Steinzeit zurückbomben.“ Das ist damals so gründlich gelungen, daß die Bomberpiloten wieder umkehrten, weil sie keine Ziele mehr vorfanden. Gibt es eine größere Hypothek für ein Land, das bis heute keinen Friedensvertrag mit den USA erreichen konnte und immer noch mit dem Status des „Waffenstillstandes“ leben muß? (siehe zum Koreakrieg den Artikel in Arsti 131 März 2001)

Käme es zum Angriff auf Nordkorea könnte das sehr schnell zur Nagelprobe nicht nur für die Linke, sondern auch für die Friedensbewegung werden. Kein Papst, kein Schröder und kein Bsirske würde eine Hand rühren für die Menschen in Nordkorea.

Es geht nicht darum, daß wir keine korrekte Definition des Regimes in der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ (DVRK) geben können und auch über die Juche-Ideologie nicht viel wissen. Es gibt, vor allem für europäische Empfindungen, abschreckende Erscheinungen. Man braucht auch für den „Halbgott“ Kim Jong Il keine Sympathien zu empfinden. Wir können von hier auch schlecht abschätzen, wie viele positive sozialistische Elemente diese Diktatur aufzuweisen hat oder nicht. Marxisten sollten sich aber an jene Grundlagen-Tatsachen halten, die ein Gesellschaftssystem kennzeichnen: Die DVRK gehört nicht zum kapitalistischen System und ihre Ökonomie und Politik wird nicht von Kapitalisten und nicht vom kapitalistischen Weltmarkt bestimmt. (Einzig Südkorea hat 3,2 Mrd. Dollar investiert.) Die DVRK hat der Ausbreitung des Kapitalismus auf ihr Land und der Einflußnahme imperialistischer Mächte Grenzen gesetzt. Für die Imperialisten ist die DVRK damit der natürliche Feind der kapitalistischen Welt. Das ist der springende Punkt – alles

andere ist für den Klassenfeind nur eine Frage der Taktik und der Kräfteverhältnisse. Immerhin sind im Korea-Krieg 400 000 chinesische Freiwillige im Trommelfeuer der US-Army südlich des Yalu in den Tod gegang-

kann man sich ausrechnen, dass die USA in der Taiwan-Frage mit den Dingen so spielen, wie es ihren Interessen entspricht. Es kann ja sein, dass ich das falsch interpretiere, aber was derzeit mit Nordkorea passiert, hat

letztlich etwas damit zu tun, ob es den Amerikanern gelingt, auf der asiatischen Seite des eurasischen Kontinents den Fuß so in die Türe zu bekommen, wie ihnen das in Westeuropa gelungen ist.

Ich kann mich noch gut an das erinnern, was mir Gesprächspartner, die es wissen müssen, schon vor etlichen Jahren gesagt haben, es gäbe amerikanische Überlegungen, der Volksrepublik China Taiwan zurückzugeben, fände sich Peking im Gegenzug bereit, einem Sicherheitssystem auf der nördlichen Hemisphäre beizutreten, das unter Führung der USA steht. Nur die Deutschen sind immer der Auffassung, es geht um hehre Grundsätze.

Die anderen wissen, was Handelsware ist.“ (aus „Freitag“, 17.1.03)

Bush droht Nordkorea mit einem „Präventivschlag“

Bereits 1994 unter der Präsidentschaft Clintons waren die USA zu einem militärischen Angriff entschlossen. Zuerst sollte das Atomzentrum Yongbyon vernichtet werden. Clinton hatte bereits einen Flugzeugträger und sieben weitere Kriegsschiffe in Marsch gesetzt. Wie der damalige südkoreanische Präsident Kim Young Sam berichtete, konnte er in einem heftigen Streit mit Clinton diesen im letzten Augenblick von einem Angriff abbringen. Es war ihm gelungen.



Demonstration in Pjöngjang, Januar 2003. Auf dem Transparent steht: „Laßt uns die amerikanischen Pläne für einen Atomkrieg zerschlagen mit der vereinten Kraft aller Völker“.

gen. Chinas Hilfe für Nordkorea ist lebenswichtig und Chinas Einfluß bremst die Aggressionsgelüste des US-Militarismus, der in Südkorea mit 37 000 Soldaten an der Grenze steht. Die fortdauernde Existenzbedrohung Nordkoreas ist der Grund für den Dauernotstand im Überbau und für die Militarisierung der Gesellschaft. Auch durch die inneren Widersprüche ist die Zukunftsperspektive des Regimes alles andere als gesichert.

Wie der Außenpolitische Sprecher der CDU Willy Wimmer das weltpolitische Spiel um Ostasien sieht, hat mit der üblichen westlichen Schwarzweiß-Malerei nichts zu tun: „Und bei der Volksrepublik China

gen, deutlich zu machen, welche verheerenden Folgen ein Militärschlag auch für Südkorea haben würde. Es folgte eine diplomatische Einigung und sogar ein Besuch der Außenministerin Albright in Pjöngjang. Über dieses Agreement (Agreed Framework) berichtete kürzlich der „Vorwärts“ (Zürich): „Die USA organisieren ein internationales Konsortium, das bis 2003 zwei Leichtwasserreaktoren mit einer Gesamtkapazität von 2.000 Megawatt an Nordkorea liefert und betriebsfertig aufbaut. Zwischenzeitlich stimmt Pjöngjang Inspektionen seiner Kernkraftwerke zu und baut seine Plutonium-Infrastruktur ab. Bis schließlich die Reaktoren ans Netz gehen, liefern die USA jährlich 500.000 Tonnen schweres Heizöl. Verbindungsbüros werden in Pjöngjang und Washington schrittweise in volle diplomatische Vertretungen ausgebaut – im Einklang mit Fortschritten bei der Verständigung über „Themen von beidseitigem Interesse ... In vertraulichen Zusatzprotokollen erklärten die USA förmlich, keine Atomwaffen gegen Nordkorea einzusetzen oder die DVRK mit solchen zu bedrohen. Pjöngjang implementierte die Gemeinsame Erklärung mit Südkorea vom Dezember 1991 über die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel und nahm den Nord-Süd-Dialog wieder auf.“

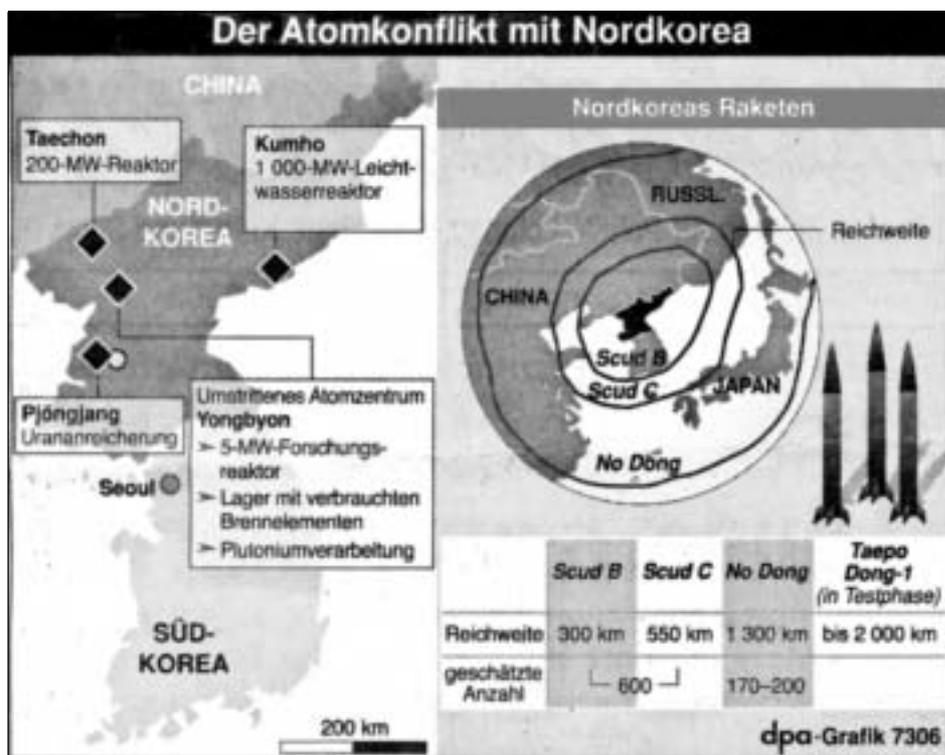
Mit dem Machtantritt der Bush-Clique war es aus mit der Einhaltung der Abkommen mit Nordkorea. Für den Präsidenten gehörte Nordkorea zur „Achse der Bösen“ und die US-Administration drohte mit „einem (atomaren) Präventivschlag“. Die Vereinbarungen wurden entweder ganz zerrissen oder die damit verbundenen Lieferungen wurden verschleppt. Der zugesagte Bau der Leichtwasserreaktoren wurde verzögert, was zu enormen Energieproblemen führte. Nur noch 20% der Fabriken sollen deshalb noch voll arbeiten. Züge stehen still. Die Lebensmittellieferungen wurden reduziert, die Öllieferungen eingestellt. Was das für den Überlebenskampf des Landes bedeutet, zeigt ein Vergleich zwischen Nord- und Südkorea: 2001 betrug lt. „Spiegel“ das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Nor-

den 706 Dollar, im Süden 8 900 Dollar. Das Handelsvolumen Nordkoreas wurde mit 2,27 Mrd. Dollar angegeben, das Südkoreas mit 291,5 Mrd. Dollar! Das BSP im Süden war 1995 20mal höher als im Norden.

Es folgte eine Aufrüstung Südkoreas; und der Militärbudget stieg offiziell auf 12,2 Mrd. € im Jahr 2001. Die Rüstungsexporte Seouls betragen 250 Mill. € - also nicht nur Nordkorea exportierte Raketenwaffen.

Nordkorea zog die Konsequenzen, hielt sich seinerseits nicht mehr an die Zusicherungen nuklearer Abstinenz und startete als Warnsignale mehrere Raketentests. In einer Art Piratenakt wurde ein nordkoreanisches Schiff auf Anordnung Washingtons in internationalen Gewässern aufgebracht, das eine Raketenliefe-

land und China auszuüben bestrebt sind. Gegen das Vorhaben, vom Sicherheitsrat der UN Wirtschaftssanktionen gegen Pjöngjang zu fordern, wandten sich Japan, China und Südkorea gleichermaßen. Um die „Gunst der Stunde“ zu nutzen, betreibt Nordkorea mit seiner Nuklearpolitik eine „Politik des äußersten Risikos“. Pjöngjang sieht sich „im Kampf um das Überleben der Nation“. Die Zeitung „Rodang Sinmun“ schrieb dazu „Ein Überraschungsangriff der USA auf den Atomreaktor wird einen totalen Krieg auslösen“. Übersetzt ins Militärische heißt das, Nordkorea nimmt Südkorea als Geisel. Vor allem der Hauptstadt Seoul, die nur 50 km von der Grenze entfernt liegt, droht der Gegenschlag. Mit diesem Pokerspiel will Nordkorea die USA an den



rung an den Jemen an Bord hatte. Das Pentagon verlegte Truppenverbände in den Pazifikraum, u. a. B-52 Bomber. Anfang März starteten die USA zusammen mit südkoreanischen Streitkräften ein Großmanöver in der Nähe der Demarkationslinie. Rumsfelds Kommentar: „Wir können uns auch notfalls einen Mehrfrontenkrieg erlauben.“ Doch das Kabinett in Washington ist gespalten. Es gibt Militärs, die angesichts des Irakaufmarsches den Zeitpunkt für ungünstig halten. Dazu kommt der Einfluß, den Russ-

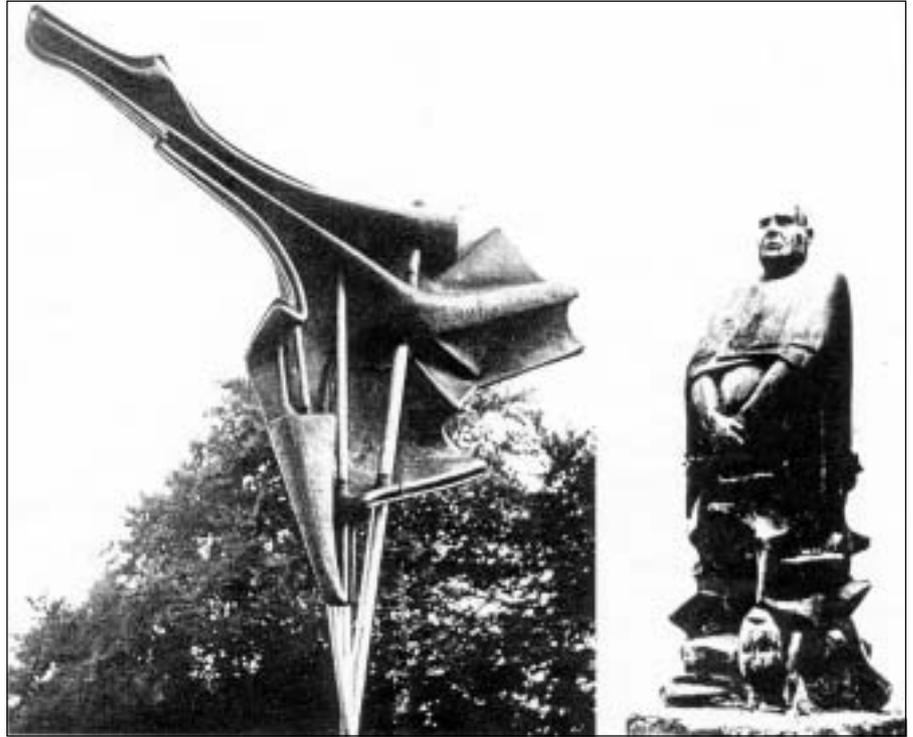
Verhandlungstisch zwingen und fordert einen Nichtangriffspakt. Die USA wollen auf multilaterale Verhandlungen ausweichen. Neuerdings sind sie evtl. zu „Sicherheitsgarantien“ bereit, gegen entsprechende Gegenleistungen. Sollte die Krise dieses Mal noch diplomatisch gelöst werden, so ist aufgeschoben nicht aufgehoben, vor allem, wenn das Pentagon wieder den Rücken frei hat und die VR China in eine schwächere Position geriete.

Genosse Fritz Stein gestorben

Die Gruppe Arbeiterstimme verliert mit dem Genossen Fritz, der noch mit 82 Jahren politisch aktiv war, ihren ältesten Genossen. Solange es sein Gesundheitszustand erlaubte, war er jedes Jahr zu unserer Jahreskonferenz nach Nürnberg angereist. Fritz war lange Jahre, seit 1971 Mitglied der ARSTI und arbeitete in unserer Bremer Gruppe, an der Seite von Schorse Stockmann und anderen für die gemeinsamen Ziele. Er hatte ein zurückhaltendes Wesen, doch sein politisches Wollen war von einer klaren Zielrichtung und von marxistischem Denken bestimmt. Für den Bildhauer Fritz war Kunst und Politik eine Einheit, bei der Kreativität an erster Stelle stand.

In den dreißiger Jahren unterzog sich der junge Fritz einer Gürtler- und Bauschlosslerlehre. Im II. Weltkrieg war er von 1940 bis 1946 als Soldat und Kriegsgefangener in der Sowjetunion, was ihn für immer prägte. Von 1950 bis 1954 studierte er an der Staatlichen Kunstschule in Bremen. Er war dann in der Bauhütte und als Designer bei den Borgward-Werken tätig. Ab 1957 war er freischaffender Künstler und arbeitete lange Jahre mit dem Bildhauer Gerhard Schreiter zusammen. Seit 1974 hatte er einen Lehrauftrag an der Hochschule für Gestaltung Bremen. Fritz schuf eine Anzahl Plastiken, auch im Auftrag des Bremer Senators für Wissenschaft und Kunst.

Fritz stößt bald nach dem Krieg zur Gruppe Arbeiterpolitik, eine kommunistische Gruppe, die sich im Sinne von „Heinz“ Brandler als Bewahrerin der KPO-Tradition verstand. Als 1959 die zur SPD übergegangene Gruppenführung die Gruppe auflöste, stemmten sich Bremer und andere Genossen dagegen. Es gelang ihnen die Gruppe in kleinem Ausmaß neu aufzubauen. Zuerst arbeiteten sie mit einer hektographierten Herausgabe „Briefe an unsere Leser“, später gelang die Neuherausgabe der „Arbeiterpolitik“. (Auch die Nürnberger Gruppe wirkte bei bei-



Zwei Arbeiten der Genossen Fritz, Rechts der Gegenentwurf zum Kriegerdenkmal an der Altmannshöhe in Bremen.

den Organen mit.) Fritz engagierte sich in der Redaktion. Er, wie wir, erlebten ein starkes Anwachsen der Gruppe, eine Folge der Studenten- und Jugendbewegung ab 1967/68. Die Gruppe nahm aktiv teil an den schweren Auseinandersetzungen auf der Klöckner-Hütte (heute Stahlwerke Bremen) und bezog Stellung zu den Bremer Straßenbahndemonstrationen. Der größte Teil der älteren Genossen sah in der diesbezüglichen Politik der Gruppe eine Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse, was später durch die Ereignisse auf der Hütte bestätigt wurde. In der Arpo kam es daraufhin zu persönlichen Anfeindungen, die im Ausschluß der älteren Kritiker gipfelte. Andere oppositionelle Genossen in Frankfurt usw., begründeten die Zeitschrift „Unser Weg“, die sich dann 1971 mit der abgespaltenen Gruppe Arbeiterpolitik Nürnberg zur Gruppe Arbeiterstimme vereinigte. Fritz schloss sich mit den ausgeschlossenen Bremer Genossen der neugegründeten ARSTI an.

Dort konnten sie besonders in der Gewerkschaftspolitik ihr Wissen und ihre praktischen Erfahrungen einbringen. Für sie war die Bindung an die Arbeiterbewegung kein Lippenbekenntnis – sie waren ein Teil von ihr.

Genosse Fritz war 32 Jahre Mitglied der Gruppe Arbeiterstimme und ein unermüdlicher Kämpfer für den Sozialismus, trotz aller Enttäuschungen und Mißerfolge. Wir können nur hoffen, daß seine Spuren, die er in Bremen und anderswo hinterläßt, fortwirken.

Fritz Stein war einer der wenigen, die Politik und Kunst oder Kultur vereinigt hatten.

**die kapitalistische
Produktion
ist gewissen geistigen
Produktionszweigen,
z.B. der Kunst feindlich**
Karl Marx

Im Mai 1920 geboren, war er durch Krieg und Faschismus zu einer Überzeugung gekommen, die ihn sein Leben lang prägte. Seit den „Briefen an unsere Leser“ über die „Arbeiterpolitik“ bis zur „Arbeiterstimme“ war er aktiver Genosse in der Tradition der KPDO-Politik in Bremen.

Als sogenannter Sitzredakteur war er Schaltstelle für Informationen, die zum Erscheinen der Zeitschriften unentbehrlich waren.

Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft hatte er zwei Gegenentwürfe zum Kriegerdenkmal an der Altmannshöhe in Bremen er-

arbeitet, die für eine Verwirklichung zu provokativ waren.

Er verwirklichte mit Arbeitslosen und Strafgefangenen, als das noch verpönt war und nicht den Namen der Kunst im öffentlichen Raum hatte, Projekte und hat sich Überlegungen zu Themen gemacht, die von sogenannten Sponsoren gar nicht umgesetzt werden sollten.

Zuletzt arbeitete er an einem Mahnmal für Zwangsarbeiter, wozu er schon mal vor dem U-Boot-Bunker „Valentin“ in Bremen-Farge eine beeindruckende Säule geschaffen hatte.

Alle politischen Themen ging er sofort an.

Als er am 13. Februar bei der Anti-Kriegs-Demonstration auf dem Bremer Marktplatz, die von der Gesamtschülervertretung organisiert worden war, angesprochen wurde: „Du bist ja wohl hier der älteste Schüler“, kam sein üblicher Spruch: „sach bloß“.

Am 21 Februar ist er gegangen, aber es geht weiter.

Die Bremer Gruppe

Statt oben sehr weit unten Resultate rechter Anpassungspolitik der PDS



Vornehmlich weil viele Amts- und Mandatsträger der PDS aktiv an sozialreaktionärer Politik teilhaben, ist die Partei weit unten angelangt, statt wie von den Verantwortlichen erwartet und ersehnt oben anzukommen. Diese Verantwortlichen haben durch den BRD-Anschluss benachteiligte und an sozialistischen Idealen festhaltende Ostdeutsche ebenso wie Teile der westdeutschen Linken und progressive Gewerkschafter verprellt. In der „neuen Mitte“ aber, die sie für sich einzunehmen trachten, sind längst Werber aller Parlamentsparteien am Werk. Die Medien berichten heute nur noch wenig über die PDS. Die Bundestagsverwaltung und gegnerische Politiker, denen diese Partei einst kreuzgefährlich erschien, ziehen seit dem Wahlausgang vom 22. 9. 2002 alle Register, um sie zu demütigen. Die Verwaltung beförderte die direkt gewählten PDS-MdB Petra Pau und Gesine Löttsch auf die hintersten Parlamentssitze und statete sie nicht einmal mit einem Abstelltisch aus. Dabei vertritt jede der beiden rund eine Million Wähler, während CDU, CSU, Grüne, FDP und SPD dank Überwindung der 5-Prozent-Hürde nur 54 400 bis 75 000 Stimmen pro Sitz im hohen Haus brauchten. Pau und Löttsch dürfen

wenige kurze Reden halten und monatlich sechs Fragen stellen. Das Recht zu Gesetzesinitiativen und Änderungsanträgen in erster Lesung ist ihnen verwehrt. In den zwei Ausschüssen, denen sie angehören, wirken sie lediglich beratend mit. Fürs erste Pressegespräch im neuen Jahr räumte ihnen die Verwaltung eine Abstellkammer voll CDU-Broschüren ein. Parlamentarier der Union pöbeln die Damen gern an. Der rechte Bündnisgrüne Werner Schulz hat als einziger gegen solche Verfahrensweisen Protest eingelegt. Er gab zu bedenken, dass die PDS für 20 Prozent der Ostdeutschen steht. Sie habe in Debatten anregend gewirkt; nach ihrem Abgang als Fraktion kämen wichtige Ostthemen kaum mehr zur Sprache.

Löttsch und Pau halten sich wacker. Es wirkt allerdings enervierend, dass Redebeiträge ihrerseits nur von der jeweils anderen beklatscht werden. Das Parlament ignoriert sie.

Ein persönliches Beispiel für den Verfall der PDS liefert deren einstiger Superstar Gregor Gysi. Er übt sich immer noch in politischem Small talk, findet aber – genau wie ein alternder Komiker mit hausbackenen Witzchen – kaum mehr Anklang.

Der Verfassungsschutz lässt zwar nicht im CDU-regierten Thürin-

gen, wo er PDS-Abgeordneten wacker weiter nachspioniert, wohl aber in Berlin von der Observation dieser Partei bzw. ihr zugehöriger Zusammenschlüsse ab. Innensenator Körting (SPD) hat das im *ND* vom 25./26. 1. 2003 begründet. Bezugnehmend auf zwei bisher verteuflerte Gruppen stellte er fest, nach dem Seniorenklub „Marxistisches Forum“ sei auch die Kommunistische Plattform es nicht mehr wert, beobachtet zu werden. „Vom orthodoxen Kommunismus gehen keine Gefahren für unseren Staat aus. Auch bei der DKP wäre zu überlegen, ob es einen Sinn macht, dass sich ein Landesverfassungsschutz mit ihr befassen muss.“

Der Satiriker Mathias Wedel hat die PDS-Misere am 28. 1. 2003 in einem der wenigen instruktiven Artikel des „Neuen Deutschland“ zu diesem Gegenstand so zusammengefasst: „Der Traum der deutschen Sozialisten, den sie seit 1878 träumten, wird wahr. Das haben sie dem mildtätigen Wirken der PDS zu verdanken. In sozusagen revolutionärer Kleinarbeit hat sie seit 1990 ihre durchschlagende Ungefährlichkeit bewiesen. Sie gilt heute als Freizeitverband netter, bescheidener, etwas melancholisch gestimmter Leute mit

folkloristischem Einschlag... Nun kann die Partei-Avantgarde im Karl-Liebknecht-Haus die Fenster aufreißen und in die linden Lüfte hinausrufen: Proletarier aller Bundesländer – endlich können wir sagen, was wir wollen, es interessiert nämlich keinen mehr – nicht einmal mehr den Verfassungsschutz!... Und irgendwann werden sich die Genossen fragen: Jetzt sind wir nun schon so ungefährlich geworden – warum traut sich der Wähler immer noch nicht an uns heran?“

Antikriegspolitik und Regierungssessel

Eindruck macht die PDS noch mit ihrer Friedenspolitik, obwohl auch die nicht immer konsequent ist. Zu den Aktivitäten zählten die Teilnahme an Demonstrationen, darunter der der 500 000 am 15. 2. 2003 in Berlin, und Kundgebungen, nun auch mit Senatoren und Ministern, gehörten Diskussionsveranstaltungen und ausführliche *ND*-Berichte über einschlägiges Weltgeschehen. Der außenpolitische Sprecher des Parteivorstands, Wolfgang Gehrcke, erstattete am 16. 12. 2002 Strafanzeige gegen den Bundeskanzler wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen den Irak auch dann, wenn Schröder „nur“ durch Überflug- und Transportrechte, Aufklärungsflüge mit deutschen Maschinen usw. mithilft. Gehrcke verwies darauf, dass hierdurch gegen zwei Artikel des Grundgesetzes, gegen Völkerrecht, Strafgesetzbuch und das deutsche Friedensversprechen im 2 + 4-Vertrag verstoßen wird, während NATO-Vertrag, Truppenstatut und Abkommen mit den USA ihrerseits keine Teilnahme an einem amerikanischen Aggressionskrieg rechtfertigen. Europaabgeordneter André Brie reiste in den Irak und fand, dieses Land sei unvergleichlich schwächer als 1990 und zu offensiver Rüstung außerstande. Es gebe keinen Grund für einen Krieg. Wegen des UNO-Embargos auch bei Medikamenten müssten heutzutage Zehntausende irakische Kinder sterben; es sei in diesem Fall humanitäres Gebot, Gesetze zu brechen.

PDSler wie er wollen keinen Krieg. Sie sind jedoch von prinzipieller Gegnerschaft zu jeder imperialistischen Militäraktion weit entfernt und halten das bloße Nein der Bun-

desregierung zur direkten Kriegsteilnahme für ausreichend. So wichtig dieses Nein als Bremsmittel momentan ist – es reicht zur Nichtunterstützung der geplanten US-Aggression keineswegs aus.

Als Kanzler Schröder am 21. 1. in Goslar erklärte: „Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt“, verwies Gehrcke darauf, dass „kein Ja noch lange nicht Nein“ heiße; auch indirekte Hilfsmaßnahmen für Bushs Krieg wären völkerrechtswidrig. MdB Löttsch verlangte sogleich, keineswegs die Ernsthaftigkeit der Friedensbemühungen Schröders in Frage zu stellen. Bundesvorsitzende Zimmer brachte das richtige, aber unzureichende Argument vor, man bekäme Saddam Hussein nicht durch Bombardierung des irakischen Volkes weg. Sie begriff nicht, dass der imperialistische Überfall auf ein anderes Land auch dann verwerflich ist, wenn ein Diktator dieses Land regiert, dass Flugverbotszonen, fortdauernder UNO-Boycott und Wegnahme von Verteidigungsmitteln zugunsten des US-Aggressors ebenfalls dem Völkerrechtsprinzip widersprechen.

Eine *ND*-Anzeige „Juristinnen und Juristen für den Frieden“ vom 13. 2. unterzeichnete von PDS-Seite zwar Evelyn Kenzler, nicht aber Gregor Gysi.

Ans Eingemachte mancher PDS-Oberen auf Länder- und Bundesebene ging es im Januar, als ein am 2. 11. 2002 gefasster Beschluss des Landesparteitags Mecklenburg-Vorpommern weiteren Kreisen bekannt wurde. Er besagt: „Im Falle des Bruchs der Wahlversprechungen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, weder an einem Krieg des amerikanischen Präsidenten George W. Bush gegen den Irak teilzunehmen, noch ihn in solchem Fall logistisch zu unterstützen, legen die gewählten Minister der PDS sofort ihre Ämter nieder. Eine außerordentliche Tagung des Sonderparteitages berät und beschließt über die Fortführung der Koalition.“ KPF, Marxistisches Forum und Ehrenvorsitzender Hans Modrow sprachen sich mehr oder minder deutlich dafür aus, dass dann sowohl Schweriner Minister, als auch Berliner Senatoren ihre Sessel räumen müssten. Vorsitzende Zimmer ließ

wissen, sie erwarte „klare Positionen“. Bundesgeschäftsführer Uwe Hixsch verlangte, bei deutscher Kriegsteilnahme „Konsequenzen auf Landesebene“ in Betracht zu ziehen.

Gegen solches Ansinnen legten die Verfechter weiteren Mitregierens zwecks eigenen „Ankommens“ im politischen System flammenden Protest ein. Berlins Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner, einst Linke in der Alt-BRD, echauffierte sich: „Wir haben doch kein Interesse daran, eine Koalitionskrise zu provozieren.“ Sie vergaß hinzuzufügen: Egal, ob Aggressionskrieg mit Hilfe des Regierungspartners SPD oder nicht. Marion Seelig, stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus und einstiges Mitglied der „Vereinigten Linken“ in der DDR, meinte, die Wähler würden einen „Ausstieg aus der Koalition als Flucht vor den Problemen“ verstehen. MdB Pau erklärte, mit einem Senatsaustritt würden „die wenigen Einflussmöglichkeiten, die die PDS in der Politik hat“, aufgegeben – als ob das beim gegenwärtigen Regierungskurs in der Hauptstadt schade wäre. Wirtschaftsminister Harald Wolf, vormals Westgrüner, und der frühere PDS-Geschäftsführer Dietmar Bartsch meinten, Verteidigungspolitik sei nicht Sache der Länder. Sie vergaßen, dass diese durchaus Einfluss auf den Weg der BRD haben und nehmen – warum nicht einmal in einer extrem wichtigen Angelegenheit? André Brie behauptete, bliebe die Partei im Kriegsfall nicht in SPD-geführten Länderregierungen, so hätte sie „ihre politische Ernsthaftigkeit verspielt“.

Zur Grotteske gediehen die Rechtfertigungsbestrebungen fürs Sitzenbleiben mit einem Leserbrief im *ND* vom 6. 2., dessen Autorin ausgerechnet den Friedenskampf Karl Liebknechts im ersten Weltkrieg als Alibi für das Verharren in Regierungssesseln im Aggressionsfall geltend machte. Liebknecht, schrieb sie, sei trotz der Burgfriedenspolitik seiner Partei im Reichstag geblieben. Der feine Unterschied zwischen klarem Antikriegskurs im Parlament und Mitmachen im Bunde mit einer Kriegspartei im Kabinett ist ihr nicht aufgegangen. Antworten auf diesen Brief wurden im *ND* unterdrückt.

Die sächsische Landtagsfraktion der PDS nahm einen der ihren ins

Gebet, weil er die anderen aufgefordert hatte, an der Parlamentssitzung über den Irak-Krieg wie er mit einer Friedenstaube am Revers teilzunehmen: Das hätte SPD und CDU verstimmt.

In Schwerin ging es um die erwähnte Resolution. André Brie empfahl als Radikallösung einen Sonderparteitag, der den Beschluss kippen sollte. Doch war das angesichts der Stimmung in Parteibasis und Wählerschaft nicht ratsam. Der Landesvorstand unter Peter Ritter bog dafür die Entschließung so hin, dass die Minister im Kriegsfall weiter amtieren dürfen, bis der einzuberufende Parteitag anders entscheidet.

In Berlin dominierten die Regierungssozialisten derart hochgradig, dass ein Beschluss über eventuellen Kabinettsaustritt gar nicht erwogen wurde. Obwohl beim Geraer Parteitag gut 50 Prozent der Berliner Delegierten mit der Mehrheit für eine andere Politik gestimmt hatten, setzten Landesvorstand und Abgeordnetenhausfraktion die bisherige unvermindert, teilweise gar verstärkt fort. Stefan Liebich, Chef von Vorstand und Fraktion, wies in dem Zusammenhang den Vorschlag einer Ämtertrennung zurück. Unter der Devise „Meine Verantwortung gegenüber Berlin ist größer als die gegenüber der Partei“ steuern er und seine Getreuen einen Kurs, der für Partei und Bevölkerung gleichermaßen extrem schädlich ist und weiter Zehntausende

Technology“, das ehemalige DDR-Staatsratsgebäude samt zugehörigem Grundstück kosten- und mietfrei zur Verfügung zu stellen. Die überschuldete Stadt verzichtet derart auf etwa ebenso viel Einnahmen, wie durch Steigerung der Kita-Gebühren bei Berliner Werk tätigen herausgepresst werden sollen;

- eine am 21. 1. 2003 verfügte saftige Fahrpreiserhöhung der Verkehrsbetriebe, die voll die Massen trifft. Zwar war die PDS-Fraktion dagegen, doch stimmten ihre Senatoren dafür;

- der am 28. 1. beschlossene Nachtragshaushalt für dieses Jahr. Er bringt u. a. die Aufhebung der bisher geltenden Lehrmittelfreiheit für zwei Drittel aller Eltern, Kürzung der Zuschüsse zum Telebus-Fahrdienst für Behinderte, Kürzungen im Sozialwesen sowie von Mitteln zur Unterhaltung verfallender Schul- und anderer öffentlicher Gebäude, Streichung der Sozialen Künstlerförderung. In der Hauptstadt des reichsten Landes von Europa werden viele Kunstschaffende auf Sozialhilfe angewiesen sein – auch dank sogenannter demokratischer Sozialisten.

Empörend wie diese Grausamkeiten ist die gewerkschaftsfeindliche Kampagne, die SPD und PDS im Zusammenhang mit dem angestrebten „Sozialpakt“ zur Senkung der Personalkosten bei öffentlich Bediensteten führten. Dieses Jahr sollen 250 Mill., in den folgenden jeweils 500 Mill.

Gewerkschaft der Polizei sowie der Beamtenbund lehnten das ab. Sie unterbreiteten Gegenvorschläge zu halbwegs vertretbaren Sparmaßnahmen. Am 17. 10. ließ der Senat die Verhandlungen platzen, bezichtigte die Partner, daran schuld zu sein, und verfügte eine Alternative zu seinem ursprünglichen „Angebot“. Sie sah die Erhöhung der Arbeitszeit für alle Beamten, auch Lehrer und Polizisten, von 40 auf 42 Wochenstunden, einen Lohn- und Gehaltsstopp von Januar 2004 bis mindestens 2006, wozu der geltende Tarifvertrag gekündigt würde, den Austritt des Landes aus der Vereinigung Kommunaler Unternehmer, um auch die im Staatsdienst Beschäftigten zum Verzicht auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zu zwingen, Bemühungen beim Bundesrat um eine Öffnungsklausel für Berlin, damit die Beamtgehälter eingeschränkt werden können, und betriebsbedingte Kündigungen nach Ende des Kündigungsschutzes 2005, wenn all das nicht zum veranschlagten Sparerfolg ausreicht.

Der Senat hat zügig Maßnahmen zur Realisierung des bisher einmaligen Abbauprogramms getroffen. Der Austritt aus dem Arbeitsgeberverband wurde schon am 6. 1. 2003 unterzeichnet, um für das ganze Bundesgebiet vereinbarte Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Hauptstadt sofort zu verhindern. 390 Lehrer-Referendare werden nicht eingestellt und verlieren so auch den Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ihre im Amt befindlichen Kollegen dürfen – genau wie Polizeiangehörige usw. – mehr arbeiten. Ein weitergehender Verschleiß und die Überalterung des Lehrkörpers, damit neue Glanzlichter in künftigen PISA-Studien sind vorprogrammiert.

Die Chefs der Koalitionsfraktionen, Michael Müller (SPD) und Stefan Liebich (PDS), auch PDS-Haushaltsexperte Marian Krüger rechtfertigten den Senats-Ukas mit flotten Sprüchen von der Art, dass einem wegen der sich auftürmenden Schulden nichts anderes übrig bleibe. Zugleich jammerten sie über die Unbeweglichkeit der Gewerkschaften. Im *ND* vom 17. 1. lobte Lokalredakteurin Nölte das „rot-rote“ Hauptstadtregime deshalb, weil es sein Versprechen „Mit Mut für Berlin“ wahrgemacht habe. Die Bediensteten

Die Ereignisse können dazu führen, dass Behandeltes nach Erscheinen der nächsten ArSti überholt erscheint. Doch dürfte die Darstellung früherer Vorgänge auch dann Schlussfolgerungen erleichtern.

Wählerstimmen kostet.

Spar- und Ausgabenpolitik nach neoliberalen Muster

Seit Eintritt der PDS in den Senat im Januar 2002 ist das Berliner Stadtregime mit durch ihr Wirken zum rückschrittlichsten und beschäftigtenfeindlichsten seit 1945 degeneriert. Für die Entscheidungen in jüngster Zeit sind folgende Punkte charakteristisch:

- der Entschluss, einer Institution der Unternehmerverbände, der am 31. 10. 2002 etablierten „European School of Management and

Euro eingespart werden, was zusammen 12 000 Stellen bei insgesamt 160 000 derzeit vorhandenen entspricht. Am 20. 9. 2002 forderte der Senat von den Gewerkschaften, einem „Einstellungskorridor“ für 4000 Lehrer, 1900 Polizisten und 1100 andere, darunter Feuerwehrleute, ferner dem Verzicht auf Lohn- und Gehaltserhöhungen für vier, auf Urlaubs- und das halbe Weihnachtsgeld für drei Jahre und einer verkürzten Wochenarbeitszeit bei entsprechenden Lohn- und Gehaltseinbußen zuzustimmen – z. T. gegen geltende Verträge. Die DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und

stunden nun vor der Frage: Entweder sie erzwingen durch gewerkschaftlichen Kampf „ein paar Euro mehr, dann wären Stellenabbau und noch höhere Arbeitslosigkeit, weniger staatliche Leistungen für alle Berliner und weiter heruntergeschraubte Investitionen die logische Folge. Oder, sie verzichten auf Tarifierhöhungen und gewinnen dafür mehr Freiheit und vor allem einen weiter gesicherten Arbeitsplatz – und ganz sicher den Respekt vieler Berliner.“ So herzig sieht die Sache aus, wenn sie mit Hilfe von oben verordneter Logik ausgemalt wird. Kein Wort darüber, dass stattdessen die Reichen, große Unternehmer, Banker und Nutznießer der hauptstädtischen „Schweinefonds“ zur Kasse gebeten, dass auch einmal Großkopfete der deutschen Politik zu sozialen Leistungen herangezogen werden könnten, wie Grazer KPO-Vertreter sie freiwillig erbringen. Möglicherweise müssten einige Bundesgesetze geändert werden, oder Bundesinstanzen müssten zustimmen. Was hindert den Senat daran, wie in Sachen Öffnungsklausel geschehen an solche Instanzen heranzutreten?

Die Gewerkschaften verurteilten den Senats-Ukas. Sie wiesen darauf hin, dass besonders der Blitzausstieg aus dem kommunalen Arbeitgeberverband lange Zeit vorbereitet wurde, aber erst die Bundestagswahl abgewartet werden sollte, weshalb die „Rot-Roten“ bei Verhandlungen über den „Solidarpakt“ monatelang nichts Wesentliches vorbrachten. Susanne Stumpfenhusen, Landesvorsitzende von ver.di, wertete den Ukas als einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Der stellvertretende DGB-Landeschef Rissmann erklärte, in langjähriger gewerkschaftlicher Praxis habe er „noch nie einen Arbeitgeber erlebt, der so wie dieser Senat seine Positionen als Diktat durchsetzen will“. GEW-Landesvorsitzender Ulrich Thöne äußerte, der Senat mache sich „zur Speerspitze derjenigen reaktionären Kräfte in Deutschland, die den Flächentarif vernichten wollen. Nicht von ungefähr titelte die ‚FAZ‘: ‚Nachahmer gesucht‘.“ GdP-Landesvorsitzender Eberhard Schöne meinte zur beabsichtigten Verringerung der Polizei: „Eine Metropole, die im Kriminalitätsumpf versinkt, ist nicht mehr

lebenswert.“

Die Kritik richtete sich gegen die SPD als Hauptschuldige. Doch blieben PDS-Größen, die unter Programm- und Versprechensbruch ihre Wählerschaft verraten hatten, ebenfalls nicht verschont.

Kehrseite der Medaille unsozialer Sparmaßnahmen ist der fortdauernde Skandal um die Bankgesellschaft Berlin (BGB). Nutznießer der „Schweinefonds“ werden weiter mit Steuergeld ausgehalten, so dass die Schuldenlast der Stadt auch deshalb ins Unermessliche steigt. Die PDS-Mitglieder im parlamentarischen Untersuchungsausschuss, vor allem aber die Initiative Berliner Bankenskandal ermittelten:

- Untersuchungen werden von der BGB blockiert, besonders durch Verweigerung von Akten. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) ist um Verschleiern statt Aufklärung bemüht. Zugleich behandelt er pflichtbewusste Abgeordnete „wie dumme Jungs und Mädels“.

- Die strafrechtliche Verfolgung Verantwortlicher blieb entgegen ursprünglicher Ankündigung weitgehend aus. Anklage wurde nur in drei Fällen erhoben und gegen Aufsichtsratsmitglieder nicht einmal ermittelt. Die Sittenwidrigkeit der „Schweinefonds“ blieb ununtersucht. Statt vorgesehener 11 Wirtschaftsprüfer hat die Staatsanwaltschaft nur sechs eingestellt, was ebenfalls auf Verschleppung hinausläuft.

- Beim Beurteilen der Parteien heißt es, in der PDS habe die Vasallentreue zur SPD zwar zum Rumoren an der Basis, nicht aber zu einem Kurswechsel geführt.

Wie weit die Anpassung PDS-Oberer an das spätkapitalistische System geht, kann auch an kleineren Beispielen demonstriert werden. Der PDS-Bundesvorstand hat die Leistungen seiner Europawahlkampagne 2004 öffentlich ausgeschrieben. Das bedeutet, dass wieder nach dem Muster fader bürgerlicher Reklamekampagnen verfahren werden soll, statt Phantasie und Tatkraft der Mitglieder anzuregen und zu nutzen. Der Schweriner Arbeitsminister Helmut Holter wandte sich zu Recht gegen Bundeswirtschafts- und Arbeitsminister Clement (SPD), der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen will, was Erwerbslose Mecklenburg-

Vorpommerns finanziell schwer schädigen würde. Beim Ankündigen von Gegenmaßnahmen beschränkte sich Holter auf den Furcht einflößenden Satz, weitere Kürzungen werde er „nicht ohne Protest“ hinnehmen. Benjamin Hoff, wirtschaftspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und spezieller Freund Liebichs, vertrat vor Unternehmern Positionen, die über gängige SPD-Politik hinaus Thesen von CDU und FDP gleichkamen. Parteifreund Gysi überholte in der Magdeburger „Volksstimme“ den Autokanzler Schröder von rechts und schwor auf Erhard, wobei er auch diesen falsch interpretierte. Er beschimpfte die Gewerkschaften wegen ihres Festhaltens an Lohnforderungen und Flächentarifen als „Traditionalisten“, „Erbhofverteidiger“ und „Strukturkonservative“ und wertete es demgegenüber als ideal, wenn die Ostlöhne nicht heraufgesetzt, sondern die Westlöhne relativ verringert würden, um einen Ausgleich zu erzielen.

Ja zum Friedensschluss mit dem Kapitalismus - Nein zur Revolution

Auch auf strategisch-taktischem Gebiet ist in der PDS die Parteirechte im Vormarsch. Für ihre Vorstellungen typisch sind ein Offener Brief Gysis vom 15. 10., sein *ND*-Interview vom 2./3. 11. 2002 und der hierauf basierende Artikel von Schütt, ein Papier, das in der letzten *ArSti* niedriger gehängt wurde. Sein Anliegen war Frieden mit der spätkapitalistischen Gesellschaft.

Am 7. 11. 2002 rechnete Prof. Wolfgang Ruge, Mitglied des Ältestenrats der PDS, im „Neuen Deutschland“ mit dem russischen Oktober 1917 und mit Karl Marx ab. Letztgenannter habe sich „von der Illusion verführen lassen, ein Dialektiker zu sein“, gemeint, die Arbeiterklasse zur künftig machtausübenden erklären zu müssen, und in ihrer Diktatur „die nächste Stufe zur Vervollkommnung des Menschengeschlechts“ gesehen. „Doch dies“ – so Ruge – „ist ein kapitaler Fehlschluss. Das Proletariat... hat kein Eigentum und kann sich deshalb nicht in die von Eigentum und Eigentümern geprägten Wirrnisse einbringen.“ Indessen forderte Marx kein derartiges „Einbringen“ der Pro-

letarier, sondern die Expropriation der Expropriateurs.

Dem Revolutionär Lenin sagt Ruge nach, mittels „Suggestivkraft und Rednergabe... ein Häuflein aufgeschlossener, durch den Antisemitismus verbitterter Juden um sich geschart“ und „eine Partei mit unbekanntem und wenig gebildeten Mitgliedern“ ins Leben gerufen zu haben, mit der er den „für bürgerliche Revolution bereitstehenden Persönlichkeiten“ Russlands Wind aus den Segeln nahm. Ruge lässt Lenins Leute den Smolny, damals Sitz der Bolschewiki, statt das Winterpalais mit der Provisorischen Regierung darin stürmen. Er basiert seine Thesen auch sonst großenteils auf falschen Fakten – so über Lenin, Trotzki, Bucharin und Stalin. Krönender Schluss seiner Ausführungen ist der Satz, versagt habe nicht nur „der Sozialismus in seiner bisherigen Form“, es gehe offenbar gar „nichts ohne das widerwärtige Privateigentum“. Damit sind wir erneut bei der angeblichen Notwendigkeit zum Frieden mit der kapitalistischen Gesellschaft.

Taktik und Personalpolitik auf dem Wege dorthin skizzierte Gregor Gysi in seinem Buch „Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn“ von 2002. Darin stellte er fest: „Für die Fortsetzung des Erneuerungsprozesses in der PDS gibt es nur eine Chance, nämlich dass die Mehrheit der Mitglieder diese Fortsetzung will und deshalb diejenigen marginalisiert, die zu dogmatisch-ideologischen Denk- und Verhaltensstrukturen zurückkehren wollen.“ Er bezeichnete rechte Abweichler vom ursprünglichen, im Programm von 1993 festgeschriebenen Parteikurs als die „Erneuerer“ und plädierte zugleich dafür, sich noch älteren „Strukturen“ anzupassen. Es gelte, „die Lücke zwischen sich und der SPD nicht zu groß werden zu lassen, dabei auch Änderungen des eigenen Profils hinzunehmen“. Die PDS sei „das sozialdemokratische Korrektiv zur SPD“. Weitere Regierungsbeteiligungen in den neuen Bundesländern wären „von großer Bedeutung. Sie erleichtern den Kontakt mit den heutigen Eliten und verhindern damit intellektuellen Stillstand.“

Ex-Wirtschaftssenator Gysi hat bei anderer Gelegenheit Arbeitende zu Aktienkäufen zwecks Aufsto-

ckung ihrer Renten ermuntert und die segensreiche Tätigkeit der Börse gelobt. Die Börsenspekulation trug maßgeblich dazu bei, dass die Kurse vielfach sanken und abhängig Beschäftigte genauso wie der Mittelstand Schaden erlitten.

Ein Programmentwurf als Visitenkarte

Am 24. bzw. 26. 2. 2003 stellte die PDS-Spitze parteiintern und öffentlich das „Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, überarbeiteter Entwurf“ vor. Der Entwurf basiert auf dem Brie-Klein-Brie-Papier. (*ArSti* 133, Sept. 2001, S. 13 ff.) Er wurde von einer aus dessen Autoren und vier anderen, darunter Klaus Höpcke, bestehenden Redaktionskommission fertiggestellt. Die zuständige Programmkommission der PDS wurde faktisch nicht hinzugezogen – ein Vorgang, wie er inzwischen zum herrschenden Demokratiestandard in dieser Partei gehört.

Im Bestreben, integrierend zu wirken und die innerparteiliche Krise zu stoppen, sind beim Erarbeiten des neuen Entwurfs Formulierungen getilgt worden, die auf heftige Kritik gestoßen waren. So fehlt die Moderne-Konzeption, geeignet zum Verschleiern gesellschaftlicher Widersprüche, während Gegensätze zum Kapital nun betont werden. Prominente Kritiker des neuen Entwurfs – Ellen Brombacher und Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform, die Mitglieder der PDS-Programmkommission Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf – stellten Fortschritte gegenüber der Erstfassung fest. Sie konstatierten zugleich, dass deren Grundkonzeption erhalten blieb.

Die Präambel im neuen Entwurf orientiert auf eine „friedliche und gerechte Gesellschaft... in der jede und jeder in sozialer Sicherheit leben kann“, als Ziel. Dem Kommunistischen Manifest wird wieder die Formulierung über ein Gemeinwesen entlehnt, in dem „die freie Entwicklung der einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller ist“. Erneut fehlt der Hinweis, dass Marx/Engels die Voraussetzung hierfür in der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sahen. Stattdessen plädiert auch dieser Entwurf für „Freiheitsgüter“,

die von den Menschen für ein selbstbestimmtes Leben gebraucht würden. Zwar verweisen die Autoren im Abschnitt „Sozialismus – Ziel, Weg und Werte“ erstmals auf den Grundgesetzartikel 15, d. h. die „Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und ihre Überführung in Gemeineigentum“, sofern die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dem zustimmt. Sie deklarieren aber die Eigentumsfrage weiter zur „Frage der realen Verfügung“; es geht ihnen vorrangig darum, die „Profitdominanz“ zu beseitigen, nicht die des kapitalistischen Eigentums. Charakteristisch ist folgender Passus: „Die PDS bejaht die Regulationspotenzen des Marktes. Aber seine zerstörerische soziale Kälte und ökologische Blindheit erfordern unser Engagement gegen die Dominanz des Profits und für eine neue Verbindung von Marktkräften und staatlicher Rahmensetzung.“ Dies Rezept, das an die ursprüngliche Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ erinnert, ist zur Erreichung der angestrebten Ziele untauglich. Ähnlich wie bei Brie-Klein-Brie werden im neuen Entwurf „Unternehmertum und Gewinninteressen“ zu „wichtigen Bedingungen von Innovation und betriebswirtschaftlicher Effizienz“ erklärt. Als sozialistische Praxis bleibt mittelfristig nur die „Vorbereitung des Einstiegs in eine alternative Politik“ übrig.

Im Abschnitt über die gegenwärtige kapitalistische Welt wird der Kapitalismus treffend als Wurzel „ökonomischer Ausbeutung, ökologischer Verödung und politischer Unterdrückung sowie verbrecherischer Kriege“ charakterisiert. Die keynesianische Nachkriegsordnung erscheint nicht mehr als Eingebung humaner Kapitalherrschaft, sondern als dem Kapitalismus unter Einfluss der Konkurrenz der UdSSR und deren Verbündeter von der Arbeiterbewegung abgetrotzt. Andererseits finden sich wieder Fehleinschätzungen wie die, dass der „Industriekapitalismus im Informationskapitalismus... aufgehoben“, also weniger wichtig sei, was die Groß-einschließlich der Rüstungskonzerne verharmlosen heißt. Beim Analysieren der „großen neoliberalen Gegenreform“ unserer Tage wird zu Recht festgestellt, die

krassen Gegensätze im modernen Kapitalismus entwickelten sich „zu globalen Existenzgefährdungen der Weltgesellschaft“. Eine auch in diesem Entwurf fortdauernde Schwäche ist das Bestreben, Progressives und Reaktionäres im Kapitalismus zu konfrontieren, so als könnte mit dem einen das andere überwunden werden.

Krieg und Weltherrschaftsstreben der USA, aber auch die „Normalisierung“ deutscher Außen- und Militärpolitik nach früheren Mustern werden im Programmwurf verurteilt. Es ist auch einmal von imperialistischer Herrschaft die Rede – einem Sachverhalt, den namhaft zu machen unter PDS-Oberen lange verpönt war. Die SED-Diktatur wird bei Übergehen reaktionärer Entwicklungen und Zustände in der Bundesrepublik erneut verurteilt.

Gleich diversen Wahlprogrammen enthält der Abschnitt über politische Forderungen und Konzepte manch Begrüßenswertes. So Sentenzen, die PDS stehe „stets an der Seite der Gewerkschaften bei der Verteidigung der Flächentarifverträge“, sei gegen den „Rückzug von Großkapital und großen Vermögen aus der Finanzierung öffentlicher Aufgaben“ und allemal für Gerechtigkeit. Dass PDS-Regierungspolitik dem oft krass widerspricht, ist ebenso wenig Thema des Programmwurfs wie die hierdurch bedingte Entfremdung der Partei von ihrer Wählerklientel.

In einem ND-Interview und beim Vorstellen des Entwurfs in der Öffentlichkeit drängte Gabi Zimmer auf dessen unbedingte Annahme beim Chemnitzer Parteitag am 25./26. 10., weil „wir uns sonst lächerlich machen würden“ resp. „zum Untergang verurteilt“ wären. Die Zeit zur Diskussion der Vorlage wird derart erheblich eingengt. Die PDS soll sich „bundespolitisch zurückmelden“ und später möglichst mit der SPD zusammengehen. Sie soll gleichermaßen eine Partei für Menschen „aus der sozialen Mitte“ wie für jene sein, „die unten sind“. Dieter Klein nannte den Entwurf „unsere Visitenkarte zur Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs“. André Brie erneuerte die Parole vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“. Sie stammt von Kurt Schumacher aus einer Zeit, als dieser vieles gegen den

Sieg des Sozialismus in Deutschland tat.

Frontenbildung in der Partei

Die Situation innerhalb der PDS dürfte auf Dauer unhaltbar sein. Zwar wurden die seitens der Partei für die Niederlage am 22. 9. 2002 Hauptverantwortlichen in Gera geschlagen und verweigerten hierauf, um Druck auf den neuen Vorstand auszuüben, unter Verzicht auf PDS-Posten die organisatorische Mitarbeit. Sie sperrten sich jedoch erfolgreich dagegen, dass mit der Politik, die das Wahldesaster verursacht hatte, abgerechnet wurde. Unter dem neuen Firmenschild, „Reformlinke“ zu sein, setzten sie die Politik weiterer Einpassung in das kapitalistische System und von Regierungsbeteiligungen um jeden Preis fort. Den Weg in den Abgrund gaben sie als einzigen aus, um wieder Erfolge zu erringen. Die Parteimitte, vornehmlich repräsentiert durch Bundesvorsitzende Zimmer, die gleichzeitig den „Reformlinken“ verhaftet ist, sah sich unter Einwirkung ehemals bewährter rechter Parteiführer zum Abgang von der Geraer Position veranlasst. Die Linke in der Partei ist sich über die Gefahr fortschreitender PDS-Erosion im Klaren, offenbar aber außerstande, sie abzuwenden.

Praktisch-politisch beutete der in Gera geschlagene Flügel die sogenannte Taschenkontroll- oder Wachbuchaffäre aus. Sie rührte von einem nachträglichen Eintrag des Chefs der das Berliner Karl-Liebknecht-Haus bewachenden Sicherheitsfirma her, wonach Vizepartei-vorsitzender Diether Dehm am 13. 10. 2002 abends im Haus erschienen sei und angeordnet habe, den bisherigen Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch keine Papiere nach draußen mitnehmen zu lassen. Die Nachricht hiervon, deren Wahrheitsgehalt Dehm bestritt, machte in bürgerlichen Presseorganen Furore. André Brie sowie die früheren Parteichefs Gysi und Bisky nahmen sie zum Anlass, sich über die angeblich von Dehm verursachte „schmutzigste und für den Zustand der Partei gefährlichste Intrige“, über „Kulturlosigkeit“, „politisch-moralisch verwerfliches Verhalten“ und „Methoden aus SED-Zeiten“ zu erbohen. Eine einfache Überlegung hätte

dazu führen müssen, die Sache, in der Aussage gegen Aussage stand, ad acta zu legen. Aber selbst wenn die Beschuldigungen gegen Dehm stimmten: Bartsch hatte vor dem Parteitag in Gera kräftig gegen die Parteivorsitzende intrigiert und intrigieren lassen, um sie im Amt zu ersetzen. Da lag der Verdacht nahe, er könnte jetzt Belastendes wegzuschaffen haben. Die Weisung, ihn zu kontrollieren, wäre wohlbegründet gewesen, kein Rückfall in stalinistische Verfahrensweisen. Am 9./10. 11. 2002 in Elgersburg beschloss der Bundesvorstand nur, weitere Untersuchungen abzuwarten. Als aber die Parteitagspitze von rechts und den bürgerlichen Medien her erneut unter Druck gesetzt wurde, einigten sich Vorsitzende Zimmer und ihr Stellvertreter Peter Porsch auf ein Einerseits-Andererseits, das faktisch Kapitulation vor der Rechten bedeutete. Am 23. 11. gaben sie in Ilmenau und Dresden Erklärungen ab, wonach zwar deren Vorgehen nicht korrekt sei, Dehm aber vorerst sein Amt ruhen lassen möge, was „ehrenhaft, klug und deshalb auch politisch“ wäre. Der Angesprochene war so „parteitreu“, sich breitschlagen zu lassen. Er gab diese passive Haltung auch nicht auf, als linksstehende Parteitagsdelegierte ihm nahe legten, der Ehrabschneiderei zu trotzen und sein Amt wieder anzutreten. Die Gera-Gegner erklärten sich durch das Bauernopfer zunächst zufriedengestellt und bereit, wieder in der Parteiorganisation mitzuwirken.

Am 13. 1. 2003 „löste“ der Bundesvorstand das Problem, indem er Dehm nach sachlich überflüssiger Entschuldigung seinerseits bei Bartsch die Arbeit als Vizevorsitzender wieder aufnehmen ließ. Gleichzeitig kürte der Vorstand André Brie zum Leiter des Europawahlkampfes der PDS. Einen Monat später wurde der Bundestagsfraktionsvorsitzende a. D. Roland Claus, bekannt für seine Entschuldigungsarie vor Weltmarschall Bush wegen öffentlich bekundeter Kriegsgegnerschaft dreier PDS-MdB, auf Zimmers Vorschlag zum Koordinator einer innerparteilichen Strategiedebatte ernannt.

Anhänger und Gegner der Parteitagsbeschlüsse von Gera formierten sich inzwischen zu Gruppierungen. Die „**Reformlinken**“, zunächst

meist niedere Chargen, trafen am 9. 11. 2002, zu mehrfach historischem Datum, in Berlin zusammen. Sie stellten die innerparteilichen Gegensätze falsch, aber publikumswirksam als Bereitschaft ihrerseits, die Gesellschaft zu verändern, resp. als Selbstbeschränkung auf bloße Proklamationen auf der anderen Seite dar. Am 15./16. 2. tagten sie in prominenter Besetzung als „**Forum 2. Erneuerung**“ im Berliner Abgeordnetenhaus. Bartsch warf bei dieser Gelegenheit der Parteiführung vor, seit dem Grundsatzentscheid von Münster gegen jedes Ja zu Militäraktionen auf Konsolidierung statt innerparteiliche Konfrontation gesetzt zu haben. „Außer bei der Geschichtsaufarbeitung“ – der Serie von Entschuldigungen für SED und DDR – habe sie „Konflikte nicht mehr zugespitzt“. Gegenwärtig wäre es falsch, sich auf Bundesebene oder in Berlin gegen die SPD zu profilieren, auch in der Frage eines möglichen Irak-Kriegs. Uwe Wolf, der Bruder des Wirtschaftsensors, klagte über Mangel an innerparteilicher Unterstützung dafür, dass das Stadtregime zwecks Einsparung bei Löhnen und Gehältern aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgestiegen sei. Thomas Falkner, im Apparat einst für Grundsatzfragen zuständig, bedauerte den Mangel an Bereitschaft, über eine „Umgestaltung des Sozialstaates“ (exakter hieße es Sozialstaatsabbau) nachzudenken. Der parlamentarische Geschäftsführer in Sachsen-Anhalt, Wulf Gallert, wettete über „Arroganz der linken Ohnmacht“ auf der innerparteilichen Gegenseite. Seine Fraktionsvorsitzende Petra Sitte warf der Partei vor, sich nicht auf Leute zu orientieren, „die nach zwölf Jahren Einheit in diesem Deutschland ein positives Lebensgefühl entwickelt haben“. Bei einem Sonderparteitag ihres Landesverbandes hatte sie sich am 1. 2. zu dem Diktum hinreißen lassen: „Unser Gesellschaftsentwurf kann nicht demokratisch sein, wenn wir im Geiste wieder die Aurora aufladen.“

Zwar blieb ein eigenes Projekt der „Reformlinken“ bisher aus. Doch geht aus ihren Attacken hinreichend hervor, was sie meinen. Der Brandenburger Landesvorsitzende Ralf Christoffers kündigte eigene Vorstöße zum „notwendigen Umbau der Sozialsysteme“ an, falls sich der Bundes-

vorstand nicht dazu aufrufen sollte. Petra Pau, u. a. von ihrer Kollegin Löttsch und von MdEP Sylvia-Yvonne Kaufmann unterstützt, sowie Gregor Gysi propagierten im Januar/Februar die Einberufung eines Sonderparteitags noch vor dem Programmparteitag. Erstgenannte begründeten dies damit, dass man sich zu Europa-Themen äußern sollte. Gysi erklärte, Gabi Zimmer sei zwar „im Innern Reformerin“, habe sich aber in Gera „auf die falschen Leute gestützt. Das muss korrigiert werden.“

Am 16. 2. 2003 formierten sich die rechten „Reformlinken“ zum Netzwerk. Initiatorin Kaufmann qualifizierte Gera zum „Rückschritt in die Vergangenheit“ ab, weil dort die Bundestagswahl Niederlage wesentlich auf Annäherungen an die SPD zurückgeführt worden war. Der Vorsitzende der Thüringer Landtagsfraktion Ramelow wettete gegen „linkssektiererische Zombies“ und verlangte, eine „Position der Mitte“ zu beziehen.

Auf der anderen Seite hatte sich das „Netzwerk Linke Opposition“ am 13. 11. 2002 aufgelöst. Zehn Tage später bildeten Anhänger der Geraer Parteitagsbeschlüsse die „**Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Opposition in und bei der PDS**“. Sie konstatierten, das Fehlen eines linken Zukunftskonzepts und die Scheu von Kommunistischer Plattform und Marxistischem Forum vor Auseinandersetzungen mit dem Bundesvorstand seien dafür mitverantwortlich, dass die Partei sich weiter auf „Friedenskurs mit dem Kapitalismus“ befände.

Am 10. 1. 2003 veröffentlichte die „junge Welt“ das „**Plädoyer für einen ‚Geraer Dialog‘**“. Dahinter standen 126 UnterzeichnerInnen aus diversen linken Richtungen, wesentlich mehr als in der „AG Linke Opposition“ aktiv waren, so 18 Parteitagsdelegierte und Prominente von Klaus Bartl (Chemnitz), Georg Fülberth (Marburg), Ulla Jelpke, Detlev Joseph und Heinz Karl (alle Berlin) über Ekkehard Lieberam und Frau (Leipzig), Heidi Lippmann (Northeim), Dorothee Menzner (Neustadt am Rgbe.), Rainer Rupp (Saar) und Sigurd Schulze (Berlin) bis zu Hans-Jochen Vogel (Chemnitz) und Winfried Wolf (Berlin). Im „Plädoyer“ führen sie die Niederlage vom 22. 9.

2002 innerparteilich auf die Anpassungspolitik zurück, welche die PDS als etwas erscheinen ließ, das von der SPD kaum noch zu unterscheiden war. Gera sei eine Chance für den sozialistischen Neuanfang gewesen, doch habe der Vorstand sie nicht wahrgenommen. „Die erneute Stärkung der abgewählten Parteirechten bedroht die PDS existenziell.“ In Berlin spiele der SPD-PDS-Senat „eine Vorreiterrolle beim Versuch, bundesweit das Lohn- und Gehaltsniveau zu senken“. Die dem entgegenstehenden Beschlüsse von Gera seien offenbar nur durchsetzbar, „wenn dafür eine breite innerparteiliche Unterstützung organisiert und somit die neuerliche Dynamik der Anpassung an rechts gestoppt wird“.

Die Unterzeichner schlugen sechs Konkretisierungen vor: 1. Stärkung der innerparteilichen Demokratie, so dass gefasste Beschlüsse des Parteitags und der gewählten Organe auch erfüllt werden. 2. Die Fortsetzung der Regierungsbeteiligungen ohne erkennbare Profilierung im Sinne sozialistischer bzw. bei Verschärfung der Teilhabe an neoliberaler Politik sei in der ganzen PDS zu thematisieren. Sinnvoll wäre eine Arbeitskonferenz, um über das bisherige Mitregieren und Tolerieren Bilanz zu ziehen sowie mit Gewerkschafts- und Erwerbslosenvertretern Alternativen zu diskutieren. 3. Das politisch-programmatische Profil der PDS sei zu stärken. Ein Programmentwurf müsse „einerseits unsere prinzipiellen Positionen, insbesondere auch in der Antikriegsfrage, wiedergeben. Er muss andererseits so gefasst sein, dass sich alle in der Partei vertretenen, relevanten Strömungen mit der generellen Linie des neuen Programms identifizieren können. Dazu gehört auch die Legitimität der Vertretung marxistischer Grundsätze.“ 4. Thematisierung der sich erweiternden Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland, vielleicht auch durch ein „Rotbuch der sozialen deutschen Spaltung“, das Vorschläge enthält, wie der genannten Entwicklung zu steuern ist. 5. Verstärkte Arbeit nach außen und in den gesellschaftlichen Bewegungen, sowohl gegen den Sozialabbau und die Umverteilung des Nationaleinkommens nach oben, als auch gegen den Krieg. 6. Die PDS müsse sich der Diskussion mit ande-

ren Strömungen öffnen und Vorstellungen über eine Antwort auf den neoliberalen Angriff, Perspektiven für eine neue, sozialistische Gesellschaft in die Debatte einbringen.

Nach Zustimmung weiterer Linker in Ost und West zu diesem Plädoyer wurde am 1. 2. 2003 im Schöneberger Rathaus zu Berlin der **Bundesweite Zusammenschluss „Geraer Dialog“ in der PDS** gegründet. Wiederholt das Parteiprogramm von 1993 zitierend, stellte er in seiner Gründungserklärung fest, der sozialistische Charakter einer Partei sei durch vier Elemente gekennzeichnet:

- Analyse der aktuellen Gesellschaft, in der als „Hauptursachen für die globalen Probleme die kapitalistische Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise... sowie die Herrschaft des Patriarchats“ erkannt werden. Hieraus folgten antikapitalistischer Kampf und Bündnisse mit allen Ausgebeuteten und Entrechteten.

- Ein Grundverständnis politischer Arbeit, das den außerparlamentarischen Kampf als für gesellschaftliche Veränderungen entscheidend anerkennt.

- Unzweideutiges Engagement für jeden Schritt in Richtung Emanzipation, jede Reform zur Verbesserung der Lage von Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Frauen, Kindern, Behinderten und Flüchtlingen sowie jede Maßnahme, mit der die Gegenwehr gegen den Angriff von Kapital und bürgerlicher Regierung und das Selbstbewusstsein der Angegriffenen gestärkt werden.

- Dass der Sozialismus das positive Ziel sei, bedeute, zu Vorstellungen Nein zu sagen, nach denen Kapitalismus die für immer vorherrschende Gesellschaftsform sei und allenfalls „verwaltet“ werden könne. „Die Losung der Menschen im Spektrum der Globalisierungskritik war und ist die unsere: *Eine andere Welt ist möglich!*“

Die Gründer verstehen sich als Forum sozialistischer Erneuerung und Einlader zum Dialog mit allen PDS-Mitgliedern und –Sympathisanten. Sie erstreben Zusammenarbeit mit sämtlichen Vertretern vergleichbarer Grundsätze.

Ein wichtiger Vorentscheid für den weiteren Weg der PDS bahnte sich mit dem zum 22. 2. 2003 einberufenen **Berliner Landesparteitag** an.

Es ging darum, ob der massive soziale Abbaukurs unter Führung der SPD, der die eigene Partei immer mehr schwächt, fortgesetzt werden oder ob auf den in Gera anvisierten sozialistisch-demokratischen Kurs eingeschwenkt werden sollte.

Vertreter der Linken Opposition und des Geraer Dialogs wandten sich im Vorfeld des Landesparteitags mit einem Diskussionspapier an dessen Delegierte, worin sie konstatierten, die PDS Berlin habe in ihrem seinerzeitigen Wahlprogramm angekündigt, „die Treppe von oben zu kehren und mit dem Berliner Filz aufzuräumen“. Sie habe aber schon im Koalitionsvertrag der für die Haushaltsmisere mitverantwortlichen SPD Persilscheine ausgestellt, danach zusammen mit ihr die Berliner Bankgesellschaft vor Risiken abgeschirmt, massiv Sozialleistungen abgebaut und sich „bundesweit zum Vorreiter einer gewerkschafts- und arbeitnehmerfeindlichen Politik gemacht“. Nunmehr befürworte sie auch den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld mit städtischen Mitteln, die erneute Finanzierung eines unsinnigen Großprojekts. Die Autoren forderten den Parteitag zum sofortigen Koalitionsbruch auf.

Die noch 11 000 Mitglieder starke Berliner PDS hatte im Oktober 2001 22,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Laut aktueller Umfrage ist sie inzwischen bei 13 Prozent angelangt. An der Parteibasis und unter Sympathisanten ist die Stimmung entsprechend mies. Stefan Liebich befürchtete, beim Parteitag mit seiner Linie des „Weiter wie bisher“ unter 50 Prozent zu kommen.

Tatsächlich wurden ihm indes am 22. 2. mehr als 80 Prozent zuteil, außerdem durfte er seine Doppelfunktion als Landes- und Fraktionschef behalten. Mit ausschlaggebend für diesen Entscheid, der ein Meilenstein auf dem weiteren Weg der PDS in den Abgrund sein dürfte, waren die hohe Zahl an Amts- und Mandatsträgern unter den Delegierten und die Schwäche der Opponenten, die nicht einmal den von links vorgeschlagenen Koalitionsbruch zu beantragen wagten. Die Parteitagsregie klappte. Ansonsten halfen sich Liebich, die Senatoren Harald Wolf und Thomas Flierl mit Demagogie über die Runden. So argumentierten sie, es

sei ein Zeichen für den Linksruck der Berliner Politik, dass die Polizei bei der Friedensmanifestation der 500 000 nicht dreingeschlagen habe – als ob nicht diese Demo ungemein stark und auch für Schröders Regierungspolitik, also für Polizisten sakrosankt gewesen wäre. Zugleich wurde in den Rechtfertigungen daran erinnert, dass die PDS-Regierungsbeteiligung heute im Gegensatz zum Frühjahr 2002 als normal angesehen wird – was beim Ausmaß an Gefolgschaftstreue gegenüber SPD und herrschender Klasse gleichfalls nicht sensationell ist. Von Petra Pau stammt der bemerkenswerte Satz: „Wir brauchen das rot-rote Berliner Beispiel im Bundestag, um Rot-Grün unter Druck zu setzen.“

Was tun, wenn's mit der PDS endgültig schief geht?

Der gegenwärtige Entwicklungsstand lässt folgendes bittere Urteil zu: Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat sich infolge fortwährender Anpassungs- und Mitmachpolitik zu einer Institution entwickelt, die weder sozialistisch noch sonderlich demokratisch ist und in manchem zur Karikatur ihrer selbst wurde. Dieses Urteil gilt nicht für Tausende Genossinnen und Genossen, die an der Basis für eine bessere, menschenwürdige Gesellschaft, gegen kapitalistische Willkür, Rechtsextrémismus und imperialistische Kriege eintreten. Doch trifft sie der Vorwurf, aus der stalinistischen, bei einigen auch sozialdemokratischen Vergangenheit nicht genug gelernt zu haben. Sie lernten vor allem nicht, der eigenen Führung auf die Finger zu sehen, deren Phrasen zu durchschauen und ihnen das Vertrauen zu entziehen, als noch Zeit war. Trotz vieler Bemühungen um politische Aufklärung und einen progressiven Parteikurs hat auch die Linke gegenüber der innerparteilichen Entwicklung nach rechts versagt.

Als Gesamtorganisation ist die PDS ins gegnerische Lager übergelaufen. Dies rückgängig zu machen, brauchte es ein Wunder. Ein schwacher Trost ist, dass manch Verantwortlicher dafür, dass die Chance, die sich durch das Ende der SED für eine starke sozialistische Partei in Deutschland ergab, ungenutzt blieb,

ebenfalls nicht vom nunmehrigen Ergebnis profitieren wird. Allzu große Bereitschaft, fremden Interessen zu dienen, senkt den eigenen Marktwert.

Wenn die PDS in ihrer heutigen Gestalt zugrunde geht, ist das nicht zu bedauern. Sie taugt nichts mehr. Um so dringlicher ist, dass sich baldmöglichst eine tatsächlich demokratische und sozialistische Bewegung bildet, die für eine bessere Gegenwart und Zukunft den Kampf aufnimmt.

Beim Landesparteitag Saar - dem des einzigen Regionalverbands, der bei der letzten Bundestagswahl Stimmen dazugewann, verließen am 18. 1. 2003 Genossen die Organisation, die am meisten zum Wahlerfolg beigetragen hatten. Grund war ihre Enttäuschung darüber, „dass sich entscheidende Teile der PDS sukzes-

sive von ihren ursprünglichen politischen Analysen und programmatischen Vorstellungen verabschiedet haben. Zumindest bekennt sich die PDS nun offen dazu, mit Freude unterstützende Helferin des Kapitalismus zu sein.“ Die Ausgetretenen gingen an den Aufbau eines Netzwerks junger Genossen außerhalb der Partei.

Im „Freitag“ Nr. 52 vom 20. 12. 2002 befasste sich die Politologin und Literaturwissenschaftlerin Sabine Kebir mit der PDS-Krise. Ihre ersten Schlussfolgerungen ähneln denen der Vertreter des „Geraer Dialogs“. Unzutreffend ist ihre Ansicht, ostdeutsche Sozialisten verstünden wegen ihrer DDR-Sozialisation prinzipiell weniger vom Marxismus als die im antikapitalistischen Kampf erfahreneren Westgeborenen. Demnach müsste die PDS automatisch nach

links rücken, würde sie von westlichen Sozialisten dominiert. Tatsächlich gab und gibt es unter links Gesinnten auf beiden Seiten der Elbe-Werra-Linie resp. der einstigen Berliner Sektorengrenze gleichermaßen Marxisten wie Pseudomarxisten oder Sozialisten. Recht hat S. Kebir damit, dass sich die PDS, sollte sie noch überleben wollen und können, von der Apparate- (auch Mandatsträger-) Partei zur Bewegungspartei entwickeln müsste. Für den Fall, dass sie stirbt, schlägt die Autorin eine Wahlallianz aller linken Gruppierungen vor, die das Desaster von 1989 überstanden haben. Die nachfolgend abgedruckte Anregung, eine große Zahl antikapitalistischer Wählergemeinschaften zu bilden, weist in die gleiche Richtung.

B. M., 27. 2. 2003

Genosse Helmut Insinger gestorben

In einem Nürnberger Pflegeheim, in das er erst einige Monate vorher gezogen war, starb unser Genosse Helmut Insinger am 1. Januar im Alter von 74 Jahren. Er hatte eine schwere Herzoperation hinter sich und nun mussten ihm noch zwei Beipässe gelegt werden. Kurz vor seinem Tod wurden auch noch zwei Zehen amputiert. Helmut war seit ihrer Gründung 1971 Mitglied unserer Gruppe. Einige von uns Älteren arbeiteten schon seit Mitte der 50er Jahre mit ihm in der Gruppe Arbeiterpolitik zusammen. In diesen Jahren schaffte Helmut in den Nürnberger Triumph-Werken und war aktiv in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der IG-Metall. In seiner Fabrik hatte sich ein linker Kreis um den Betriebsrat Karl Grönsfelder gebildet, der Spartakusführer, KPD-Abgeordneter und KPO-Funktionär gewesen war. Helmut war wie andere aus diesem Kreis, sehr beeinflusst von dessen Vorbild und entschied sich für die aktive Mitarbeit in der ARPO. Er hat in den Jahrzehnten seines Wirkens viele Artikel in der „Arbeiterpolitik“

und anderswo geschrieben. In der Zeit des Kalten Krieges musste er großem Druck standhalten, sowohl vom Klassenfeind, als auch durch die stalinistische KPD, die die Parteigänger der ARPO als „titoistische Verräter“ verleumdete. Helmut's Ziel war, wie das seiner kleinen Gruppe, die notwendig gewordenen Erneuerung der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Bewegung. Er war sehr belesen und hatte große Geschichtskennntnisse. Helmut sprach jiddisch und lernte die chinesischen Schriftzeichen. Er übersetzte Bücher seines Schwagers Professor Hamerow, eines amerikanischen Historikers, die dieser zur 1848er Revolution verfasste.

Als sich die Gruppe Arbeiterpolitik 1971 über politische Differenzen spaltete, war er bereit in der Gruppe Arbeiterstimme seine alten Ziele weiter zu verfolgen. Er hielt marxistische Referate und beteiligte sich an vielen Diskussionen. Tiefe Enttäuschung über die politische Lage und über die kommunistische Bewegung blieben ihm nicht erspart. Helmut musste deren Verkommenheit und den poli-



tischen Niedergang der Arbeiterbewegung miterleben und war deprimiert. Beruflich war er nun wochenlang als Techniker auf der Reise. Krankheiten machten ihm zu schaffen, auch die langjährige Krankheit seiner Frau und deren Tod zehrte an ihm. Aus all diesen Gründen konnte er nicht mehr aktiv in der Gruppe mitarbeiten. Genosse Helmut blieb uns aber bis zuletzt verbunden. Vor drei Jahren war er noch einmal bei einer Jahreskonferenz dabei. Wir verlieren mit Helmut einen marxistisch gebildeten und kameradschaftlichen Genossen.

Gesundheits,,reform“ = Lohnkürzung?

Nachdem die Rentner erfolgreich und ohne größeren Widerstand geschröpft sind; nachdem sich auch gegen den Abbau der Leistungen für Arbeitslose und deren Dienstverpflichtung als Lohndrücker und

Flexibilitätsreserve (vgl. Arsti Nr. 138 v. Dez. 02) wenig Widerspruch regt, sind nun die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) dran.

Angewidmet ist das unabwendbar. Nur Reform unfähige, Betonköpfe und Besitzstandswahrer können das bestreiten. Wenn im folgenden einige volkswirtschaftliche Daten gegen diese schicksalhafte Unabwendbarkeit genannt werden, so nicht deshalb weil Reformen allein daraus begründet werden sollen, sondern weil die Propaganda der Unvermeidlichkeit, das TINA-Prinzip (there is no alternative) in Frage gestellt werden soll.

Das Schema ist vertraut: Eine „Kostenexplosion“ überfordert angeblich die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung; Beitragserhöhungen zu Lasten des „Faktors Arbeit“ würden die Konkurrenzfähigkeit des „Standorts Deutschland“ schwächen und die Arbeitslosigkeit verstärken.

Im Unterschied zum Abbau der Sozialausgaben bei Renten- und Arbeitslosenversicherung gibt es allerdings eine mächtige Kapitalfraktion, die eine Beschränkung der Ausgaben für medizinische Leistungen verhindern wird: Die Pharma- und medizintechnische Industrie ist an einem weiteren **absoluten** Anstieg der Gesundheitskosten interessiert. Ihre Lobby wird sich wie bisher mit hoher Wahrscheinlichkeit durchsetzen. Um so deutlicher wird die Belastung der Lohnabhängigen und auch von Teilen der Angehörigen der Heil- und Pflegeberufe ansteigen.

Das Märchen von den Gesundheitskosten

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben für Sozialleistungen stabil (vgl. Bild 1). Ihr Anstieg seit 1975 beträgt gerade mal 0,2 % (am gesellschaftlichen Gesamtprodukt, das etwa dem BIP entspricht). Das gilt auch für die Gesundheitskosten. „Seit etwa 1980 ist in Deutschland der Anteil der Gesundheitsausgaben bzw. der GKV-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt – wie



Ministerin Schmidt, Rürup

übrigens in den meisten OECD-Staaten auch – nahezu konstant geblieben“ (lt. Sonderausgabe MEMO-FORUM „Gesundheitspolitik“, Bremen 2002, S. 8).

Die übermäßige Belastung der deutschen Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben ist eine Legende. Wenn man den Anteil der Steuern und steuerähnlichen Abgaben am BIP mit den Anteilen anderer Industrienationen vergleicht, findet sich Deutschland im unteren Drittel der EU-Länder (vgl. Bild 2). Auch die Kosten für einen Arbeitsplatz (Lohn und Lohnnebenkosten wie u. a. „Arbeitgeber“beiträge für Sozialversicherung) in Deutschland liegen beträchtlich unter denen wichtiger an-

derer Industriestaaten (vgl. Bild 3). Von abnehmender Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sprechen, ist Panikmache abseits der Realität.

Vorgebliche Sachzwänge ökonomischer und anderer Natur werden aber in der Propaganda des Kapitals und der von diesem abhängigen Medien nicht ohne Erfolg zur Desorientierung der Arbeiter und Angestellten verwendet. Deshalb ist es unumgänglich, auf diese Propaganda einzugehen.

Die fehlende sachliche Begründung für einen angeblich notwendigen Abbau der Sozialleistungen wird durch um so größere Lautstärke der bürgerlichen Meinungserzeugungsmaschine ersetzt. Bürgerliche Wirt-

schaftswissenschaft, Medien, bürgerliche Politiker von SPD bis CSU stimmen mit wenigen graduellen Unterschieden überein: Die Beiträge



Bild 1

müssen runter – natürlich diejenigen der Unternehmer.

Defizite der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV)

Die Defizite vor allem der gesetzlichen Krankenkassen und die damit begründeten Beitragserhöhungen scheinen aber doch für eine „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen zu sprechen?

Die Defizite ergeben sich neben absolut gestiegenen Kosten aus dem System fester Prozentsätze vom Bruttolohn bzw. -gehalt. Die Lohnsumme ist die Basis für die Beitragseinnahmen der Kassen. Die Lohnquote, d.h. der Anteil der Löhne und Gehälter am BIP, sinkt jedoch wegen Reallohnsenkung infolge „moderater“ Tarifpolitik der Gewerkschaften und wegen der Massenarbeitslosigkeit permanent ab. Entsprechend sinken die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) im

Verhältnis zum BIP. Die Beiträge prozentual vom Bruttolohn müssen also notwendig steigen (siehe Bild 4). Anders formuliert: Wenn die Gesundheitsausgaben im Verhältnis zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt gleich bleiben (siehe oben), die Basis der Beitragsätze aber relativ zum BIP sinkt, dann muß der prozentuale Beitragsatz steigen.

Die Beitragserhöhungen ergeben sich also nicht aus Kostenexplosion oder Überalterung der Bevölkerung sondern daraus, daß ein wachsender Teil der gesellschaftlich produzierten Werte, vor allem Profite, Investitionen, Zinsen nicht für die

seit rd. 15 Jahren erfolgreich ausgehöhlt worden. Ständig wachsende Zuzahlungen der Patienten zu Medikamenten, Krankenhausaufenthal-



Bild 4

ten, Kuren, Zahnersatzleistungen usw. ließen aus der paritätischen Finanzierung (also 50 : 50) eine mittlerweile zu rd. 2/3 von den Patienten und nur noch zu rd. 1/3 von den Unternehmern zu tragende Belastung werden.

Das genügt den Kapitalisten nicht. Obwohl die Propaganda von den standortgefährdenden Lohnnebenkosten objektiv falsch ist, findet sie trotzdem hohe Akzeptanz in den Medien, der Politik und leider auch zunehmend bei den Gewerkschaften.

Privatisierung I

Hoch positiv besetzt ist dagegen das Wort Privatisierung. Privat soll immer günstiger als öffentlich (bürokratisch) verwaltet sein. So mancher tatsächlich überflüssige Verwaltungsaufwand, dem sich Versicherte ausgesetzt sehen, scheint dies zu bestätigen. Doch Abbau von überflüssiger Bürokratie (soweit noch vorhanden) ist mit **dieser** Privatisierung nicht gemeint.

Privatisierung heißt hier das Ausgliedern bestimmter Krankheitsrisiken aus der GKV. Wie stets bei „Reformen“ in der Sozialversicherung schwirren zur Zeit die verschiedensten Modelle durch die Medien. Manche werden zurückgenommen, tauchen wieder auf, (zuweilen als Empfehlung öffentlich oder selbsternannter Sachverständiger) und werden Gesetz, wenn durch diese Taktik ausreichend ausgelotet wurde, was ohne größeren Widerstand durchgesetzt werden kann.

Bei der Gesundheitsreform ist



Bild 2 und 3

dieser Prozeß noch in vollem Gange. Wir ersparen uns daher Einzelheiten. Die große Linie scheint jedoch einer im Spiegel veröffentlichten Planung des Gesundheitsministeriums zu folgen (DER SPIEGEL 9/2003, S. 30 ff).

	Einsparung GKV/Jahr	priv. Zusatzkosten je Vers.
Herausnahme von Unfällen In Sport und Freizeit	10,4 Mrd. €	20,— €/Monat
Herausnahme von Zahnbehandlung	11,0 Mrd. €	20,— €/Monat
Wegfall des Krankengelds b. längerer Erkrankung	6,0 Mrd. €	10,— €/Monat
Herausnahme Mutterschaftsgeld, Mütterkuren, Anti-Baby-Pille f. Minderjährige	4,0 Mrd. €	Finanzierung aus Steuermitteln

Das Gemeinsame aller Vorstellungen ist die Herausnahme einzelner Kostengruppen bzw. deren Ursachen aus der GKV und die Verlagerung aller daraus entstehender Kosten auf die Patienten bzw. den Staat (siehe Kasten). Sinn derartiger „Reform“ ist die Entlastung des Kapitals von steigenden Beiträgen („Arbeitgeber“anteil) und profitable Geschäftsmöglichkeiten für das Finanzkapital (private Unfall- und/oder Krankheitsversicherungen). Objektive Kriterien für die Zuordnung von Krankheiten zur öffentlichen oder privaten Sphäre gibt es nicht. Deshalb sollen etwa die Folgen eines Sturzes (Unfall, also Privatrisko) anders bewertet werden als die Folgen einer Infektion (gesetzlich versichert). Der „private“ Teil des Krankheitsrisikos wird völlig willkürlich festgelegt und ist damit beliebig erweiterbar. Ehrlicher ist da der Vorschlag des früheren Gesundheitsministers Seehofer (CSU) „den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenkasse einzufrieren“ (DIE ZEIT v. 6. 2. 03, S. 17). Damit würden die Leistungen der Unternehmer absolut gleich bleiben, relativ zum BIP sinken. Die Lohnabhängigen müssen mehr von ihrem Einkommen für die Absicherung gegen Gesundheitsrisiken aufwenden. Im Ergebnis kommt dies einer Lohnkürzung gleich. Dem Kapital wird dies nicht genug sein.

Selbstbestimmung...

...oder Selbstverantwortung ist ein anderes Schlagwort der „Reformer“. Der „mündige“ Patient ist in

der großen Mehrzahl der Fälle nicht in der Lage, den Nutzen und die Kosten einer Behandlung rational zu beurteilen. Auf dem Gesundheitsmarkt bestimmt das Angebot die Nachfrage. Eine Bestätigung liberaler Ange-

botstheorie ist das allerdings nicht, weil nicht der Preis sondern das Spezialwissen der Mediziner die Nachfrage und damit die Kosten festlegt. Dieses medizinische Wissen ist allerdings untrennbar verquickt mit den wirtschaftlichen Interessen der Ärzte und der Industrie.

Mißbrauch gibt es natürlich – wie überall. Doch ist dieser Mißbrauch nicht – wie unterstellt – ausschließlich auf Seiten der Patienten. Ärzte und Pharmaindustrie tragen durch ihre Beratung und durch Werbung maßgeblich dazu bei. Es mag ja unnötig sein, wegen jedem banalen Schnupfen einen Arzt zu konsultieren und die von diesem verordneten Pillen zu schlucken, was die Dauer und Lästigkeit des Schnupfens meist nicht verringert, doch Ärzte und Industrie verdienen läßt. Doch liegt die Entscheidung nur in geringem Maße beim Patienten – überwiegend wird kein Kranker eine Diagnostik oder Therapie ablehnen können, wenn sie von ärztlicher Seite empfohlen wird.

Der Gesundheitssektor ist ein wachsender Markt. Die bestimmenden Akteure sind nicht die überwiegend lohnabhängigen Patienten sondern Industrie, Apotheken und ein Teil der Ärzte.

Der medizinisch-industrielle Komplex

„Der Anteil des Gesundheitssektors am Bruttoinlandsprodukt liegt mit knapp 10 % (260 Mrd. € Umsatz) deutlich über dem z. B. der Kraftfahrzeugindustrie. Die Nachfrage nach Gesundheitsgütern ist zudem

ausgesprochen stetig, so daß dieser Sektor zur Stabilität der Wirtschaft beiträgt.“ (Sondermemorandum Gesundheitsreform ..., S. 6/7) „Der Anteil der Erwerbstätigen im Gesundheitswesen an den Erwerbstätigen insgesamt ist von rd. 3,9 % (1,03 Millionen) im Jahre 1970 auf 7,4 % (2,1 Millionen) im Jahre 1999 gestiegen.“ (ebd. S. 6)

Die Medizintechnik ist in den letzten Jahrzehnten deutlich teurer geworden. Die Abrechnungssätze für Apparatediagnostik lassen es Ärzten geraten erscheinen, Röntgengeräte, Computertomographen u. a. verstärkt einzusetzen. Das führt nicht immer zu besseren Diagnosen aber immer zu höheren Kosten. Die linksradikalen Ansichten unverdächtige Wochenzeitschrift DIE ZEIT kommentiert: „Nach einer aktuellen Studie ist jede dritte der strahlenbelastenden Untersuchungen überflüssig, jede zweite technisch nicht in Ordnung. Der Grund: Die vielen Fachärzte machen sich gegenseitig Konkurrenz.“ (DIE ZEIT v. 30. 1. 03, S. 18)

Das gilt nicht nur für Diagnose sondern auch für Therapie: „Ihren Beratern (der Gesundheitsministerin, Anm. d. Verf.) war zum Beispiel aufgefallen, daß in Deutschland immer mehr Herzkatheter gelegt werden, mehr als irgendwo sonst in Europa – obwohl die Zahl der Infarkte stagniert.“ (ebd., S. 18) Erfreulich für die Industrie: „Im Arbeitsgebiet Medical (Medizintechnik, Anm. d. Verf.) war Medical Solutions (Med) mit Ergebnis und Rendite erneut einer der erfolgreichsten Siemens-Bereiche. Das Ebit (Earning before interests and taxes, d. h. Bruttogewinn, Anm. d. Verf.) des ersten Quartals (Okt. bis Dez. 2002) liegt mit 245 Mio. Euro um 16 Prozent über dem Vorjahreswert.“ Außerdem „legte der Umsatz des Bereichs um 3 % auf 1,831 Mrd. Euro zu.“ stellt Siemens Welt (Firmenzeitschrift) Nr. 2/2003, S. 14 befriedigt fest.

Der Pharmaindustrie gelang es seit den 80er Jahren bis heute, eine „Positivliste“, d. h. eine Aufstellung tatsächlich wirksamer Medikamente als Hilfestellung für die verordnenden Ärzte zu verhindern. Die Wirksamkeit einer solchen Liste ist unbestritten. Mit Unterstützung durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft IG

BCE, Hubertus Schmoldt, konnte sich die Pharmaindustrie mit einer Einmalzahlung von 200 Mio. € unter der 1. Regierung Schröder von einer Positivliste freikaufen. Ein Hinweis darauf, wie hoch die Einsparungen sein könnten, auch wenn naturgemäß hier keine statistischen Daten vorliegen können.

Pharma- und medizintechnische Industrie verdienen prächtig am darniederliegenden Gesundheitswesen – ausführendes Organ sind vor allem:

Die niedergelassenen Ärzte

Es geht ihnen schlecht – doch ihre Zahl steigt kontinuierlich an (vgl. Bild 5). Sie bestimmen durch Verordnungen über den Verbrauch von Medikamenten, Kuren und anderen The-



rapiemaßnahmen – also über einen beträchtlichen Teil der Gesundheitskosten. Ihr Fachwissen macht sie für ihre Patienten zur Autorität für notwendige Heilverfahren auch dann, wenn sie auf Hinweise, Fachwissen von Pharmaberatern oder Vertretern der medizintechnischen Industrie angewiesen sind. Korruption bei einem Teil der Ärzte kommt hinzu. Auch hier gibt es schwarze Schafe – nicht **nur** bei Versicherten. Ehrliche Mediziner geben zu, daß es heute unmöglich ist, über das ganze Spektrum noch einen qualifizierten Überblick zu haben.

Ihre Standesvertretungen (mit Zwangsmitgliedschaft), die kassenärztlichen Vereinigungen, sind die Verhandlungspartner der GKV. Sie nehmen eine Freiheit der Therapie und der Verordnungen in Anspruch,

die heute anachronistisch ist und letztlich nur der Gesundheitsfraktion des Kapitals dient. Ich will nicht bestreiten, daß es auch Mediziner gibt, denen es subjektiv ehrlich um das Wohl der Patienten geht. Doch unabhängig von subjektivem Wollen vollstrecken die niedergelassenen Ärzte die Interessen der Industrie. Daran ändern auch Proteste und Boykottmaßnahmen nichts. Sie nehmen eine unabhängige Stellung und umfassende Kompetenz in Anspruch, die vielleicht im 19. Jahrhundert gegeben war – heute aber überholt ist.

Privatisierung II

In die lukrativen Teile des Anbieter-Markts des Gesundheitswesens drängt sich immer mehr privates Kapital. Es konzentriert sich nicht mehr allein auf Dienste an Reichen

wie früher sondern drängt sich auch in „normale“ Krankenhäuser und Sanatorien. Hier geht die Profitmaximierung noch stärker als jetzt schon auf Kosten der angestellten Ärzte, Schwestern, Pfleger und anderen Lohnabhängigen. Die Durchsetzung des GATS-Pro-

gramms der WTO wird diese Tendenz mit hoher Wahrscheinlichkeit noch verstärken, wenn internationale Konzerne in den Gesundheitsmarkt drängen.

Ärztliche und pflegerische Dienste hatten (und haben vorgeblich, teilweise auch tatsächlich immer noch) ein hohes Berufsethos. Dienst am Menschen ging vor Einnahme. Ob das in der Vergangenheit so unbedingt für Ärzte galt, sei dahingestellt. Bei einigen Medizinerinnen und bei Ordensschwesterinnen mag das gegolten haben. In privaten und international gesteuerten Krankenhäusern wird versucht werden, sich auf „lohnende“ Fälle zu beschränken – dem öffentlichen Sektor bleiben die Schwerkranken und Armen. Die jetzt schon existierende Tendenz zur Zweiklassenmedizin würde sich verstärken.

Zusammenfassung:

-Eine Mehrbelastung der Versicherten der GKV ist nicht gottgewollt notwendig sondern spiegelt das gesellschaftliche Kräfteverhältnis wider.

-Die öffentlich gemachte Meinung ist objektiv falsch.

-Die absolut steigenden Kosten für das Gesundheitswesen bei sinkender Lohnquote könnten ebenso durch Belastung der Kapitaleinkünfte, durch Erhöhung der Lohnquote z.B. durch Erhöhung der Realeinkommen oder Senkung der Arbeitslosigkeit gedeckt werden.

-Die Parteien lehnen derartige Lösungen ab, da sie offen oder verdeckt die Profitinteressen des Kapitals vertreten.

-Die Gewerkschaften als einzig verbliebene potentielle Interessenvertretung der Arbeiterklasse werden voraussichtlich in ihrer neoliberalen Theorie befangen bleiben und sich nach einigen Rückzugsgefechten – vielleicht auch der Rücknahme einiger Maßnahmen aus dem „Reform“-katalog – mit dieser weiteren Umverteilung zu Lasten der Löhne abfinden.

-Nur wesentlich verstärkter Druck, nur massive Proteste der Lohnabhängigen können diese weitere „Reform“ verhindern oder zumindest ihre Folgen für die Arbeiter und Angestellten abmildern.

Stand: 24. 2. 2002

Anzeige

Schafft Rote Hilfe!



Rote Hilfe, die bundesweite, parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

Info: Rote Hilfe, Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551/7 70 80 08 Fax: 0551/7 70 80 09

a-mail: bundesvorstand@rote-hilfe.de

Werdet Mitglied!

Drahtseilakt ohne Netz

Zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

Die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes begann im Oktober 2002 mit einer Überraschung. Obwohl rund zwei Drittel der ver.di-Landesbezirke für eine Tarifforderung mit rund 6 % mehr Lohn oder Vergütung plädiert hatten, hatte sich die Bundestarifkommission mit einer Mehrheit von über 90 % dem Vorschlag des Vorsitzenden Frank Bsirske angeschlossen, mit einer Forderung von lediglich „deutlich über 3 %“ in die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst zu gehen. Die damit verbundene Abkehr vom traditionellen Forderungsritual – wer 3 % erreichen will, muss 6 % fordern – hatte taktische Gründe. Damit sollten die Öffentlichkeit, aber auch die Arbeitgeber überrascht werden. Bsirske bekam für seinen Vorschlag eine breite Mehrheit, weil er den Eindruck erwecken konnte, mit einer niedrigen oder „realistischen“ Forderung zu einem Ergebnis zu kommen, das nur unwesentlich von der Forderung abweicht. Dieser Kurswechsel bei der Forderung signalisiert aber auch einen Kurswechsel in der Verhandlungs- und Auseinandersetzungstaktik. In den vergangenen Tarifrunden des öffentlichen Dienstes hatten sich die Arbeitgeber mit einer Art „Ermattungstaktik“ in der Regel durchsetzen können. Sie hatten die Verhandlungen verschleppt, um am Ende nach dem förmlichen Scheitern der Verhandlungen innerhalb der Schlichtung zu einem Kompromiss nach ihrer Diktion zu kommen. Das heißt, die nominalen Erhöhungen der Löhne und Vergütungen einerseits wurden auf der anderen Seite durch Zugeständnisse bei manteltariflichen Normen zugunsten der Arbeitgeber teilweise wieder hereingeholt. Diese durchaus erfolgreiche „Ermattungstaktik“ war möglich, weil die ÖTV einen Erzwingungsstreik lediglich als „ultima ratio“, als letztes Mittel, um eine völlige Niederlage zu verhindern, verstanden hatte. Mit dem Wechsel des Vorsitzenden – von Herbert Mai zu Frank Bsirske – war ein



Der Gewerkschafter...

Wechsel in der Verhandlungstaktik verbunden. Bsirske setzte von Anfang an auf eine „Bewegungstaktik“, mit der ver.di die politische Initiative in dieser Tarifaueinandersetzung an sich riss und damit auch die ersten beiden Verhandlungsrunden bestimmte. Ver.di drängte auf eine rasche Verhandlungslösung bzw. auf ein schnelles Scheitern der Verhandlungen. Das beinhaltete, dass ver.di von Anfang an Angebote in den Verhandlungen machte und damit die Arbeitgeber, die noch auf eine Verschleppung der Verhandlungen setzten, überraschen konnte. Das Instrument der Warnstreiks, zu dem Herbert Mai in den vergangenen Tarifrunden in der Regel gedrängt werden musste – weil Warnstreiks immer auch die Erwartungen an das Tarifergebnis erhöhen – wurde gezielt als



...und der Ober-Arbeitgeber



Druckmittel zur Beschleunigung der Verhandlungen eingesetzt. So kam es im Dezember zu einer Reihe ungewöhnlich heftiger Warnstreiks mit Schwerpunkten im kommunalen Nahverkehr und bei den Flughafengesellschaften. Diese „Bewegungstaktik“ war erfolgreich, weil es bereits am 18. Dezember, also nach der zweiten offiziellen Verhandlungsrunde, zum Scheitern der Tarifverhandlungen kam.

Zur finanzielle Situation von Bund, Ländern und Gemeinden

Die finanzielle Situation von Bund, Ländern und Gemeinden war und ist ausgesprochen prekär. Die Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung hatte zu dramatischen Steuerausfällen geführt. Das Körperschaftsteueraufkommen fiel im Jahre 2001 auf eine Minuszahl von rund **900 Mio. DM**, gegenüber Einnahmen des Jahres 2000 von rund **24 Mrd. DM**. Insbesondere die Kommunen hatten zudem drastische Einbrüche bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen. Ausgehend von dieser dramatischen Finanzlage hatten sich die öffentlichen Arbeitgeber zu Beginn der Verhandlungen auf eine Nullrunde verständigt, das heißt, die nominalen Erhöhungen sollten durch entsprechende Verschlechterungen bei anderen Tarifnormen gegenfinanziert werden. Durch die „Bewegungstaktik“ von ver.di überrascht, konnten sich Bund, Länder und Gemeinden bis in die Schlichtung hinein nicht auf eine gemeinsame Linie verständigen. Die Ablehnung des gemeinsamen Schlichterspruchs von Hans Koschnick und Hinrich Lehmann-Grube (dem Vertreter der Arbeitgeber) war die „Reißleine“, mit der die Arbeitgeber in den letzten Stunden verhindern konnten, dass sie bei den Verhandlungen über den Tisch gezogen wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt

waren die Abläufe dieser Tarifrunde auf die Initiativen von ver.di zurückzuführen. Mit dem Scheitern der Schlichtung schien der darauf folgende Erzwingungsstreik nahezu zwangsläufig.

Die Verhandlungslösung

Es ist dann doch am 9./10. Januar 2003 zu einer Verhandlungslösung gekommen. Dabei hat ver.di die anvisierten 3 % nicht erreicht. Saldieren wir Plus und Minus des insgesamt ausgesprochen komplizierten Tarifabschlusses, so werden die Löhne und Vergütungen im Westen 2003 um etwas über 2 % und 2004 um ca. 1,4 % erhöht. Im Osten liegen die Werte bei rund 3 % bzw. 2,5 %, weil gleichzeitig die Angleichung Ost vorgenommen wird, die bis Ende 2007 bzw. für die höheren Angestellten bis Ende 2009 abgeschlossen werden soll. Angesichts der desolaten Finanzlage der ostdeutschen Länder und Gemeinden ist die Angleichung Ost der zentrale Erfolg dieser Tarifaufeinandersetzung. Die öffentliche Diskussion und Bewertung des Tarifabschlusses zeigt auch, dass sich die öffentlichen Arbeitgeber Länder und Gemeinden als die Verlierer dieser Tarifrunde sehen. Durch die Verteilung des Lohnsteuerausgleichs auf Bund, Länder und Gemeinden in den v. H.-Sätzen 42,5, 42,5 und 15,0 wird deutlich, dass die Lohnsteuereffekte der Beschäftigten bei Ländern und Gemeinden die Lohnerhöhung beim Bund vollständig finanzieren. So gesehen waren

Schily und Bsirske die politischen Gewinner dieser Tarifaufeinandersetzung.

Das Ergebnis

Innerhalb ver.di wird das Ergebnis überwiegend akzeptiert, teilweise jedoch heftig kritisiert. Durch die taktische Anlage der Tarifaufeinandersetzung, in der bewusst mit dem Mittel des Streiks kalkuliert wurde, ist das Verhandlungsergebnis für den streikfähigen Westen unzureichend. Für den vermutlich nicht streikfähigen Osten ist es ein Erfolg.

Die Probleme gehen jedoch tiefer. Die Vorbereitung der Arbeitskampfmaßnahmen hatte gezeigt, dass ver.di nicht in der Lage ist, außerhalb der klassischen Streikbetriebe wie Nahverkehr und Abfallwirtschaft wirkungsvolle Arbeitskämpfe zu führen. Durch Ausgründungen und Tariffucht ist die Zahl der arbeitskampffähigen Betriebe in den letzten Jahren zusätzlich geschrumpft. Hinzu kommt, dass die Vorbereitung und Durchführung dieser Tarifaufeinandersetzung stets eine Angelegenheit der Führung, genauer des Vorsitzenden und seiner Berater gewesen ist. Auf einen harten und langandauernden Arbeitskampf war ver.di unzureichend vorbereitet. Das basiert zum einen darauf, dass der Kurswechsel hin zu einer Bewegungstaktik schlecht kommuniziert wurde. Zum anderen behindert die Aufgliederung von ver.di in weitgehend autonome Fachbereiche, die

sog. Matrix, die Vorbereitung von Tarifaufeinandersetzungen und Arbeitskämpfen. Zum dritten wurde die mangelnde Arbeitskämpfungsfähigkeit in den Bereichen des öffentlichen Dienstes wie Hoheitsverwaltung, Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen nicht thematisiert. Ver.di hat noch kein realistisches Streikkonzept für den öffentlichen Dienst. Insofern war die von Frank Bsirske durchgesetzte „Bewegungstaktik“ mit hohen Risiken verbunden. Es hätte eben auch schief gehen können. Die subjektive Streikbereitschaft in den verschiedenen Einrichtungen und Unternehmen war und ist unterschiedlich ausgeprägt. Die „Bewegungstaktik“ musste jedoch davon ausgehen, dass auf Anweisung „von oben“ zielgenau und termingerecht gestreikt wird, damit ein Erzwingungsstreik nicht in einen nicht mehr finanzierbaren Flächenstreik wie 1992 ausufert. Ein „modernes“ Streikkonzept setzt auf selbstbewusst handelnde kollektive Akteure in den Betrieben und Dienststellen. Durch die gegenwärtige Verunsicherung vieler Gewerkschaftsmitglieder durch die unsoziale Politik der Bundesregierung und die diese Politik weitgehend tolerierenden Gewerkschaften haben wir diese selbstbewusst agierenden kollektiven Akteure nicht mehr. Die Verhandlungsführung von ver.di vollzog einen Drahtseilakt ohne Netz. Der Akt war schlecht, aber der Sturz konnte vermieden werden.

Michael Wendt

Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst

„Die Drei ist ernst gemeint, darauf könnt ihr euch verlassen!“

Frank Bsirske am 15. 11. 2002 vor Eröffnung der Tarifverhandlungen.

Die letzte Tarifrunde 2002 weist zwei Besonderheiten auf, die für die weitere Lohnrentenentwicklung – nicht nur im Bereich ver.di – bedeutsam sein werden.

1. Die „politische Ebene“

Obwohl in der Satzung von ver.di die tarifpolitische Eigenverantwortung der Fachbereiche festgeschrieben ist, zog der Bundesvorsit-

zende Verhandlungs- und Entscheidungsbefugnis (der Fachbereiche 3, 4, teilw. 5, 6 und 7, öffentlicher Dienst) an sich. Dies steht zweifellos in Wechselwirkung mit der unter 2 ausgeführten Ausplünderung der öffentlichen Kassen durch die Steuerreform 2000 zugunsten des Kapitals, insbesondere der großen Kapitalgesellschaften, dies stellt aber auch eine Entfernung der Tarifpolitik von der Basis der Gewerkschaftsmitglieder dar.

2. Die Steuerpolitik

Sie eröffnet vor allem dem großen Kapital eine Vielzahl von Möglichkeiten, die steuerpflichtigen Gewinne zu reduzieren. Nicht allein die Verrechnung von Verlusten der Vergangenheit mit Gewinnen der Gegenwart und Zukunft wurde ausgewei-



tet; auch Verluste im Ausland können verrechnet werden, wobei die deutsche Steuerprüfung wenig Möglichkeiten hat, diese Verrechnung zu prüfen. Im Jahr 2001 fiel besonders ins Gewicht, daß auch die Möglichkeit, günstigere Tarife des gespaltenen Körperschaftssteuersatzes rückwirkend in Anspruch zu nehmen. Daraus ergaben sich Rückzahlungsforderungen der Kapitalgesellschaften an die Finanzämter.

Einnahmen aus

Körperschaftsteuern

1999	22 359 Mio €
2000	23 575 Mio €
2001	-426 Mio €

Einnahmen aus

Gewerbesteuern

1999	27 060 Mio €
2000	27 025 Mio €
2001	24 534 Mio €
2. Vj. 2002	5 423 Mio €

(Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Dezember 2002, Statistischer Teil S. 54)

Deutliche Einnahmerückgänge der öffentlichen Hand sind also objektiv gegeben. Neben höheren Ausgaben z. B. für Sozialhilfe (bei den Gemeinden) und wegen der steigenden Massenarbeitslosigkeit z. B. Arbeitslosenhilfe (Bund) ist aber vor allem die Entlastung der Kapitalgesellschaften zu Lasten der öffentlichen Hände dafür verantwortlich.

Die Taktik des Bundesvorstands

Die Entlastung des Kapitals von Steuern ist nach neoliberalen Dogma ein sicheres Mittel, die Konjunktur anzuheizen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Seit 2000 ist zwar genau das Gegenteil eingetroffen, doch – wie das bei Dogmen so ist – war das weder für das Kapital noch für Wirtschaftswissenschaft, Medien, Gewerkschaftsführungen oder Politik ein Grund umzudenken. Natürlich gibt es trotzdem viele Möglichkeiten, die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden soweit zu entlasten, daß auch die Beschäftigten Lohnerhöhungen erreichen können. Kürzung des Militärhaushalts wäre

eine davon. Utopisch? Ja! Aber von der Utopie zur Realität führt ein Weg, wenn Kampfkraft vorhanden ist.

Die Selbsteinschaltung des ver.di-Bundesvorsitzenden wäre vielleicht dann gerechtfertigt gewesen, wenn derartige Möglichkeiten wenigstens konkret angesprochen worden wären. Das war nicht der Fall. Koll. Bsirske, offenbar der neoliberalen Ideologie ebenso verfallen wie die übrigen Gewerkschaftsvorstände, beschränkte sich auf eine „Forderung“ nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Das kann er nicht ernst gemeint haben, denn 1996 lag die Einnahme aus der Vermögenssteuer bei gerade mal bei 9 035 Mio.DM (also rd. 4,5 Mrd. €). Sie beträgt knapp 1/6 der Ausfälle bei der Körperschaftssteuer. Außerdem war die Vermögenssteuer reine Ländersteuer, eine Wiedereinführung käme also den besonders klammen Gemeinden überhaupt nicht zugute.

Bsirskes Taktik lief auf eine Unterwerfung der Gewerkschaft ver.di unter die kapitalfreundliche Politik der SPD/Grünen Regierung, d. h. unter das neoliberale Dogma hinaus.

Das wird auch bei anderen Tarifrunden Schule machen.

Zahlenspiele

Ergebnisse schönzureden war und ist eine beliebte Taktik von Gewerkschaftsvorständen. Ein Gesamtergebnis von 4,4 % auszurechnen (für 27 Monate) ist allerdings dumm dreist. Rechnet man die Zugeständnisse an die „Arbeitgeber“ (Wegfall des AZV-Tags, Zahlung der Bezüge



zum Monatsende statt zur Monatsmitte, Verschlechterung der Erhöhungen beim Sprung in höhere Dienstaltersgruppen, Nullmonate) mit, so bleiben aufs Jahr bezogen deutlich unter 2 % übrig. Das wird nur mit viel Glück, d. h. wenn die Inflationsrate

so niedrig bleibt wie jetzt, an einer weiteren Reallohnsenkung vorbeiführen. Der Unterschied zur Privatwirtschaft wird nicht geringer sondern größer.

Positiv ist die vereinbarte Angleichung der Ost- an die Westbezüge – vorausgesetzt daß die ostdeutschen Länder nicht auch aus dem Tarif aussteigen – wie jetzt schon Berlin.

War mehr drin?

Nach Meinung von Kollegen aus dem Bereich öffentlicher Dienst war Streikbereitschaft in den westlichen Bundesländern gegeben. In den ostdeutschen Ländern sah es nicht so gut aus. Ver.di hätte sich auf Schwerpunktstreiks in den alten Bundesländern konzentrieren müssen mit dem Risiko, daß Ostdeutschland sich aus den Tarifen ausgeklinkt hätte. Doch dieses Risiko besteht ohnehin. Die Streikkasse bei ver.di war gut gefüllt (auch durch das Vermögen der ehemaligen DAG).

Natürlich ist es unmöglich, Chancen und Risiken eines längeren Arbeitskampfes mit Sicherheit einzuschätzen. Die Unterwerfung unter die „Sachzwänge“ einer kapitalfreundlichen Steuerpolitik ist aber die schlechteste aller Möglichkeiten. Hier haben Bsirske und seine engere Umgebung die Interessen der Kolleginnen und Kollegen der Politik ihrer Parteifreunde im Kabinett untergeordnet.

Im mittleren und höheren Funktionärskreis haben sie ausreichend Unterstützung: Die Tarifkommissionen stimmten mit rd. 90 % zu. An der Basis wird vielerorts geschimpft (z. B. in München). Doch ist eher unwahrscheinlich, daß sich das auf dem Gewerkschaftstag im Herbst 2003 auswirken wird.

Es muß wesentlich mehr passieren bis mehr drin sein wird.

Stand 5. 3.



Siemens AG München

Der Kompromiß auf der Kippe

Massiver Arbeitsplatzabbau in einem Angestelltenbetrieb – gewöhnlich geht das geräuschlos über die Bühne. Nicht so im Betrieb Siemens Hofmannstraße in München. Wir berichteten über den Widerstand der Belegschaft mit Unterstützung durch den Betriebsrat und die IG Metall und den Ende letzten Jahres erreichten Kompromiß (vgl. Arsti Nr. 138 v. Dez. 2002).

Wie jeder Kompromiß spiegelt auch dieser das Kräfteverhältnis wider. Der Konzern versucht, jetzt doch Massenentlassungen durchzudrücken. Angeblich haben sich nicht genug „Mitarbeiter“ in die bereichsinterne Qualifizierungs- und Vermittlungseinheit umsetzen lassen. 366 Angestellte erhielten die Kündigung. Die Kündigungsbegehren wurden dem Betriebsrat in einem Waschkorb überbracht. Es war unmöglich für diesen, jeden Einzelfall gründlich zu prüfen. Ein Widerspruch des Betriebsrats ist aber zwingend notwen-

dig, wenn die Betroffenen vor dem Arbeitsgericht auf Weiterbeschäftigung klagen wollen.

Der Betriebsrat legte in Abend- und Nachtschichten Widerspruch ein. 360 der Gekündigten klagten – aber nicht allein sondern zusammen.

In einer von der Münchner Presse stark beachteten Demonstration (siehe Bild), die auch von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben unterstützt wurde, zogen die Gefeuerten vors Arbeitsgericht und reichten ihre Klagen ein.

Die IG Metall wird sie unterstützen. Die Aussichten werden nicht schlecht eingeschätzt. „Eine Art Treibjagd, um unkündbare Kollegen zu zermürben und zu einem freiwilligen Wechsel in die Beschäftigungsgesellschaft zu bewegen“ sieht der stellvertretende Betriebsratsvorsit-



zende Leo Mayer in der Massenkündigung. Tatsächlich sind viele ältere Kolleginnen und Kollegen nach Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung unkündbar.

Es ist wohl nicht abwegig, in der Kündigungswelle eine Art von Rache für die Protestaktionen im letzten Jahr zu sehen. Siemens zeigt, wer Herr im Haus ist.

Es ist selten, daß Angestellte trotzdem weiter Widerstand leisten. Wir halten die Auseinandersetzung deshalb für wichtig genug, um über die weitere Entwicklung zu berichten.

Westarbeit der FDJ 1945-1956

Vertaner Aufwand: die West-FDJ

Herms' 1999 an der Berliner Technischen Universität verteidigte Dissertation ist die erste ausführliche Geschichte der westdeutschen Freien Deutschen Jugend. Zugleich werden darin deren Verflechtung mit der ostdeutschen Schwesterorganisation und das Wirken der befehlgebenden Instanzen FDJ-Zentralrat, KPD- und SED-Spitze dargestellt, die ihrerseits in entscheidenden Fragen durch die Sowjetische Militäradministration (SMA) und Moskau inspiriert wurden. Die vorliegende Arbeit war erst möglich, als nach Ende des „Realsozialismus“ die Quellen der Partei- und Organisationshistorie zugänglich wurden. Ihre Ergebnisse drängen einem die Erkenntnis auf, dass sich auch in der Geschichte der westdeutschen FDJ das Mephisto-Wort: „Ein großer Aufwand,

schmählich! ist vertan“ bewahrheitet hat. Im Namen unaufhaltsamen politisch-gesellschaftlichen Fortschritts wurde mit Ressourcen und Chancen Schindluder getrieben, was sich zugunsten der imperialistischen Reaktion auswirkte.

Die vier Kapitel historischer Darstellung beginnen mit 1945-1947. Entgegen früheren KPD-Gepflogenheiten wurde damals das Konzept einer „überparteilichen Jugendbewegung“ statt „Parteijugend“ durchgesetzt. Realisiert werden konnte es nur im Osten, wo SMA und KPD-, nach 1946 die SED-Führung das Sagen hatten. Es fand aber auch im Westen bei jungen Kommunisten, Widerstandskämpfern, „Edelweißpiraten“ und politisch indifferenten Jugendlichen Anklang. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung brachte es die anfangs unterschiedlich firmierende

westdeutsche FDJ Mitte 1947 dennoch nur auf rund 50 000 Mitglieder, die zu 75 % proletarischer Herkunft waren. (S. 84) Neben der nach Westen weisenden „großen Politik“ und konkurrierenden Jugendverbänden trug hierzu das sogenannte Sektierertum mancher KPD-Genossen bei, die – zuletzt nachdrücklich 1948 – auf einen Verband nach Art des KJVD orientierten.

Die im zweiten Kapitel behandelten Jahre 1947-1949 waren durch den beginnenden kalten Krieg und Auseinandersetzungen um Westanschluß oder ein neutrales Gesamtdeutschland, speziell auch durch die Wandlung der FDJ zum Kampfverband für Ziele des sowjetisch geführten „demokratischen Lagers“ – später „Weltfriedenslagers“ – gekennzeichnet. Ob dabei die vom Komsoolvorsitzenden Michailow im Au-

gust 1947 seinem ostdeutschen FDJ-Kollegen Honecker übermittelte Instruktion zum „Vordringen des Verbandes in die Zonen Westdeutschlands“ (S. 90) eine so große Rolle spielte wie vom Verfasser vermutet, sei dahingestellt. Michailow war das Sprachrohr höherer Sowjetinstanzen. Die vom Berliner Zentralrat im Westen durchgedrückte politische Einseitigkeit im UdSSR- und SED-Sinn aber führte zum Scheitern des Projekts der FDJ, am westdeutschen Jugendring mit beteiligt zu sein. Danach hatte die Währungsreform 1948 schwerwiegende Auswirkungen auf die Finanzen und stoppte zeitweise die FDJ-Westoffensive.

Im Kapitel über 1949-1951 beschreibt der Verfasser die Folgen der nun längerfristigen deutschen Teilung, besonders aber der Stalinisierung für die West-FDJ. Zu ihm zählten der massenhafte Einsatz von DDR-Instrukteuren – zuletzt noch nach dem 17. 6. 1953 – in der Bundesrepublik, um dort lebenden Mitstreitern und BürgerInnen die richtige Linie beizubringen, was genauso kostspielig wie kontraproduktiv verlief. Ebenso gehörte dazu die „Säuberung“ von KPD und FDJ von Westemigranten und „Parteifeinden“. Erfahrene Funktionäre wurden durch unerfahrene, oft Kursanten sowjetischer Antifa-Schulen, ersetzt. Der Wandel der westdeutschen FDJ zum Kampagnenhelfer wider Adenauers Politik hatte eine drastische Einschränkung eigener Bündnisfähigkeit zur Folge. Angeregt durch Walter Ulbricht, wandte sich die FDJ-Spitze ehemaligen Führern der Hitlerjugend als möglichen Kampfpartnern gegen das Bonner Regime zu, musste aber den Plan schnell aufgeben, um nicht in den Sog des drohenden Verbots der neonazistischen SRP zu geraten. (S. 210 ff.) Die Teilnahme an Aktionen zur Rettung Helgolands vor britischen Bombenzielwürfen und gegen den Einbau von Sprengkammern in Brücken für den Kriegsfall hatte Kontroversen mit westlichen Besatzern zur Folge. Auch brachte es Kontakte zu Provokateuren mit sich, die einen US-Militärzug in Bremen entgleisen lassen wollten. (S. 218) Einzelheiten über die Affäre nennt Herms leider nicht. Sie führte nach meiner Kenntnis u. a. dazu, dass nicht daran beteiligte Instrukteure aus der DDR zur eigenen Sicherheit zurückgerufen wurden. Der für das erste FDJ-Deutschlandtreffen 1950 gehegte, von Honecker annullierte Plan zum „Berlin-Sturm“ diente Bundeskanzler Adenauer später als Argument, über die

„Schutzlosigkeit“ der BRD gegenüber östlichen Invasionen zu klagen und sowohl die Vorarbeiten zum Verbot der westdeutschen FDJ, als auch die zur Wiederbewaffnung des Landes zu forcieren. (S. 206 ff.)

Das vierte Kapitel über Westarbeit 1951-1953 beginnt mit dem Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Im Juni 1951, zwei Monate danach, wurde der FDJ jede weitere Betätigung in der Bundesrepublik untersagt, im Juli das Erste Strafrechtsänderungsgesetz beschlossen, das die Straftatbestände Hochverrat, Staatsgefährdung und Geheimbündelei wiedereinführte und so die wichtigsten juristischen Grundlagen zu Hafturteilen gegen 1409 FDJler legte. Herms wendet sich zu Recht gegen die Politik illegalen, im Ergebnis sinnlosen Kampfes gegen die Gesellschaftsordnung der BRD sowie zum Sturz Adenauers, den im November 1952 auch die KPD propagierte. Er versäumt es aber, mit gebotenem Nachdruck darauf hinzuweisen, dass Widerstand gegen die von Westdeutschland ausgehende Remilitarisierung und damit gegen fortgesetzte deutsche Teilung gerechtfertigt war.

Im Mai 1952 brachten KPD und FDJ mit Unterstützung bürgerlicher Gegner der Wiederbewaffnung eine „Friedenskarawane der Jugend“ in Essen zustande. Nach deren Verbot formierten sich mehrfach Demonstrationzüge, in deren einen die angeblich gefährdete Polizei hineinschoss. Dabei fand der junge Münchner Arbeiter Philipp Müller den Tod. Einerseits war in Essen der Versuch gescheitert, mit illegalen Massendemonstrationen gegen Adenauer vorzugehen. Andererseits trug der östliche Propagandafeldzug um den Märtyrer Müller dazu bei, Militarisierung und vormilitärische Ausbildung innerhalb der DDR, vor allem in deren Jugendorganisation, voranzutreiben. Aufschlussreich ist, dass beide Teile der FDJ, der westliche durch Absplitterungen, Verfolgung und Freiheitsstrafen, der östliche mit beginnender Bewaffnung und „Aufbau des Sozialismus“ durch Verlust von 700 000 Mitgliedern, schwere Einbußen erlitten. (S. 286) Sie waren vor allem das Resultat der Einbindung in die abenteuerliche UdSSR- und SED-Politik Anfang der 50er Jahre.

Im Überblick über die Zeit bis 1956 beschreibt der Autor den Fehlschlag geplanter Übereinkünfte der FDJ mit westdeutschen Jugendorganisationen

und dem Bundesjugendring zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen Wiederbewaffnung, EVG- und NATO-Beitritt. 1956 wurden das Gesetz zur allgemeinen Wehrpflicht verabschiedet und die KPD verboten. Letzteres hat Herms zufolge auch den langwierigen „Tod auf Raten“ der westdeutschen FDJ zum Abschluss gebracht. (S. 297)

Der Autor, der sich vorher bereits mit der Finanzierung dieser Organisation vom Osten her beschäftigte, stellt im fünften Kapitel Probleme der Verbands- und Funktionärschulung dar. Die der Funktionäre geschah überwiegend an Partei- und Organisationschulen der Ostzone bzw. DDR. Herms geht auf den Stalinisierungsprozess ein, der durch Schauprozesse in den volkdemokratischen Ländern, „Säuberungen“ und den Zwang zum Studium der „Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang“ angestoßen resp. beschleunigt wurde. Im Mittelpunkt standen die Vermittlung von „Marxismus-Leninismus“ als Glaubenskanon und die Erziehung der Mitglieder und Funktionäre zu befehlsausführenden Organen. Verbunden mit einer die Realitäten missachtenden Politik schadete das letztlich der eigenen Sache.

Der Autor hat einen aufschlussreichen Beitrag zur west- und gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte und zu ihrer Einbettung in die internationale Entwicklung geleistet. Unberücksichtigt ließ er das vielfach abschreckende Bild, das Sowjetunion, DDR und Volksdemokratien Bürgern der bald im Aufschwung befindlichen Bundesrepublik boten. Eine Reihe von Angaben ist korrekturbedürftig. Das Lied „Paddelboote klar, auf zur frohen Fahrt über den Rhein“ wurde nicht im Zusammenhang mit dem Schutz des Loreleyfelsens 1950 kreiert, sondern bereits Jahre vorher in der FDJ gesungen. Die Jugendzeitschrift „Start“ erschien 1946/49 nicht im FDJnahen Verlag „Neues Leben“, vielmehr im Berliner Verlag. Stephan Hermlins zum FDJ-Schuljahr herangezogenes Buch „Die erste Reihe“ stellte keinen Roman, sondern eine Sammlung antifaschistischer und kommunistischer Biographien dar. (S. 218, 306 und 327)

Manfred Behrend

Michael Herms:
Hinter den Linien.
Westarbeit der FDJ 1945-1956
Metropol Verlag Berlin 2001,
412 Seiten

Lebensweg eines Komintern-Mitarbeiters



Von Richard Krebs vernahm ich erstmals Ende der 50er Jahre. Einesteils durch seinen Erinnerungsroman „Out of the Night“, der – 1941 in den USA erschienen – 1957 verkürzt und unter dem irreführend-marktschreierischen Titel „Tagebuch der Hölle“, aber gleichfalls mit der Verfasserangabe „Jan Valtin“ in Deutsch herausgekommen war. Andernteils durch eine Besprechung des Buches in der „Arbeiterpolitik“ Nr. 10 vom 22. 5. 1958, worin ein ehemaliger Bremer Genosse Krebs' über diesen berichtete.

Von Waldenfels, Jahrgang 1963 und Journalist, hat sich mit vorliegender Biographie viel Mühe gegeben. In Gestapo- und NKWD-, CIC- und FBI-Akten, durch Vergleiche zwischen unterschiedlichen Darstellungsvarianten und Erinnerungen vormaliger Zeitgenossen fand er vieles über das Leben Richard Krebs' heraus, das am 17. 12. 1905 begann und am 1. 1. 1951 endete. Er schildert die von Krebs verschwiegene, bis zum Tod des Vaters wohlbehütete Kindheit als Sohn eines Kapitäns und wichtigen Mitarbeiters beim Norddeutschen Lloyd in Bremen, die Jahre auf See, in denen Richard sich vom Schiffsjungen zum Vollmatrosen qualifizierte (später erwarb er das Steuermannspatent), seine KPD-Mitgliedschaft und Arbeit als Schmuggler propagandistischer Konterbande, dann auch von blinden Passagieren für die Kommunistische Internationale bis zum dilettantisch ausgeführten Überfall 1926 auf einen Ladenbesitzer, der ihn ins US-Zuchthaus San Quentin brachte. Autodidaktisch bildete er sich dort in diversen Fächern weiter, schrieb und veröffentlichte zudem Kurzgeschichten. Wäh-

rend der zweiten schlimmen ultralinken Phase der Komintern-Entwicklung war Krebs ab 1929 maßgeblich an zum Scheitern verurteilten, politisch schlecht organisierten „Offensivstreiks“ beteiligt. Er stand dem Hamburger Internationalen Seemannsklub vor, während seine Frau dort Kulturarbeit leistete. Krebs gehörte der damals Alfred Bem (Adolf Schelley) und Albert Walter unterstehenden Internationale der Seeleute und Hafentarbeiter (ISH) bei der Komintern an. Als Instrukteur war er in verschiedenen Ländern für diese, daneben wohl auch für sowjetische Dienststellen aktiv. Der Machtantritt Hitlers zwang ihn 1933 zur Flucht aus Deutschland. In Kopenhagen wurde Ernst Wollweber sein Vorgesetzter. Der nachmalige Chef der DDR-Staatsicherheit dirigierte von hier aus die ISH und baute insgeheim eine Sabotageorganisation auf, die ab 1937 Schiffe der Achsenmächte versenkte. Zu Bem und dessen Protegé Krebs stand Wollweber auf Kriegsfuß. Bald nach Abberufung des Erstgenannten in die UdSSR schickte er Krebs nach Hamburg, wo dieser der Gestapo in die Hände fiel. Es war ein „Himmelfahrtskommando“.

Der Autor verweist sowohl auf dieses Faktum, das für Krebs monatelange faschistische Folter und schwere gesundheitliche Schäden zur Folge hatte, als auch darauf, dass er sonst wahrscheinlich gleich Bem dem Stalin-Terror zum Opfer gefallen wäre. Waldenfels bestätigt, Krebs habe unter SS- und Gestapo-Folter mehrere Kontaktpersonen verraten, aber keine wichtigen Details der ISH. (S. 181) Der schon erwähnte Bremer Zeitzeuge erinnert sich in der Arpo 10/1958, „wie wir geholt wurden ins KZ Sachsenhausen, um uns vor der gefürchteten ‚Politischen Abteilung‘ mit den seelisch und körperlich erpressten Aussagen von Richard Krebs auseinanderzusetzen“. Nach zwei Prozessen 1934 wurde Krebs in der Strafanstalt Fuhlsbüttel erst in Einzelhaft genommen, dann in eine Sammelzelle verlegt, die prominente KPD-Funktionäre, so Anton Saefkow, besetzt hielten. Mit großem Geschick bekamen diese Genossen es fertig, kriminelle Elemente zurückzudrängen und die interne Kontrolle der Anstalt zu übernehmen, bis das im Herbst 1936 infolge Verrats aufgedeckt

wurde. Ein Jahr später täuschte laut Waldenfels erst Saefkow, dann Krebs der Gestapo vor, „geläutert“ und nicht mehr kommunistisch gesinnt zu sein. (S. 207 ff.) Anton Saefkow kam nach mehrjährigem KZ-Aufenthalt 1939 frei und baute eine große Widerstandsorganisation in Berlin auf. Krebs wurde von der Gestapo zur Ausspähung kommunistischer Auslandsarbeit angeheuert. Nach Kopenhagen zurückgekehrt, wo er sich den KP-Vertretern offenbarte, schickte er der Gestapo von der Komintern inspirierte, aber glaubhaft klingende Berichte. Sie enthielten über die ISH und Wollweber gerade so viel, wie die NS-Geheimpolizei schon wusste, sagten aber zugleich Wesentliches über die mit Parteikommunisten konkurrierende Gruppe um den „abtrünnigen“ Hermann Knüfken aus, welche nun zur freigewerkschaftlichen Internationalen Transportarbeiterföderation (IFT) gehörte.

Ende 1937, Anfang 1938 gelang es Krebs, sich von Gestapo und Komintern zu lösen und per Schiff in die USA zu entkommen. Doch hatte er nach der Straftat in San Quentin gelobt, nie wieder einzureisen. Von KP-Seite verfolgt und als Gestapoagent denunziert, musste er sich verborgen halten und mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen. Auf dem Tiefpunkt retteten ihm 1939 linke Stalingegner das Leben. Gleichzeitig eröffneten sich für ihn Publikationsmöglichkeiten, worauf er u. a. seinen Erinnerungsroman schrieb, der 1941 noch vor Kriegseintritt der USA herauskam und zum Bestseller wurde. Vom Book-of-the-Month-Club verkürzt in Hunderttausenden, von Reader's Digest noch stärker gekürzt in sieben Millionen Exemplaren vertrieben, gereichte er dem Autor zum Segen wie zum Fluch. Er verhalf ihm und seinem Manager, dem Hollywood-Autor Don Levine, zu hohen Einkünften. Mit Schilderungen über den brutalen Naziterror, die ähnlich auch Inhalt von „Valtins“ Aussagen vor dem Dies Committee (Kongressausschuss für unamerikanische Umtriebe) waren, trug das Buch zur Durchsetzung der auf Kampf gegen Hitler gerichteten Politik Präsident Roosevelts bei. Andererseits erzürnte es neben Deutschland und den US-Rechten Sympathisanten der UdSSR, und zwar der gegen die Komintern ge-

richteten Passagen halber. Antistalinistische Freunde gingen wegen diverser, großenteils auf Don Levine zurückgehender Unwahrheiten auf Distanz, mit deren Hilfe „Valtin“ sich als Held hochstilisiert, Wollweber aber – so Waldenfels im „Freitag“ vom 27. 12. 2002 – „zum Monster aufgeblasen“ hatte. Zugleich gelang es findigen Leuten, ihn als illegal im Lande lebenden Richard Krebs zu enttarnen, worauf die Einwanderungsbehörde und das FBI gegen ihn mobil machten. Krebs' Gegenspieler profitierten von teilweise eklatanten Widersprüchen zwischen der Realität und dem Roman und daraus, dass das Buch aus Werbezwecken als in allem wahrheitsgetreue Darstellung ausgegeben worden war.

Als die USA in den zweiten Weltkrieg eintraten, das aber an der Seite der Sowjetunion, war es mit „Jan Valtin“ Ruhm bald vorbei. Eben noch gefeierter Lobsänger der US-Demokratie, wurde er bespitzelt, von November 1942 bis April 1943 gar als mutmaßlicher deutscher Spion auf Ellis Island eingekerkert. 1944/45 durfte er als gemeiner Infanterist der US Army im Dschungelkrieg auf den Philippinen dienen. Erst 1947, an der

Schwelle zum antisowjetischen kalten Krieg, wurde Krebs eingebürgert. Den Glauben an die Segnungen von Freedom and Democracy hatte er verloren, die berechtigte Kritik am Stalin-Kurs aber in wütenden Antikommunismus umgemünzt. In den letzten Lebensjahren lasteten schwere Depressionen auf Krebs. Sie wurden durch einen auf den Philippinen eingefangenen unheilbaren Virus und Misserfolge bei weiteren Buchveröffentlichungen befördert. Mehr oder minder trist war auch das Schicksal ehemaliger Mitstreiter. Bem wurde wie erwähnt Opfer J. W. Stalins. Walter beriet zeitweise die Gestapo und war später im BRD-Bundestag Abgeordneter der Deutschen Partei. Knüfken diente dem britischen Geheimdienst; er starb als Konservativer. Wollweber errang zwar in der DDR ein hohes Ministeramt, wurde jedoch in dem Moment, da er gleich Karl Schirdewan auf dringend notwendige Reformen drängte, von Ulbricht gestürzt.

Waldenfels' Buch ist die erste umfassende Darstellung des Lebens von Richard Krebs. Es löst Rätsel über ihn oder nähert sich der Lösung an. Zugleich ist es wegen der Schilderung gesell-

schaftlicher Kräfte, von Organisationen und Personen, ihres Wirkens und der Konflikte zwischen ihnen wichtig. Datierung und Quellenangaben fielen z. T. mangelhaft aus.

In der Ausgabe vom 5./6. 10. 2002 hat „Neues Deutschland“ eine beinahe übertrieben wohlwollende Besprechung abgedruckt, die gleichzeitig schwere sachliche Mängel birgt. Von Krebs' angeblicher Teilnahme „in vorderster Linie“ am Hamburger Aufstand 1923 über eine drei Jahre dauernde NS-Folter (die kein Mensch ausgehalten hätte) bis zur Denunziation als Gestapoagent durch „sämtliche KP-Zeitungen von der Pazifik-Küste bis nach Skandinavien“ statt nur zwei kleine Blätter häuft Autor Meininger eine Unwahrheit auf die andere. Seine Rezension taugt als Beispiel für schlampige journalistische Recherche-Arbeit.

Bruno Mander

Ernst von Waldenfels:
Der Spion, der aus Deutschland kam.
Das geheime Leben des Seemanns
Richard Krebs.
Aufbau-Verlag Berlin 2002
381 Seiten, 22,50 Euro

Wider falsche neoliberale Rezepte – K. G. Zinn plädiert für politische Intervention zugunsten gesellschaftlichen Fortschritts

Intervention oder Stagnation?

Ein Schattenriß auf dem Buchumschlag spielt darauf an: Alles nur ein neuer Tanz um's Goldene Kalb? Dies alttestamentarische Sinnbild der Anbetung einer übernatürlichen Kraft erlangte wieder Aktualität im schließlich zusammengesackten Spekulationsboom der letzten Jahre. Längst Wirtschaftsgeschichte und böse Erfahrung für etliche (Klein-)Geldanleger, überlärmt für kurze Zeit das Aktienbörsengeschehen fortwirkende wesentliche Funktionsmängel der kapitalistischen Weltwirtschaft. Diese nimmt Karl Georg Zinn, Professor für Volkswirtschaftslehre in Aachen, in der zweiten überarbeiteten und erweiterten Auflage seines jetzt wieder lieferbaren Titels „Wie Reichtum Armut schafft“ erneut in den Blick, um festzustellen: „Das seit zwei Jahrzehnten bekannte Muster, daß konjunkturelle Aufschwünge den langfristigen Stagnationstrend und die damit verbundene Verschlechterung der Beschäftigungslage nicht brechen konnten, wur-

de erneut bestätigt.“

Die Weltgeschichte der Menschheit ist im Grunde genommen eine Weltgeschichte der Arbeit. Die Menschen haben sich ihre Lebensmittel zu erarbeiten, welche Form auch immer die Produktionsweise annimmt, innerhalb derer der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß sich vollzieht. Unter industriekapitalistischen Bedingungen, übrigens um 1870 nach Karl Marx noch ein Zustand, der bis dahin „nur ausnahmsweise auf dem Erdball herrscht“ (Das Kapital Bd. I), hängen die Stabilität der Wirtschaft und ihr Beschäftigungsniveau vom erfolgreichen Bestreben ab, aus investiertem Kapital noch mehr Kapital zu erzielen, kurz: Gewinn zu machen. In Folge ist die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung daher auch immer größer als der getätigte Investitionsaufwand für Löhne, Produktionsanlagen, Rohstoffe oder Fertigteile zur Weiterverarbeitung. Da die Gesamtsumme der Arbeitseinkommen ebenfalls immer darunter liegt, muß die Konsum- und In-

vestitionsnachfrage der Gewinnempfänger selbst dafür sorgen, die insgesamt realisierte Warenmasse absetzen zu können. Mittels erhöhter Steuereinnahmen oder kreditfinanzierter Ausgabenpolitik kann zwar der Staat versuchen, fehlende private Konsum- und Investitionsgüternachfrage wirksam zu kompensieren, aber das ursächliche Dilemma ist letztlich unausweichlich: „Entweder reicht die Nachfrage (infolge niedriger Masseneinkommen und/oder niedrigen Staatsanteils) nicht aus, um die (wachsenden) Kapazitäten auszulasten; oder es gibt zwar keinen Nachfragemangel, aber die erreichbaren Gewinnspannen werden als zu niedrig eingeschätzt, um das zur Vollbeschäftigung hinreichende Investitionsvolumen zu realisieren.“ Man messe an diesen Zielkonflikten das politisch-intellektuelle Format sogenannter „Sachverständiger“, die über die Reduktion der Lohnarbeitseinkommen und Steuerbefreiungen für Begüterte neue Epochen wirtschaftlicher Prosperität mit Vollbeschäftigung verhei-

Ben. Insofern dürften sie auch im einzigen realistischen Ausweg mit stabilisierendem Effekt - gewinnorientierte Unternehmen der öffentlichen Hand mit gesamtwirtschaftlicher Ausrichtung - reines Teufelswerk erblicken. „Öffentliche Unternehmen, die sich am Konkurrenzmarkt bewähren müssen, müssen zwar auf Dauer verlustfrei wirtschaften, aber sie sind nicht gezwungen, höchstmögliche Gewinne zu erreichen, sondern können eben noch auf andere, gesellschaftlich erwünschte Aufgaben verpflichtet werden. (...) So kann ein öffentliches Unternehmen etwa darauf verzichten, seine Produktion nur deshalb ins Ausland zu verlagern, weil dort ein kleiner Renditevorteil winkt.“ Tauschwertorientierte Mechanismen der Ökonomie vorerst zu akzeptieren ist daher nicht gleichzusetzen mit der gegenwärtig fast schon totalitär tabuisierten Form des ausschließlichen Privateigentums an Unternehmen und ihrer strikten Ausrichtung an hochgetriebenen Renditeerwartungen.

Dieser seit mehr als zwanzig Jahren eingeschlagene und von Fürsprechern des Geld- und Vermögensbesitzes aggressiv begründete Kurs in den hochentwickelten kapitalistischen Ökonomien ist die falsche Antwort, um abgeschwächten Wachstumsraten und nachlassenden Gewinn-erwartungen aus produktiv angelegtem Kapital zu begegnen. Was als „Politik der Globalisierung“ daher kommt, ist die Bekämpfung von Nachfrageschwäche mittels Nachfragereduktion. Die von Keynes vor sechzig Jahren prognostizierte Tendenz reifer kapitalistischer Volkswirtschaften zum Stagnationszustand aufgrund von Konsumsättigung und wachsender Sparneigung zumindest der höheren Einkommensklassen entwickelt immer spürbarere Geltung. „Zunehmende Sättigung und Ersparnis leiten in eine Stagnationsphase über, in der sich Vollbeschäftigung nur

aufrechterhalten läßt, wenn der Staatsanteil (an den gesamtwirtschaftlichen) Investitionen zunimmt, die Arbeitszeiten reduziert werden und der ganze Übergangsprozeß nach Maßgabe einer längerfristig angelegten makroökonomischen Orientierungsvorgabe“ in eine „relativ weitgehende Investitionslenkung“ durch den Staat mündet.

Hiermit ist aber nur ein zentraler Aspekt für die Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Angebotslehre des „Neoliberalismus“ erwähnt. Die mit relevantem Zahlenmaterial belegte kritische Sicht auf die Schwächen der vielgepriesenen US-Ökonomie optimiert den politischen Gebrauchswert dieses Buches. „Die fortschreitende Spaltung der US-amerikanischen Wirtschaft in den modernen und den vorindustriellen Sektor zeigte sich unter anderem auch in der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Seit den siebziger Jahren lag das Produktivitätswachstum der USA deutlich unter dem Europas und fiel weit unter das Japans.“

Ein Rückblick auf die Irrwege der Deflationspolitik um 1930 in Deutschland läßt heutige Widerstände gegen interventionistische Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in fahlem Licht erscheinen. Konträr zu den rechtzeitigen Vorschlägen zur Investitionsbelebung schürte auch damals die Vertreter der Marktorthodoxie die Inflationsfurcht. Somit wurde die Weimarer Republik „kaputtgespart“ und die Machtübernahme des Faschismus begünstigt. Jener wußte sich dann der moderneren Konzepte zu bedienen und festigte damit seine Massenbasis.

In abschließenden Reflexionen zum Ideologiegehalt der marktgläubigen Wirtschaftswissenschaft erkennt ihr K.G. Zinn die Funktion eines Religionsersatzes zu, der ökonomischen Laien zu einfachen Deutungsmustern komplizierter Kreislaufprozesse verhilft. „Die moderne ka-

pitalistische Gesellschaft ist auf die Ökonomie fokussiert wie keine Gesellschaft einer früheren Epoche. Alle Lebensbereiche - auch die originär nicht-ökonomischen wie Liebe, Sozialbeziehungen, Kultur etc. - sind heute der Kommerzialisierung, also der Überformung bzw. Deformierung durch das Ökonomische unterworfen. Der 'verkaufte Mensch' ist nicht nur Ware, sondern er erlebt sich auch so und findet das 'normal'. Die falsche Wirklichkeit produziert zwangsläufig falsches Bewußtsein. Beispielsweise gilt in der gegenwärtigen sozialökonomischen Theorie die Reduktion aller Sozialbeziehungen auf das tauschwirtschaftliche Handlungskalkül als eine reputierliche Schulmeinung. Die politische Ökonomie fungiert heute als die Legitimationswissenschaft schlechthin.“

Sofern linke Politik einen materialistischen Ansatz verfolgen will, der vorrangig Interessen an handfester Lebensbewältigung berücksichtigt, könnte dieses Buch deutliche Hinweise darauf geben, mit welchen Themen fehlende Resonanz oder eintretende Wahlschläppen wie jüngst die der PDS zu vermeiden wären. Wer aus der nicht versiegenden Buchschwemme diesen Titel herausfischt und anstelle der Deklamation von Friedensrhetorik gesellschaftliche Machtpositionen hinter dem 'sachgesetzlich' herkommenden Geschwafel bürgerlicher Ökonomen und Parteienvertreter definieren will, darf diesen Buchtitel nicht „links“ liegen lassen. Dem immer rücksichtsloseren Klassenkampf von oben ist nur auf den Ebenen zu begegnen, auf denen er alltäglich vorgetragen wird.

Karl Georg Zinn: Wie Reichtum Armut schafft.

Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel.

PapyRossa Verlag Köln 2002, 228 Seiten, 14,80 Euro

Einkommen, Abgaben, Profite in Regierungszeiten der „Neuen Mitte“

Verteilungsfragen und Wachstumsprobleme

Der alljährlich von Claus Schäfer erstellte Verteilungsbericht zur Einkommenssituation von Lohnempfängern, den Gewinn- und Vermögenseinkommen und ihrer jeweiligen Steuerbelastung macht die Novemberausgabe der WSI-Mitteilungen immer besonders interessant. Für den Berichts-

zeitraum 2002 erlauben die vorliegenden statistischen Werte nur vorläufige Angaben bis zur Jahresmitte. Deswegen erfolgen hier Bezüge ausschließlich auf 2001. Entgegen aller zweckoptimistischen Stimmungsmache erreichte die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in diesem Zeitraum

bescheidene 0,6 Prozent. Bezogen auf das jährliche Gesamtprodukt war dennoch eine leichte Zunahme der Brutto-lohnquote auf 73,2 Prozent zu verzeichnen. Das ist der Anteil des Volkseinkommens derjenigen, die arbeitsrechtlich gesehen unmittelbar Lohn oder Gehalt beziehen. Von allen Beschäftigten

sind dies 89,5 Prozent. Bei der Nettolohnquote sieht es schon anders aus: Die Lohnsteuerbelastung der Lohnneinkommen nahm zwar von 171,0 Mrd. (2000) um fast vier Milliarden auf 167,2 Milliarden Euro ab, gleichzeitig stiegen aber die Abgaben für die Sozialversicherungssysteme um 3,4 Mrd. auf 141,7 Milliarden Euro. Diese Summe fließt aber über die Krankenkassenausgaben, Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit oder als Rentenzahlung an ehemalige Beitragszahler, erhoben und abgerechnet als Bruttolohnbestandteil, immer an die Einzahler zurück. Obacht also beim Gejammer über zu hohe sogenannte Lohn-„neben“-kosten - das ist Unternehmerpropaganda für geringere Bruttolöhne, die wiederum geringere Sozialleistungen nach sich ziehen. Der pseudokritisch oberflächliche (Schlagwort „Generationengerechtigkeit“) Blick soll die Leistungsfähigkeit der umlagefinanzierten Sozialversicherungen diskreditieren und die Bereitschaft fördern, Lohnbestandteile auf „private“ Rechnung an die Finanzkonzerne auszuliefern. Das schrille Dauerkonzert um den „unbezahlbaren“ Sozialstaat von Verbändevertretern des Kapitals meint diesen Grundsachverhalt und ist, wenn auch leider mit Wirkung, nichts weiter als ideologischer Dauerbeschuß der Grundfesten des Sozialstaats, dessen Leistungen schließlich größtenteils nur von den Leistungsempfängern erarbeitet werden. Der Rücktransfer monetärer Sozialleistungen (z.B. auch Kindergeld) an Anspruchsberechtigte umfaßte 347,1 Milliarden Euro, 11,9 Mrd. Euro mehr als 2000. Bei der gezahlten Bruttolohn- und Gehaltssumme von 904,6 Milliarden Euro verbleibt nach Abzug aller Lohnsteuern (167,2 Mrd. Euro) und Sozialbeiträge (141,7 Mrd. Euro) auf den Konten der Lohn- und Gehaltsempfänger ein Gesamtbetrag von 593,1 Milliarden Euro Nettolohn (43,7 Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens), über den sich dann auch gleich regelmäßig mit ihren Anteilen Wohnungsvermieter, Kreditbanken, Stadtwerke und Versicherungskonzerne hermachen.

Insbesondere aufgrund steuerlich begünstigter kräftiger Gewinnausschüttungen der Kapitalgesellschaften legten die Vermögenseinkommen von 202,9 Milliarden Euro brutto 221,5 in 2000 auf 241,0 Milliarden Euro im Folgejahr 2001 zu. Diese Einkommensart

ist nun wirklich „arbeitslos“, d.h. über Nichtstun außer Zuwarten oder aber mittels professioneller Spekulation erzielt. Zusammen mit den entnommenen Gewinnen aus sogenannten Betriebsüberschüssen summieren sich die Netto-Gewinn- u. Vermögenseinkommen im Vergleichszeitraum von 387,5 Milliarden auf 409,4 Milliarden Euro.

Im Vergleich zu den Vorjahren setzte die Steuerreform der Schröderregierung tatsächlich 2001 eine Absenkung der Lohnsteuerbelastung bei den Bruttolöhnen und-Gehältern auf 18,5 Prozent in Gang. Sie erreichte seit 1997 einen Höchstwert von 19,5 Prozent, sicherlich bedingt durch das Geschenk der „deutschen Einheit“. Begnügten sich 1990 die Finanzbehörden noch mit einer Quote von 16,2 Prozent, ist der Abstand zur Quote von 1980 mit 15,8 Prozent eher unbedeutend. Zehn Jahre vorher gingen 11,8 Prozent Lohnsteuer in die Finanzierung des Staatswesens ein, 1960 gar nur 6,3 Prozent. Ja, das waren noch Zeiten: Was kräftiges Wachstum und Vollbeschäftigung alles bewirken können!

Die direkte Besteuerung von Gewinn- und Vermögenseinkommen erfuhr 2001 ebenfalls eine leichte Abschwächung auf 8,0 Prozent um 0,1 Prozent zum Vorjahr. 1998, am Ende der Ära des CDU-Kanzlers Kohl, beließ es der Staat bei einer Steuerquote von 4,1 Prozent. Bis 1997 hatte man bei dieser „Einkommensart“ seit 1990 (9,8 Prozent) auf den Schongang von 3,1 Prozent heruntergeschaltet, und wenn man die Talfahrt seit SPD-Kanzler Schmidt 1980 (15,3 Prozent) betrachtet, wurde in sechzehn Jahren CDU/FDP-Koalition die Senke geradezu „steuersicher“ erreicht. Als 1960 der CDU-Kanzler noch Adenauer hieß, forderten die Finanzämter 20,0 Prozent ein. Was ein Staat doch Begüterten zumuten kann, wenn er nur will! Warfen die Steuererträge aus Bruttounternehmensgewinnen im Jahr 2000 von 289,92 Milliarden Euro einen direkten Betrag von 34,59 Milliarden Euro ab, erbrachten Steuererleichterungen im Jahr darauf nur noch 12,25 Milliarden Steuereinnahmen auf ausgewiesene Bruttogewinne von 294,60 Milliarden Euro.

Das Bruttodurchschnittseinkommen des lohnabhängig Beschäftigten in Deutschland indes liegt bei 2162 Euro im Monat. Der Abstand zwischen den Bruttolöhnen in West- und Ostdeutschland ergibt eine Kluft von rund 500

Euro monatlich (Durchschnitt Bruttolohn West 2236 Euro; Ost 1730 Euro). Schon hier zeigt sich: Die bundesdeutsche Klassengesellschaft differiert nicht nur erheblich zwischen verschiedenen Einkommensarten, sondern auch in ihnen selbst mit den entsprechenden Folgen für die individuelle Lebensführung. Zur krassen Schiefelage der gesellschaftlichen Verteilungssituation bemerkt Claus Schäfer: „Die Nettolöhne sind in Einzelbereichen wie die Nettolohnsumme als ganzes letztlich zu niedrig, weil sie immer größere Teile der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben tragen müssen.“ Wenn Politiker immer noch unbeirrt glauben, geringere Steuern und Abgaben bei Unternehmen und Beziehern hoher Einkommen würden Wachstum fördern, hofft Schäfer, müßten sie sich aufgrund der gemachten Erfahrungen stärker von neoliberalen Deutungsmustern lossagen. Auf die Frage, was eine Regierung anpacken soll und wohl auch eher anpacken wird, antwortete im Handelsblatt vom 23.12.2002 Jürgen Strube, Chef des Chemiekonzerns BASF: „Erstens: Wir müssen sofort und durchgreifend mit dem Umbau unserer Sozialsysteme beginnen. Zweitens: Das Steuersystem muß vereinfacht werden. Mit der Zinsabgeltungssteuer wurde jetzt aber ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht. Drittens: Die Lohnnebenkosten müssen sinken, und die Staatsquote muß geringer werden. Die Zeit drängt.“ In der Tat: Wie lange wollen sich diejenigen, deren Arbeitsleistung diese Gesellschaft in Funktion hält und den Kapitalgesellschaften immer mehr Zugriff auf gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum ermöglicht, sich so etwas noch anhören? Wozu organisieren sie sich in Gewerkschaften? Wofür und für wen zahlen sie auch dort Beiträge mit welchem Ergebnis?

Daten aus:

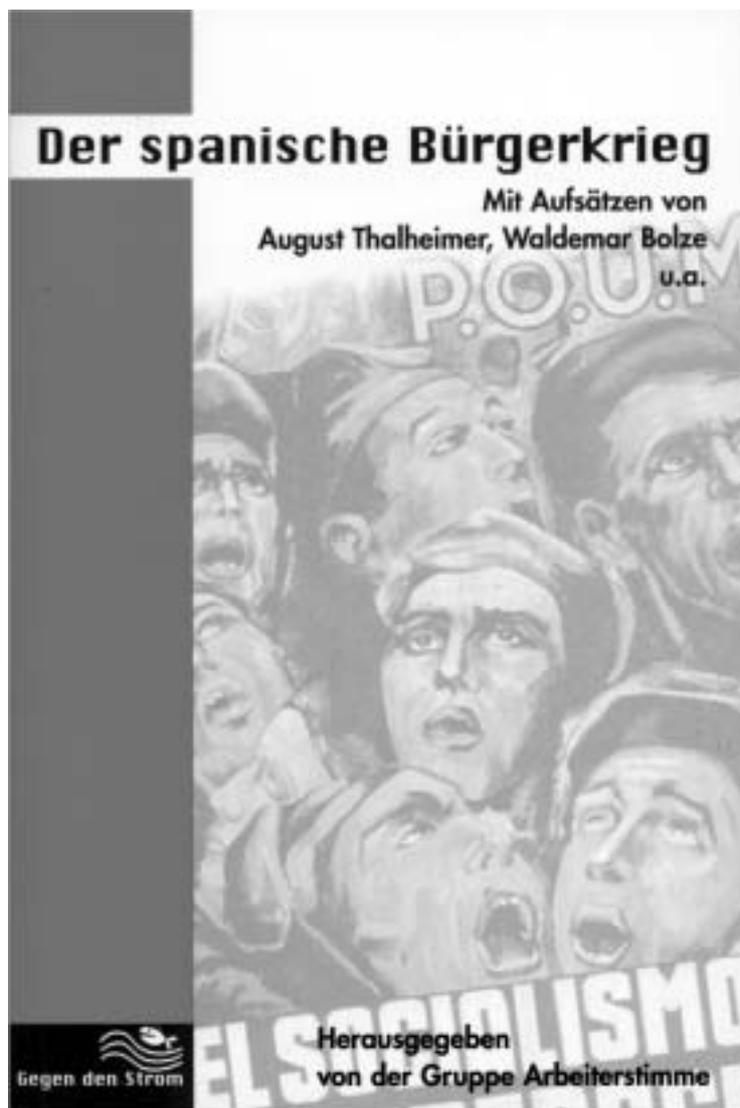
Claus Schäfer, Ohne gerechte Verteilung kein befriedigendes Wachstum, in: WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, Heft 11, November 2002, 62 Seiten A 4, Einzelheft 7,15 Euro

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 25,00 €
- August Thalheimer: Programmatische Fragen**, Kritik des Programmentwurfs der kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß) 112 Seiten, 9,00 €
- Die politische Theorie August Thalheimers 1919 - 1923** (Harald Jentsch) 1993, 120 Seiten, 11,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,00 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €

Das Porto wird entsprechend der neuen Postgebühren berechnet

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema unzähliger Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barce-

lona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



510 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg